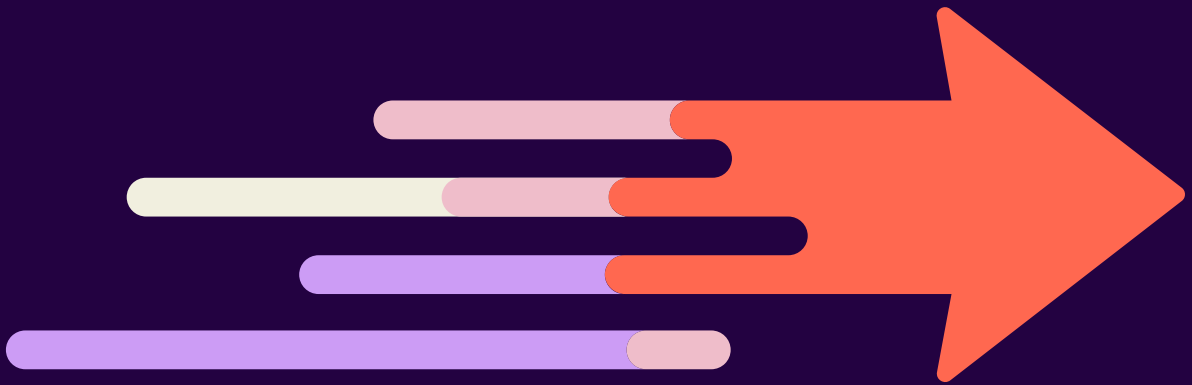




Die Beauftragte
der Bundesregierung
für Ostdeutschland

IN BEWEGUNG BLEIBEN

Bericht 2026



Was Menschen voranbringt. Was Chancen schafft.

INHALT

Einleitung

Worauf es ankommt	4
-------------------	---

Teil A – Zuhören 12

„Das Glas ist halb voll!“ – Prominente im Gespräch	14
--	----

„Wandel kann man nicht aussitzen“ – Unternehmer im Gespräch	18
---	----

Zwei, die etwas bewegen – Engagierte im Gespräch	23
--	----

„Meinen Osten gebe ich nicht her“ – Studierende im Gespräch	28
---	----

Teil B – Handeln 34

Aufstiegchancen durch verbesserte Infrastruktur, Vermögensaufbau und Finanzbildung	38
--	----

Integrationspolitik als Gestaltungsaufgabe für zukünftige Entwicklung und Fachkräftesicherung	41
--	----

Startups als Motor für Aufstieg und Chancengleichheit in Ostdeutschland	45
---	----

Innovationsförderung schafft neue berufliche Perspektiven in strukturschwachen Regionen	47
---	----

Recht erfahrbar machen, Vertrauen stärken, ostdeutsche Standorte entwickeln	49
---	----

Bildungschancen von Anfang an stärken	51
---------------------------------------	----

Aufstiegchancen durch Orientierung, Ausbildung und gute Arbeit	54
--	----

Schnelle Netze und digitale Verwaltung eröffnen Chancen in jeder Region	57
---	----

Mobilität als Schlüssel für Bildung, Arbeit und gesellschaftlichen Aufstieg	59
Bildung und Beteiligung stärken Zukunftschancen im Strukturwandel	61
Damit Gesundheit den eigenen Weg ermöglicht	63
Bildungs- und Berufschancen verbessern – durch bezahlbares Wohnen und starke Quartiere	66
Kulturförderung in Ostdeutschland: Berufliche Perspektive durch kulturelle Stärke	68
Freiwilliges Engagement als tragende Säule des Gemeinwesens	75
Bekämpfung von Rassismus in Ostdeutschland	77
 Teil C – Wissen	 78
Deutschland-Monitor 2026	80
Elitenmonitor: Karrierechancen in Ostdeutschland stärken	105
Fortschreibung des Bundeskonzepts „Ostdeutsche in Führungspositionen“ in der Bundesverwaltung – Daten 2026	111
 Anhang	 116
 Impressum	 121

WORAUF ES ANKOMMT

Liebe Leserinnen und Leser,

wir alle haben eigene Vorstellungen davon, was ein gutes und selbstbestimmtes Leben ausmacht. Ob sich diese Vorstellungen verwirklichen lassen, hängt auch davon ab, welche Möglichkeiten sich uns bieten: Ist eine gute Schule in der Nähe? Unterstützen uns Eltern und Lehrkräfte in unseren Ambitionen? Finden wir anschließend einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz? Können wir mit unserem Einkommen die Miete bezahlen, vielleicht sogar Eigentum erwerben und gut für das Alter vorsorgen?

Wir leben in einer Zeit der Ungewissheit: Kriege und geopolitische Spannungen sind nach Europa zurückgekehrt. Energiepreise und Inflation machen das Leben spürbar teurer. Die Transformation der Arbeitswelt, der Klimawandel und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz verändern, wie wir arbeiten und wirtschaften. Und angesichts der demografischen Entwicklung ringen viele Regionen um Fachkräfte, Infrastruktur und Zukunftsperspektiven.

In einer pluralen Gesellschaft sind die Möglichkeiten, das eigene Leben zu gestalten, größer geworden – und zugleich sind sie nicht für alle gleichermaßen erreichbar.

Viele Menschen erleben diese Widersprüche. Sie sehen, was möglich ist, und fragen sich zugleich, ob diese Möglichkeiten auch für sie gelten. Sie wollen aufsteigen, sich etwas aufbauen und ihren Kindern einen guten Weg ermöglichen. Sie wollen, dass ihre Arbeit zählt. Sie wollen sich engagieren, ohne das Gefühl zu haben, damit allein zu sein. Gerade in den momentanen Zeiten der großen Veränderungen wollen sie aber auch das bereits Erreichte

bewahren, es nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Und sie erwarten zu Recht, dass Politik ihre Lebenswirklichkeit kennt.

Zugleich sinkt das Vertrauen in politische Institutionen. Manche Menschen haben den Eindruck, dass ihre Erfahrungen nicht ausreichend gesehen werden. Anderen gehen die Veränderungen zu langsam oder auch zu schnell voran. Wieder andere haben das Gefühl, dass über sie statt mit ihnen gesprochen wird.

Die Antworten auf diese Entwicklungen liegen im Diskurs und Engagement. Eine demokratische Gesellschaft braucht Auseinandersetzung und Beteiligung. Sie braucht Streit über den richtigen Weg. Aber sie braucht ebenso die Bereitschaft, zuzuhören und die Perspektive des anderen auszuhalten. Wer nur noch urteilt, bevor er zuhört, wird keine gemeinsamen Lösungen finden.

Deshalb beginnt der diesjährige Bericht der Ostbeauftragten mit Gesprächen.



Elisabeth Kaiser, Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland

Zuhören, bevor wir urteilen

Im ersten Teil (Teil A) kommen Menschen miteinander ins Gespräch, die unterschiedliche Erfahrungen, Lebenswege und Perspektiven mitbringen. Sie sprechen über Fragen, die für die Zukunft unseres Landes entscheidend sind.

Zwei Menschen sprechen über Engagement als Ausdruck gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie tauschen sich darüber aus, was Menschen dazu bewegt, sich einzubringen, welche Erfahrungen sie dabei machen und welche Bedingungen es braucht, damit gemeinsames Handeln vor Ort gelingt. Dabei geht es auch um die Frage, wo Erwartungen auf Grenzen stoßen und wie Vertrauen und Zusammenhalt wachsen können.

Aus der Perspektive einer traditionsreichen Branche und eines jungen, inzwischen stark gewachsenen Technologieunternehmens geht es um wirtschaftliche Impulse: Wie lässt sich bestehende Stärke bewahren? Was brauchen neue Unternehmen, um erfolgreich zu wachsen? Welche Bedingungen ermöglichen Innovation und Wachstum, gerade wenn Kapital knapp ist?

Zwei Studierende mit unterschiedlichen Träumen und vielleicht auch Ausgangsbedingungen sprechen über Chancen und Möglichkeiten, über Pläne und Grenzen. Darüber, wie viel Herkunft über den eigenen Weg entscheidet – und wie viel man selbst in der Hand hat.

Und zwei bekannte Persönlichkeiten tauschen sich über Herkunft und Identität, über Prägungen und Lebenswege, über Zugehörigkeit und die Suche nach dem eigenen Ort aus.

Der Wert dieser Gespräche liegt darin, dass Menschen einander zuhören. Dass Erfahrungen nebeneinanderstehen dürfen, ohne sofort abgewertet zu werden. Dass Unterschiede sichtbar werden, ohne dass daraus zwangsläufig Gegensätze entstehen.

Ich glaube, dass wir davon mehr brauchen.

Denn manchmal beginnt politische Veränderung genau dort: wo Menschen einander zuhören und nach Gemeinsamkeiten statt Unterschieden suchen.

Handeln, wo Möglichkeiten entstehen

Der zweite Teil (Teil B) des Berichts richtet den Blick auf das staatliche Handeln. Die Bundesregierung stellt dar, wie Politik Menschen dabei unterstützen kann, ihren Weg zu gehen: Welche Maßnahmen eröffnen Chancen? Wo lassen sich Barrieren abbauen? Die Antworten darauf gibt die Bundesregierung in ganz unterschiedlichen Politikfeldern.

Der Bericht beleuchtet dabei bewusst auch Maßnahmen, die als gesamtdeutsche Vorhaben angelegt sind. Das ist kein Widerspruch zu seinem besonderen Blick auf Ostdeutschland. Im Gegenteil: Eine gesamtdeutsche Regelung kann unterschiedliche Ausgangslagen berücksichtigen, ohne Ostdeutschland zum Sonderfall zu erklären. Entscheidend ist nicht, ob eine Maßnahme ausdrücklich als „ostdeutsch“ bezeichnet wird, sondern welche Wirkung sie unter unterschiedlichen Bedingungen entfaltet. Gerade darin liegt ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Politik, die ostdeutsche Erfahrungen und besondere Ausgangsbedingungen selbstverständlich mitdenkt. Entscheidend ist, ob diese Maßnahmen bei den Menschen ankommen und ob sie ihnen tatsächlich neue Möglichkeiten eröffnen.

Um ein Beispiel zu nennen: Für viele Ostdeutsche ist die gesetzliche Rentenversicherung bis heute die wichtigste, oftmals einzige Säule ihrer Alterssicherung. Sie beziehen im Alter ihr Einkommen vor allem aus der gesetzlichen Rente, in die sie über Jahrzehnte ihrer Erwerbsarbeit eingezahlt haben. Betriebliche Altersversorgung und private Vermögen spielen in Ostdeutschland hingegen eine geringere Rolle. Das ist eine Folge unterschiedlicher Erwerbs- und Vermögensbiografien, die bis heute nachwirken. Diese Unterschiede werden auch

in den kommenden Jahren fortbestehen, denn der Aufbau von Rentenanwartschaften – ob in der gesetzlichen Rentenversicherung, über betriebliche Vorsorge oder durch privates Vermögen – vollzieht sich über lange Zeiträume.

Deshalb ist es wichtig, die gesetzliche Rentenversicherung als erste Säule der Alterssicherung zukunftsfest zu machen.

Zugleich können Maßnahmen zur stärkeren Verbreitung einer betrieblichen Altersversorgung und die ergänzenden Möglichkeiten der kapitalgedeckten Vorsorge neue Chancen zur Erhöhung der Altersversorgung eröffnen. Die Frühstartrente soll Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrem Wohnort frühzeitig den Zugang zu kapitalgedeckter Vorsorge und erste Schritte auf dem Kapitalmarkt ermöglichen. Ihre Bedeutung dürfte dort besonders groß sein, wo private Vermögen weniger verbreitet sind.

Das trifft auf Ostdeutschland in besonderem Maße zu. In vier Jahrzehnten DDR gab es quasi keinen privaten Vermögensaufbau. Bis heute sind die Vermögen in Ostdeutschland deutlich geringer als im Westen. Auch Erfahrungen mit Kapitalmarkt und Aktienanlage sind weniger verbreitet. Kleine Beträge, mit denen frühzeitig Erfahrungen gesammelt und langfristig Vermögen aufgebaut werden können, können deshalb gerade in Ostdeutschland eine besondere Wirkung entfalten.

Die Frühstartrente ist damit kein Ersatz für die gesetzliche Rente. Sie ist eine ergänzende Maßnahme, um frühzeitig private Vorsorge und Vermögensaufbau zu ermöglichen. Das ist eine konkrete Frage von Chancengerechtigkeit. Es geht nicht darum, allen das gleiche Ergebnis zu versprechen. Es geht darum, die Voraussetzungen dafür zu verbessern, dass Menschen selbst etwas mehr für sich tun können.

Dazu gehört auch Finanzbildung. Wer sicher mit Geld umgehen, Risiken einschätzen und langfristige Entscheidungen treffen kann, hat mehr Möglichkeiten, sein eigenes Leben zu gestalten. Finanzwissen darf kein Spezialwissen

für diejenigen sein, die ohnehin über die besten Startbedingungen verfügen.

Der vorliegende Bericht zeigt, dass solche Fragen nie isoliert betrachtet werden können. Frühzeitige Bildung, berufliche Entwicklung, wirtschaftliche Stärke, Infrastruktur und finanzielle Sicherheit greifen ineinander. Aufstieg entsteht selten durch eine einzige Maßnahme. Er entsteht dort, wo Menschen an entscheidenden Punkten ihres Lebens Zugang zu Wissen, Unterstützung und Möglichkeiten erhalten.

Arbeitsplätze sichern und Neues möglich machen

Viele Menschen in Ostdeutschland werden durch die Entwicklungen und Diskussionen in zentralen Industriebranchen gerade wieder mit Zukunftsfragen und auch Zukunftsängsten konfrontiert. Sie verbinden mit ihrer Region nicht abstrakte Standortdaten, sondern ihren Arbeitsplatz, ihr Einkommen, ihre Familie und ihre Lebensplanung. Wenn ein großer Arbeitgeber schließt oder eine Branche unter Druck gerät, verändert das deshalb weit mehr als eine Statistik. Es verändert die Perspektive einer ganzen Region.

Ostdeutschland verfügt neben einem starken Mittelstand und Handwerk auch über starke industrielle Kerne. Die Automobil- und die Chemieindustrie sind dabei von herausragender Bedeutung. Zugleich stehen diese Branchen vor tiefgreifenden Veränderungen. Dabei haben wir im Osten bereits in den letzten Jahrzehnten eine ökonomische Transformation bewältigt, die im Westen ihresgleichen sucht. Die Menschen hier wissen, wie man sich neu erfindet und wie Wandel geht. Längst ist Ostdeutschland mit seiner Halbleiterindustrie, seinen Investitionen in grüne Energien, seinen innovativen Clustern und mit seiner modernen Forschungslandschaft zu einem europäischen Zentrum für Zukunftstechnologien geworden. Ostdeutschland ist Aufstiegs- und nicht Aufholregion.

Wir haben alles, um unsere Zukunft so gestalten zu können, dass Wertschöpfung und gute Arbeit in den Regionen erhalten bleiben.

Im Rahmen meiner „Branchendialoge Ost“ als neuem Dialogformat mit Unternehmen und weiteren Akteure, tausche ich mich über die konkreten Herausforderungen aus, transportiere die ostdeutschen Interessen und arbeite gemeinsam mit der Bundesregierung an konkreten Lösungen. Dieser Austausch geht über die klassischen Industrien hinaus und bezieht auch den breiten Mittelstand und das Handwerk sowie junge Unternehmen und Startups mit ein. Welche Arbeitsplätze sind in welchem Maße gefährdet? Wo tun sich neue Chancen auf und welche politischen Entscheidungen brauchen wir dafür? Politik kann wirtschaftliche Entwicklung nicht verordnen. Aber sie kann Bedingungen schaffen, unter denen Unternehmen investieren und Beschäftigte sich weiterentwickeln können.

Unternehmen stehen dabei vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen: Ein traditionsreiches Unternehmen und ein junges Technologieunternehmen stehen vor unterschiedlichen Aufgaben. Das eine muss gewachsene Strukturen weiterentwickeln und in eine veränderte wirtschaftliche Realität überführen. Das andere muss aus einer neuen Idee ein tragfähiges Geschäftsmodell entwickeln und sich am Markt erst etablieren. Beide brauchen dafür verlässliche Rahmenbedingungen – aber nicht immer dieselben.

Wirtschaftliches Wachstum entscheidet über Lebenswege. Gute Arbeitsplätze sind deshalb kein Selbstzweck, sondern die Basis für Mut, Zuversicht und das Vertrauen in die Zukunft der eigenen Region.



Lebendige Orte, lebendige Demokratie

Zu den Bedingungen, unter denen Menschen ihren Weg gehen, gehört auch der Ort, an dem sie leben. Ein Ort ist mehr als die Summe seiner Gebäude. Er braucht Arbeitsplätze, Wohnraum, Schulen, ärztliche Versorgung und eine erreichbare Verkehrsinfrastruktur. Er braucht Räume, in denen Menschen einkaufen, sich begegnen und gemeinsam etwas unternehmen können. Und er braucht Menschen, die Verantwortung übernehmen.

Deshalb müssen wir zum Beispiel die demografische Entwicklung, da wir zum Glück alle immer älter werden, früher in politische und infrastrukturelle Entscheidungen einbeziehen. Besonders wenn die Entwicklung so schnell voranschreitet wie in Ostdeutschland.

Wir müssen uns fragen, was einen Ort attraktiv macht. Wie können Innenstädte belebt werden? Welchen Wohnraum braucht es? Welche Infrastruktur brauchen Menschen tatsächlich? Wie können wir Angebote so organisieren, dass sie auch unter veränderten demografischen



Bedingungen erreichbar bleiben? Wie können wir Engagement fördern? Es geht darum, kluge Entscheidungen zu treffen, die den Menschen vor Ort ein gutes Leben ermöglichen. Darum ist es mir wichtig, auch hier mit allen Akteurinnen und Akteuren zusammenzukommen, zuzuhören, wo die Herausforderungen liegen, und gemeinsam Lösungen zu entwickeln, wie das Wohnen und die Mobilität der Zukunft gestaltet werden können.

Politik kann Bedingungen schaffen, unter denen Menschen bleiben, zurückkehren oder neu hinzukommen können.

Demokratie braucht Menschen, die etwas tun

Genauso wenig wie wirtschaftliche Stärke von selbst entsteht, trägt sich eine demokratische Gesellschaft von selbst. Demokratie bedeutet nicht nur die Abstimmung am Wahltag. Sie findet auch dort statt, wo Menschen einen Verein gründen, ein Dorffest organisieren,

einen Jugendtreff erhalten, sich in einem Bürgerentscheid einbringen, Kulturprogramme aufstellen oder sich gegen Ausgrenzung und Hass stellen.

Gerade in kleineren Städten und Gemeinden übernehmen oft wenige Menschen sehr viel Verantwortung. Sie halten Strukturen aufrecht, die drohen wegzubrechen. Sie schaffen Orte der Begegnung. Sie organisieren Hilfe. Sie machen aus einem Wohnort eine Gemeinschaft.

Dieses Engagement verdient Unterstützung und Anerkennung.

Der von mir ausgerichtete Wettbewerb „machen!“ greift die besondere Situation in den ostdeutschen Flächenländern auf, indem er Engagement sichtbar macht, es würdigt und so mehr Menschen für freiwilliges Engagement sensibilisiert. Zugleich wird die Umsetzung von Projektideen unbürokratisch unterstützt, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, gerade dort, wo die Strukturen besonders schwach ausgeprägt sind.

Die mehr als 1.000 Bewerbungen zeigen jedes Jahr, wie wichtig einfache und direkte Unterstützung für bürgerschaftliches Engagement ist. Aufgrund der großen Resonanz habe ich die Preisgelder von anfänglich rund 400.000 Euro auf mittlerweile über 830.000 Euro erhöht. Im Herbst habe ich wieder die 100 besten Projekte zur Preisverleihung nach Berlin eingeladen. Dieser Termin ist weit mehr als eine Preisverleihung. Der Wettbewerb zeigt sehr deutlich, wie groß das Engagement in Ostdeutschland ist.

Für mich ist der Wettbewerb ein wichtiger Teil meiner Arbeit. Er zeigt, was oft zu wenig sichtbar ist: dass es in vielen kleinen Orten Menschen gibt, die nicht darauf warten, dass andere ihre Probleme lösen. Sie fangen selbst an.

Repräsentation ist eine Frage des Vertrauens

Zur Demokratie gehört auch die Frage, wer in der Position ist, an zentralen Stellen mitzuentscheiden. Das beleuchtet der dritte Teil des Berichts (Teil C), der einen Blick in die aktuellen Erhebungen und die Forschung dazu wirft.

Ostdeutsche sind in den höchsten Führungspositionen der Bundesverwaltung weiterhin unterrepräsentiert, auch wenn der Trend leicht positiv ist. Doch sie bringen vielfältigste Kompetenzen, Berufserfahrungen und Transformationswissen für die Zukunft mit. Es ist unsere gemeinsame politische Aufgabe, die Karrieremöglichkeiten und die Fachkräfte-rekrutierung entsprechend weiterzuentwickeln und so zu mehr Chancengleichheit sowie breiterer Expertise beizutragen.

Deswegen müssen wir genau wissen, wie sich die Lage entwickelt. Dieser Bericht legt neue Zahlen zur Repräsentation Ostdeutscher in der Bundesverwaltung vor und er zeigt Bewegung: In den obersten und oberen Behörden und Gerichten nimmt der ostdeutsche Anteil auf den Führungsetagen weiter zu. Ein Anzeichen dafür, dass die Maßnahmen der Bundesregierung wirken. Um diese Entwicklung weiter zu

unterstützen, werden wir das Bundeskonzept der Bundesregierung zur Steigerung des Anteils an Ostdeutschen in Führungspositionen der Bundesverwaltung fortschreiben.

Der Elitenmonitor hat zudem Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen zur Repräsentation Ostdeutscher u. a. in Politik, Verwaltung und Wirtschaft vorgelegt. Eine Erkenntnis: Es braucht vielfältige Maßnahmen auf unterschiedlichen Karrierestufen, um den Zugang zu Top-Positionen zu öffnen. Dieses Forschungsprojekt wird bis 2028 in zweiter Auflage mit Bundesmitteln fortgesetzt und weitere Daten und Empfehlungen liefern.

Das ist wichtig, denn Repräsentation ist mehr als Symbolik. Menschen sollen sich in den Institutionen, die über ihr Leben mitentscheiden, wiederfinden. Das ist zugleich ein Beitrag, die Akzeptanz für deren Entscheidungen zu steigern.

Die regelmäßige Erhebung schafft eine wichtige empirische Grundlage. Auf die Wahrnehmung und Bewertung von gesellschaftlicher Teilhabe und Aufstiegschancen durch die Menschen in Ost und West richtet der Deutschland-Monitor seinen Blick.

Wissen, was Menschen bewegt

Im Schwerpunktthema des diesjährigen Deutschland-Monitors wurde gefragt, wie wichtig den Menschen gesellschaftlicher Aufstieg ist, auch in Abgrenzung zu anderen Wertvorstellungen, wie beispielsweise Sicherheit oder Zeit für das private Leben. Was bedeutet Aufstieg eigentlich für sie: Geht es um Einkommen und Vermögen, um Bildung und Beruf oder um Ansehen und Einfluss? Welche Faktoren sollten Aufstieg ermöglichen und welche Aspekte beeinflussen ihn tatsächlich? Liegt persönliches Vorankommen eher in der Verantwortung der Menschen selbst oder in der des Staates? Und wie wird die Möglichkeit eines gesellschaftlichen Aufstiegs sowohl aktuell als auch mit Blick in die Zukunft eingeschätzt?

Der Deutschland-Monitor gibt diesbezüglich tiefe Einblicke in die Einstellungen und Erfahrungen der Menschen, die sich vielfach kaum zwischen Ost und West unterscheiden. Er zeigt, dass sozialer Aufstieg den Menschen zwar wichtig, jedoch nur ein Ausschnitt deutlich umfassenderer Vorstellungen vom Leben ist. Gerade in der momentanen, von Krisen geprägten Zeit messen die Menschen auch Fragen der Stabilität und Sicherheit sowie dem eigenen Privatleben eine große Bedeutung bei. Dabei gilt überwiegend: Während die Bürgerinnen und Bürger es vorrangig als ihre eigene Aufgabe empfinden, die Chance auf persönlichen gesellschaftlichen Aufstieg zu ergreifen, sehen sie primär den Staat in der Verantwortung, einen Schutz vor sozialem Abstieg zu gewährleisten.

Für mich ist das ein klarer Appell an die Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Menschen die nötige Sicherheit geben, um sich – ggf. auch mit einer gewissen Risikobereitschaft – persönlich weiterzuentwickeln. Wir dürfen es nicht tatenlos hinnehmen, wenn zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger meinen, dass kommende Generationen nicht mehr in gleichem Maße vom gesellschaftlichen Fortschritt profitieren können, wie es bislang der Fall war. Mit Zukunftspessimismus und der Sorge vor sozialem Abstieg wird es uns nicht gelingen, dieses Land zu gestalten.

Laut Deutschland-Monitor haben die Menschen zudem das Gefühl, dass Aufstiege in Deutschland deutlich stärker von der Herkunft und den persönlichen Beziehungen abhängen, als dies nach ihrem Empfinden der Fall sein sollte. Damit spiegeln sich die Erkenntnisse des Elitenmonitors auch in der Wahrnehmung der Menschen.

Zusammen ergeben diese Untersuchungen ein genaueres Bild davon, wie Menschen ihre Möglichkeiten wahrnehmen und wo sich gesellschaftliche Unterschiede zeigen. Das ist für politische Entscheidungen unverzichtbar.

Denn es macht einen Unterschied, ob wir vermuten, was die Menschen bewegt, oder ob wir sie fragen. Und es macht einen Unterschied, ob wir politische Maßnahmen allein aus ihrer Absicht heraus beurteilen oder auch danach, ob sie die Menschen erreichen, für die sie gedacht sind.

Woher wir kommen, entscheidet noch immer mit

Die Ergebnisse führen zu einer noch größeren Frage: Wie stark bestimmt unsere Herkunft noch immer unsere Möglichkeiten? Das gilt für Bildungswege. Für berufliche Chancen. Für Vermögen. Für Erbschaften. Und auch für die Frage, ob Menschen gesellschaftlich aufsteigen können. Hier sind die Unterschiede zwischen Ost und West immer noch nicht verschwunden. Sie zeigen sich vor allem in Vermögen und Eigentum.

Vermögen wird häufig über Generationen weitergegeben. Wer mit mehr beginnt, kann Risiken leichter eingehen, Krisen besser abfedern und seinen Kindern wiederum andere Möglichkeiten eröffnen.

Ich bin überzeugt: Wer über Chancengerechtigkeit spricht, darf über diese Ausgangsbedingungen nicht hinwegsehen. Die Unterschiede zwischen Ost und West müssen weiter abgebaut werden, vor allem dürfen sie sich nicht noch weiter verfestigen.

Ein Bericht als Kompass

Dieser Bericht kann nicht auf jede Frage eine abschließende Antwort geben. Das muss er auch nicht. Aber er soll Orientierung geben. Er beginnt mit Menschen, die miteinander sprechen. Er zeigt, wie staatliches Handeln an unterschiedlichen Stellen im Lebensverlauf ansetzt und welche Wirkung dies hat. Und er fragt schließlich mit wissenschaftlichen Instrumenten, wie Menschen ihre Chancen, ihre Möglichkeiten und ihre gesellschaftliche Stellung tatsächlich erleben.

In Bewegung bleiben. Der Titel dieses Berichts beschreibt eine Haltung. Ost und West sind in vielem zusammengewachsen, Lebensverhältnisse haben sich verändert, neue wirtschaftliche Perspektiven sind entstanden und viele Unterschiede haben sich verringert. Zugleich hat Ostdeutschland eigene Stärken entwickelt und neue Wege eingeschlagen. In der Entwicklung erneuerbarer Energien, bei Zukunftstechnologien und in innovativen Wirtschaftsregionen entstehen heute Perspektiven, die weit über die eigene Region hinausweisen. Ostdeutschland holt längst nicht mehr nur auf. Wir sind weit gekommen und wir wissen, dass der Weg noch weitergeht.

Nicht stehen bleiben heißt für mich, das Erreichte anzuerkennen und die offenen Fragen ernst zu nehmen. Es heißt, weiter an den Bedingungen zu arbeiten, unter denen Menschen ihr Leben selbst gestalten können. Es geht darum, Möglichkeiten zu eröffnen, wo sie fehlen, Hindernisse abzubauen, wo sie Menschen ausbremsen, und das Vertrauen in die eigene Zukunft zu stärken.

Zuhören. Handeln. Wissen.

Ich bin als Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland unterwegs in Regionen, die sehr unterschiedlich sind. In großen Städten und kleinen Gemeinden. In Unternehmen, die um ihre Zukunft kämpfen, und bei Menschen, die neue Ideen entwickeln. Bei Initiativen, die ihre Orte zusammenhalten, und bei jungen Menschen, die überlegen, wo und wie sie leben wollen. Und dabei schlage ich bewusst auch immer wieder die Brücke nach Westdeutschland. Denn wir sind ein Land. Auch wenn mit mir bewusst eine Person am Kabinetttisch sitzt, die die Stimme Ostdeutschlands ist und dessen Interessen auf Bundesebene vertritt.

Auf dem Weg durch unser Land begegnet mir vieles: Lebensfreude und Sorgen, Enttäuschung und Tatkraft, Ungeduld und Geduld. Manchmal liegen diese Gefühle sogar bei ein und derselben Person sehr nah beieinander.

Ich weiß, dass Ostdeutschland kein einheitlicher Raum ist, und die Lebenswege der Menschen sind es noch weniger. Aber die Frage nach Anerkennung, nach Sicherheit, nach der eigenen Zukunft und nach der Möglichkeit, etwas aus dem eigenen Leben zu machen, treibt alle um.

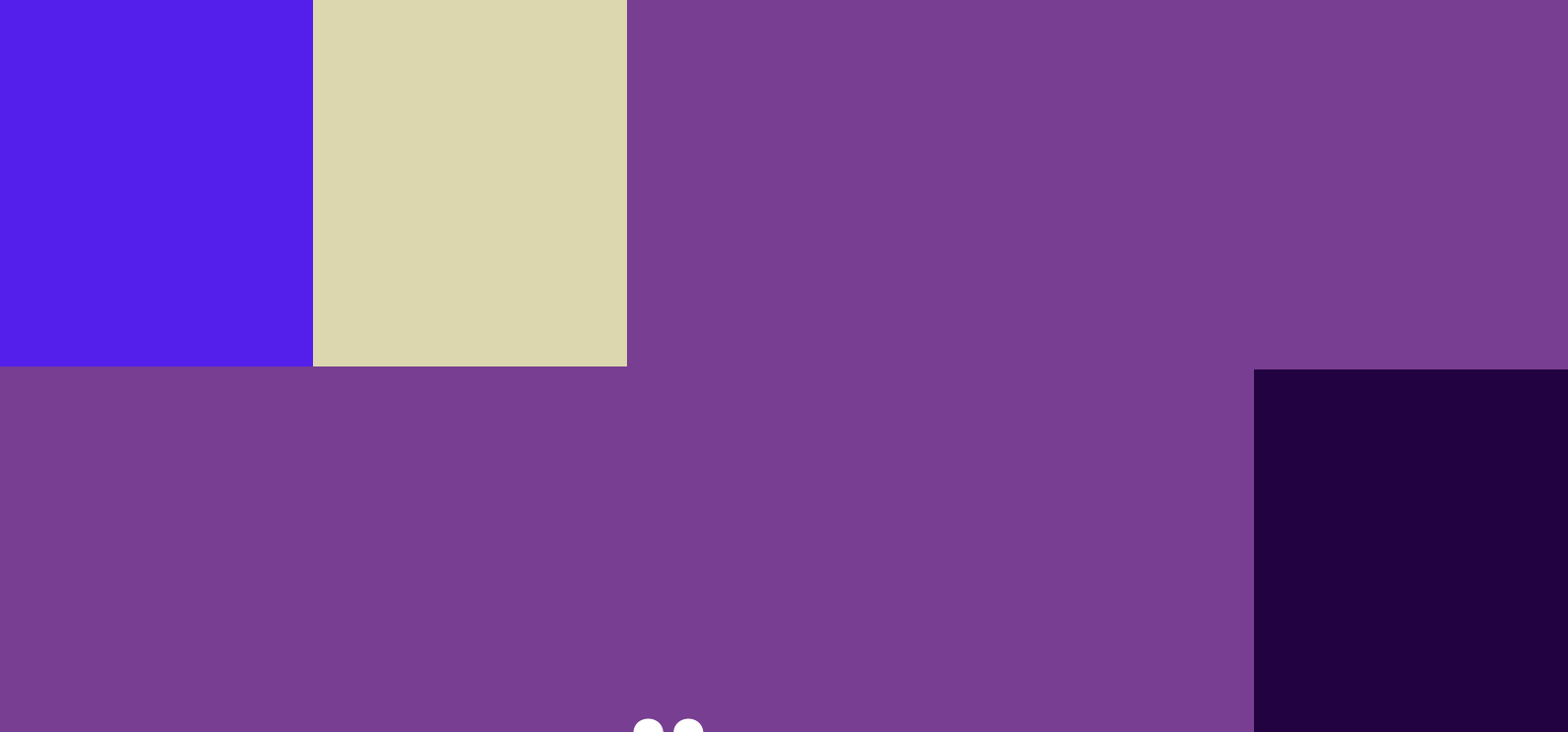
Politische Maßnahmen können nicht jedem Menschen den gleichen Weg ermöglichen. Sie können aber dafür sorgen, dass Herkunft, Wohnort und familiäre Ausgangsbedingungen nicht zu unüberwindbaren Hindernissen auf dem Lebensweg werden. Und sie können Menschen die Gewissheit geben, dass sie mit ihren Problemen nicht allein bleiben.

Darauf kommt es an.

Mit herzlichen Grüßen



Elisabeth Kaiser



**ZUHÖREN:
WIE MENSCHEN
IN DIE ZUKUNFT
SEHEN**

Teil



„DAS GLAS IST HALB VOLL!“

Den ehemaligen Profi-Boxer Axel Schulz (57 Jahre) und „Tatort“-Star Martin Brambach (58 Jahre) verbindet eine einnehmende Kumpelhaftigkeit sowie die ostdeutsche Herkunft – auch wenn ihre Lebenswege sie an unterschiedliche Orte führten. Der eine blieb, der andere ging.

Axel Schulz ist seiner Heimat Brandenburg treu geblieben. Er lernte das Boxen an der Sportschule in Frankfurt (Oder) und lebt noch heute dort. Schulz gewann unter anderem WM- und EM-Medaillen als Amateur und die Deutsche Profi-Meisterschaft 1992. Seine Brandenburger Herkunft ist deutlich in seiner Sprache zu hören. Als „Berlinern“ würden es viele bezeichnen.

Der gebürtige Dresdner Martin Brambach lebt heute in Recklinghausen. Er zog im Alter von sechs Jahren nach Ost-Berlin und verließ die DDR 1984 als 17-Jähriger. Brambach ist einer der renommiertesten Charakterdarsteller des Landes und spielte in über 200 Filmen und Serien mit – darunter in den oscarprämierten Kinofilmen „Das Leben der anderen“ und „Die Fälscher“. Wenn er spricht, kommt jenes Sächsisch hervor, das man von ihm als Kommissar Schnabel aus dem Dresdner „Tatort“ kennt.

„Du musst dorthin gehen, wo die Bedingungen stimmen“

Herr Schulz, Sie wohnen seit eh und je in Brandenburg. Herr Brambach, Sie sind vor der Wende in den Westen gegangen. Was braucht mehr Mut: zu gehen oder zu bleiben?

Axel Schulz: Das kann man gar nicht so sagen. Als Henry Maske und ich 1989/90 Profis wurden, kam ein großer TV-Sender auf uns zu und wollte, dass wir alle ins Rheinland ziehen. Wir haben uns einstimmig dagegen entschieden. Warum sollten wir? In Frankfurt (Oder) hatten wir perfekte Trainingsbedingungen. Und da gab es nicht ständig ein Kamerateam, das uns beim harten Sparring, wo man auch mal

umkippt, gefilmt hätte. Ich bin fünf Minuten zum Training gefahren und hatte mein gewohntes Umfeld. Am Ende musst du dorthin gehen, wo die Bedingungen stimmen – und wo du am meisten Spaß an der Sache hast.

Martin Brambach: Es kommt immer auf die Lebenssituation an. Wenn du irgendwo in einer strukturschwachen Region lebst und sagst: Hier gibt es noch nicht das, was ich brauche, aber ich baue mir hier selbst etwas auf – dann ist das enorm mutig. Genauso kann es Mut erfordern, die Heimat oder einen gut bezahlten Job zu verlassen. Ich war jahrelang fest am Burgtheater in Wien engagiert. Ein sicherer Hafen. Da wegzugehen, um noch einmal Neues zu wagen, hat auch Mut gekostet. Wichtig ist, dass

man jungen Menschen heute rät: Seid offen! Man kann in Leipzig, Dresden oder Rostock großartige Karrieren starten.

Wenn Sie beide heute durch „Ihre“ Städte in Ostdeutschland laufen: Was bedeutet Heimat für Sie?

Martin Brambach: Heimat ist für mich immer mit konkreten Erlebnissen und Menschen verbunden. Ich habe zwar in Dresden nur bis zu meinem sechsten Lebensjahr gewohnt, aber als ich später einen Reiseführer über die Stadt schreiben durfte, habe ich mich intensiv mit der Geschichte meines Vaters und meiner Großeltern auseinandergesetzt. Richtig heimisch fühle ich mich auch in Halle(Saale) wo ich früher fast jede Ferien verbracht habe.

Axel Schulz: Bei mir sind es Fürstenwalde und allen voran Frankfurt (Oder). Dahin bin ich mit 13 Jahren auf die Kinder- und Jugendsport-schule gegangen, weil ich das Boxen geliebt habe. Frankfurt ist landschaftlich mit den Oderwiesen wunderschön, aber vor allem leben dort meine Jungs. Kumpels, die ich seit über 40 Jahren kenne, die mit mir großgeworden sind. Wenn ich mit denen joggen gehe oder im Krafraum trainiere und wir über alte Zeiten quatschen, dann ist das Heimat pur für mich.

„Ich will und werde meinen Dialekt nicht verstellen“

Gibt es eine spezifisch ostdeutsche Prägung oder Charaktereigenschaft, die Ihnen auch beim beruflichen Erfolg geholfen hat?

Axel Schulz: Bei mir war es eindeutig die Disziplin. Meine Mutter hat früher immer zu mir gesagt: Du kannst jetzt nicht einfach aufhören, nur weil es mal hart ist. Ich habe ja als kleiner Steppke mit Fußball angefangen, aber das Hinterherrennen war nix für mich. Als ich zum Boxen kam, war das Gute im Osten: Es hat nichts gekostet. Meine Mama meinte dann: Jetzt ziehst du das durch. Diese Haltung hat mich durch die gesamte Schul- und Leistungs-sportzeit getragen.

Martin Brambach: Ich würde von einer gewissen Geerdetheit und Bescheidenheit sprechen. Dass man immer noch einen klaren Blick auf sich selbst hat und sich sagt: Hey, heb mal nicht ab. In der DDR konnte man finanziell keine großen Sprünge machen. Meine Eltern haben Theater gemacht, da spielte Geld nicht die zentrale Rolle. Wichtiger waren Zusammenhalt und eine gewisse Demut vor den Dingen. Diese Demut habe ich nie verloren. Ich sage mir bis heute: Genieße das Glück, das du im Beruf hast, denn es kann morgen schon wieder vorbei sein.

Sie sprechen beide mit einer wunderbaren Sprachfärbung. Gab es in Ihrer Karriere Momente, in denen Sie das Gefühl hatten, Ihren Dialekt verstellen zu müssen?

Axel Schulz: Oh ja, das war bei mir, als ich Profiboxer wurde. Der Fernsehsender, über den ich vorhin schon gesprochen habe, wollte mich zum Sprachunterricht schicken. Ich sollte lernen, wie man sich gewählt ausdrückt. Ich habe mich derart mit denen gestritten (lacht) ... Ich habe gesagt: Hallo, ich bin Boxer! Ich will und werde meinen Dialekt nicht verstellen. Es war mein riesiges Glück, dass ich mir das bewahrt habe. Ich bin einfach so geblieben, wie ich bin.

Martin Brambach: Bei mir war das eine Odyssee. Als ich von Dresden nach Berlin zog, wurde ich wegen meines breiten Sächsisch so gehänselt, dass ich mir schnell das Berlinern angewöhnen musste. Erst viel später habe ich im Schauspielerberuf gelernt, den sächsischen Dialekt wieder bewusst einzusetzen. Allerdings habe ich in den 1990er Jahren bei einer „Polizei-ruf“-Produktion in Halle (Saale) erlebt, dass die Redaktion zu mir meinte: Herr Brambach, bitte weniger Dialekt. Wir wollen, dass man Sie auch in München versteht. Das Skurrile ist ja: Bayerisch oder Rheinländisch darfst du im Fernsehen oft sprechen. Bei Sächsisch hieß es lange: Nee, das geht nicht. Umso froher bin ich, dass ich heute bei meiner Rolle als Kommissar Schnabel im Dresdner „Tatort“ mehr Freiheit habe.

„Eine bittere Lehrstunde im Kapitalismus“

Blicken wir auf die Umbruchjahre nach 1990. Wie wirkt diese Zeit nach?

Axel Schulz: Ich glaube, bei der älteren Generation gibt es teilweise noch riesige Frustrationen. Den Menschen, die heute um die 65, 70 oder älter sind, wurde damals vieles genommen. Frankfurt (Oder) zum Beispiel ist von früher 90.000 Einwohnerinnen und Einwohnern auf knapp 58.000 geschrumpft. Die Jüngeren sind nach Berlin oder sonst wo hingezogen. Die Industrie ist weg, und die Älteren fühlen sich in manchen Regionen schlicht alleingelassen.



Axel Schulz wurde 1968 im brandenburgischen Bad Saarow geboren.

Martin Brambach: Das war für viele Menschen nach der Wende eine extrem bittere Lehrstunde im Kapitalismus. Ganze Betriebe wurden abgewickelt, oft aus Ahnungslosigkeit oder sogar Kalkül, um Ostkonkurrenz vom Markt zu nehmen. Meinen Verwandten in Halle (Saale) wurden an der Haustür Kredite und Neuwagen aufgequatscht. Dazu kam eine gesellschaftliche Entwertung: Ganze Erwerbsbiografien standen plötzlich unter dem Generalverdacht, nichts wert gewesen zu sein oder beim Unrecht mitgemacht zu haben. Dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und Dinge aufgebaut haben, in der öffentlichen Diskussion kaum mehr positiv vorkamen, hat tiefe Narben hinterlassen.

„Tiefe Verbindung zwischen dem Pott und dem Osten“

Wenn Sie beide heute durch Deutschland reisen: Ist die oft zitierte „Mauer in den Köpfen“ noch da, oder erleben wir längst eine innere Einheit?

Axel Schulz: Für mich spielt Ost und West überhaupt keine Rolle mehr. Auch für meine Kinder, die sind jetzt 16 und 20, existiert dieses Denken gar nicht. Die wissen manchmal gar nicht, wovon ich rede, wenn ich erzähle, wie es früher war. Ich habe meine Erfolge nach 1990 im vereinten Deutschland gefeiert. Ich fühle mich schlicht als Gesamtdeutscher.

Martin Brambach: Die meisten Menschen, die ich treffe, haben überhaupt keine Berührungsängste mehr. Die Leute im Ruhrgebiet, wo ich seit über 20 Jahren lebe, fragen mich ganz neugierig: Mensch, Martin, ich war noch nie in Dresden, was soll ich mir da angucken? Andersrum genauso. Ich spüre zwischen dem Ruhrpott und dem Osten sogar eine tiefe Verbindung: Beide Regionen haben eine industrielle Vergangenheit und eine Grundsolidarität. Wenn dir im Pott jemand verspricht, er komme um 18 Uhr zum Helfen, dann steht der pünktlich da. Und bringt noch zwei Kumpels mit. Dieses Füreinanderdasein kannte ich früher genau so aus dem Osten.

„Das Glas ist nicht halb leer, sondern halb voll“

Was wünschen Sie sich mit Blick auf die nächsten zehn, 20 Jahre für Ostdeutschland – und welche Botschaft geben Sie der Ostbeauftragten der Bundesregierung mit auf den Weg?

Axel Schulz: Mein größter Wunsch an die Politik ist: Bitte hört auf, immer wieder künstlich einen Keil zwischen Ost und West zu treiben. Wir müssen gesamtdeutsch denken. Wenn wir Standortentscheidungen treffen, müssen Investoren und wirtschaftliche Rahmenbedingungen entscheiden. Wir sind ein Land.

Martin Brambach: Ich wünsche mir ein viel differenzierteres Bild in den Medien. Der Osten wird öffentlich oft viel zu schnell auf Populismus, AfD und Frustration reduziert. Dabei ist Ostdeutschland so viel reicher: Es gibt dort unglaubliche Innovationen und zukunftsweisende Industrie wie die Chip-Produktion in Dresden. Und eine riesige Lebensqualität: Schaut euch nur die Seenlandschaften rund um Leipzig an. Ich wünsche mir, dass die Menschen im Osten mit mehr Stolz und Selbstbewusstsein auf das blicken, was sie geschafft haben. Manchmal muss man sich schlicht sagen: Das Glas ist nicht halb leer, sondern halb voll!

Und wir brauchen mehr Geschichten und Gesichter aus dem Osten im Hauptprogramm. Bezogen aufs Fernsehen ermitteln in Nordrhein-Westfalen drei verschiedene „Tatort“-Teams. Ich wünsche mir, dass auch in 20 Jahren noch mindestens ein oder zwei starke „Tatorte“ aus dem Osten kommen. Denn Fiktion schafft Identität – und genau die brauchen wir im ganzen Land.



Seit 2016 spielt Martin Brambach den Kommissar Schnabel im Dresdner „Tatort“.

„WANDEL KANN MAN NICHT AUSSITZEN“

Märkte verändern sich, Technologien entwickeln sich weiter, neue Wettbewerber entstehen. Wie bleibt die ostdeutsche Wirtschaft dabei erfolgreich? Darüber sprechen Dr. Christof Günther, Geschäftsführer der InfraLeuna GmbH, und Nils Aldag, Mitgründer und CEO des Dresdner Elektrolyse-Unternehmens Sunfire, in Leuna. Es geht um Investitionen und Innovationen, um neue Märkte und darum, was Unternehmen brauchen, damit industrielle Stärke erhalten bleibt und weiterwachsen kann.



Nils Aldag ist Mitgründer und CEO der Sunfire SE aus Dresden

Wer das Gebäude 4310 der InfraLeuna in Leuna nahe Halle (Saale) betritt, steht mitten im historischen Fundament der mitteldeutschen Industrie. Auf dem Flur zeigt ein großformatiges Öl-Gemälde das Werksgelände in seinen Anfängen vor mehr als 100 Jahren in schönster Industrieromantik. Und eben dieses Gebäude 4310 ist zu sehen. Es war eines der ersten auf dem Areal. Heute hat InfraLeuna-Geschäftsführer Dr. Christof Günther hier sein Büro, in das er mit Nils Aldag, Mitgründer des Unternehmens Sunfire, zum Gespräch zusammenkommt.

Zwei markante Unternehmerbiografien mit einem gemeinsamen Anliegen: wirtschaftliche Zukunft in Ostdeutschland gestalten. Dr. Christof Günther, gelernter Elektromaschinenbauer aus Thüringen, der nach Studienstationen (in Deutschland und den USA) und Promotion in Mannheim seit 2012 als Geschäftsführer die Infrastruktur des größten Chemiestandorts Deutschlands verantwortet. Nils Aldag, deutsch-französischer Unternehmer aus Hessen, zog nach Stationen in Deutschland und Lissabon nach Dresden, um Sunfire, das heute weltweit führende Elektrolyse-Unternehmen für grünen Wasserstoff, auszubauen – vom Start-up zum erfolgreichen Technologieführer.

Was beide verbindet, ist der Anspruch, wirtschaftliche Stärke zu sichern und weiterzuentwickeln: durch Investitionen,

Innovationen, das Erschließen neuer Märkte und durch Entscheidungen, die Wertschöpfung generieren und Arbeitsplätze in Deutschland zukunftsfest machen.

„Mehr als ein Arbeitsplatz, das ist industrielle Tradition“

Dr. Günther, Sie laufen täglich durch dieses geschichtsträchtige Gebäude – was bedeutet der Standort für Sie persönlich?

Christof Günther: Leuna hat die chemische Industrie weltweit geprägt, mit bahnbrechenden Verfahren, die hier entwickelt wurden und nach wie vor eine wichtige Rolle spielen. Diese Tradition wirkt sich auf die Menschen aus, die hier arbeiten, man merkt ihnen an: Es ist mehr als ein Arbeitsplatz, es ist Kompetenz und Leidenschaft über Generationen hinweg. Von dem Werk hängt der Wohlstand einer gesamten Region ab. Dafür spüre ich eine starke persönliche Verpflichtung.

Bei Ihnen ist die Ausgangslage eine andere, Herr Aldag. Sie haben Sunfire nicht nur gegründet, sondern auch erfolgreich gemacht. Wie fühlt sich das im Unterschied an, wenn Sie die lange Historie von Leuna hören?

Nils Aldag: Sunfire gibt es seit mittlerweile 16 Jahren. Wir sind der klassischen Startup-Phase entwachsen und sind heute Mittelständler. Der Altersdurchschnitt bei uns ist zwar relativ niedrig mit 39 Jahren. Aber auch bei uns entwickeln sich solche persönlichen Geschichten. Ich habe an einem unserer Standorte das erste Mal einen Vater erlebt, dessen Sohn nun bei uns angefangen hat. Unsere DNA ist stark von Dynamik und Pioniergeist geprägt. Doch viele unserer Leute haben vorher in Unternehmen gearbeitet, die deutlich länger am Markt sind als wir. Das vermischt sich immer mehr und schafft eine sehr gereifte und offene Kultur.

Sie beide verbindet, dass Sie in Ostdeutschland unternehmerisch tätig sind. Beobachten Sie eine spezielle ostdeutsche Art, Wirtschaft



Dr. Christof Günther ist seit 2012 Geschäftsführer der InfraLeuna GmbH.

und Wandel anzugehen? Gibt es aus der ost-deutschen Geschichte heraus ein Transformations-Gen?

Christof Günther: Es gibt eine tiefe Prägung durch den Strukturbruch der 1990er-Jahre. Das war keine Transformation, sondern ein abrupter Bruch. Alle, die diese Zeit überstanden und ihren Arbeitsplatz in der Heimat behalten haben, sind hochsensibel für erneute Krisen. Und sie sind bereit, alles zu geben, damit die Industrie funktioniert: Wandel kann man nicht aussitzen, man muss ihn aktiv gestalten. Transformations-Gen? Nein, mit Genetik hat das nichts zu tun. Aber Resilienz und Flexibilität kann man trainieren. Und was das angeht, sind wir auf einem hohen Fitnesslevel.

Nils Aldag: Ich habe gelernt, dass es nicht die eine ostdeutsche Identität gibt. Wenn ich auf unser Team blicke, ist der Großteil der Leute bei uns zu jung, um diesen Bruch direkt mit-erlebt zu haben – über die Eltern und Familien gibt es diese Erfahrungen dennoch. Und mit Menschen aus 41 Ländern, die bei uns arbeiten, verschwimmen Grenzen ohnehin. Ich stamme ursprünglich aus Hessen und nehme diesen Unterschied im Alltag gar nicht mehr so stark wahr. Was man in der Region Dresden und auch in Cottbus oder Freiberg deutlich sieht, ist die hervorragende technische Ausbildung der jungen Leute sowie eine sehr gesunde Bodenständigkeit. Und der Wille, Dinge anzupacken. Generell habe ich die Haltung und es ist meine persönliche Erfahrung: Transformation ist keine Frage der Herkunft, sondern vor allem des Mindsets. Bei Sunfire sind Veränderung und Innovation von Anfang an Teil unserer DNA. Wir treten täglich an, um etwas zu verändern und die Industrie klimaneutral zu machen.

„Abgehängter Osten“ und internationale Anziehungskraft

In der öffentlichen Debatte wird Ostdeutschland dennoch häufig negativ porträtiert. Das Bild vom „abgehängten Osten“ hält sich hartnäckig. Warum fällt es so schwer, dieses Narrativ zu durchbrechen?

Nils Aldag: Ich persönlich kann den Begriff des „abgehängten Ostens“ wirklich nicht mehr hören. Ich finde das schlicht nicht gerecht. Wahrnehmungen und Bilder verändern sich immer langsamer als die Realität. Die Realität in Sachsen: Wir haben riesige Technologiecluster, Ansiedlungen wie Bosch und die Chipfabrik TSMC und eine unglaubliche Forschungslandschaft. Wenn internationale Investoren zu uns kommen und die Dynamik sehen, hinterlässt das enormen Eindruck. Wir müssen diese positiven Geschichten einfach immer wieder erzählen, statt in Pessimismus zu verfallen. Die spannende Frage ist doch, welche Zukunft hier gerade aufgebaut wird. In vielen Schlüsseltechnologien spielt Ostdeutschland heute eine Vorreiterrolle. Vor allem die Transformation

hin zu einer klimaneutralen und technologisch führenden Industrie wird maßgeblich auch von Ostdeutschland aus vorangetrieben.

Christof Günther: Man muss das sehr differenziert sehen. In der Chemiebranche erzielen wir im Osten eine Wertschöpfung, die im weltweiten Spitzenfeld liegt. Dass das Bruttoinlandsprodukt im Schnitt noch unter dem des Westens liegt, hat viel mit strukturellen Faktoren zu tun. Zum Beispiel fehlen uns Unternehmenszentralen. Die liegen oft im Westen und dort sitzen die höher bezahlten Stellen. Was jedoch die operative Leistung betrifft, stehen unsere Anlagen den alten Bundesländern in nichts nach. Im Gegenteil, wir sind oft schlanker aufgestellt und dadurch effizienter.

In der Privatisierungsphase der 1990er-Jahre gab es keine westdeutschen Akteure, die hier einsteigen wollten. Deshalb kamen französische und andere internationale Investoren nach Leuna. Heute haben wir Investoren aus elf Ländern am Standort. Diese weltweit tätigen Konzerne sehen, dass Leuna in vielen Punkten Benchmark ist.

Krise, Energie und der Mut zur Zukunftsfähigkeit

Die Industrie steht aktuell vor enormen globalen Herausforderungen. Wie bewerten Sie die gegenwärtigen Standortbedingungen?

Christof Günther: Wir befinden uns in der energieintensiven Industrie und speziell in der Chemie in einer tiefen Krise. Ein wesentlicher Grund sind die Energiepreise in Deutschland, die im internationalen Vergleich viel zu hoch sind. Wenn Wettbewerber in den USA für Erdgas nur einen Bruchteil zahlen, ist die Produktion in Europa nicht wettbewerbsfähig. Wir dürfen die industrielle Basis keinesfalls wegbrechen lassen, denn sie ist die Voraussetzung für die anstehende Transformation. Wir behaupten uns mit Innovation: Wir haben in Leuna das Energiesystem flexibilisiert und nehmen in Kürze einen riesigen Elektroden-

Dampfkessel in Betrieb, um aus überschüssigem Strom Hochdruckdampf zu erzeugen. Das ist die erste Anlage dieser Art in Europa. Zudem fließt bei uns gerade über eine Milliarde Euro in Anlagen zur Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe.

Nils Aldag: Auch im Bereich Wasserstoff müssen wir das Tempo hoch halten. Ich war vor Kurzem in China. Was dort an erneuerbaren Energien, Stromnetzen und Wasserstoffprojekten entsteht, ist gewaltig. Wir müssen in Europa zusehen, dass wir Energie langfristig sauber und günstig bereitstellen und die Netze ausbauen. Und wir dürfen uns nicht zu sehr darüber beklagen, was in der Vergangenheit falsch gelaufen ist, sondern müssen nach vorne schauen. Mit Halbleitern, Wasserstoff und modernen Industrien haben wir gerade hier in Ostdeutschland echte Zukunftschancen.

Unternehmergeist und der Blick nach vorn

Ein traditionsreicher Chemiepark und ein junges Clean-Tech-Unternehmen – was können Sie voneinander lernen?

Nils Aldag: Für ein jüngeres Unternehmen ist es beeindruckend zu sehen, wie ein traditionsreicher Standort wie Leuna alle Krisen und Brüche der Geschichte überstanden hat und sich unter harten Bedingungen so erfolgreich behauptet. Dahinter stecken auch erprobte, verlässliche Prozesse, die wir uns als Startup mühsam aufbauen mussten. Und von einer Unternehmerpersönlichkeit wie Herrn Günther kann man im Austausch viel mitnehmen.

Christof Günther: Für uns in den etablierten Strukturen ist diese Startup-Kultur von Herrn Aldag ein Vorbild: diese Agilität, die schnellen Entscheidungswege und das direkte Aufgreifen von Trends. Bei uns legen wir großen Wert darauf, dass Entscheidungen extrem schnell getroffen werden. Wenn der Kunde spezielle technische Anforderungen hat, passen wir uns an. Dieses dynamische Element muss man pflegen, egal wie groß ein Unternehmen wird.



Können Sie sich vorstellen, dass Ihr heutiges Leben ohne die Wiedervereinigung möglich gewesen wäre?

Christof Günther: (lacht) Nein, das kann ich mir schlicht nicht vorstellen. Der Weg, den ich gegangen bin, wäre nicht möglich gewesen: Auslandsstudium, Promotion in Mannheim und jetzt in der Verantwortung für einen so bedeutenden Chemiestandort zu stehen. Seit dem Tag, an dem die Mauer fiel, habe ich Vollgas gegeben. Ich bin heilfroh, dass es so gekommen ist.

Nils Aldag: Die Entscheidung, mit dem Unternehmen nach Dresden zu gehen und dort mit meiner Familie heimisch zu werden, war vollkommen richtig. Meine Geschwister leben mit ihren Familien in Leipzig, wir in Dresden. Wenn man sieht, mit welchem Potenzial, welcher Unterstützung und welchen großartigen Leuten wir hier etwas aufbauen konnten, sind wir einfach sehr dankbar, in diesem Teil Deutschlands zu leben. Uns wäre definitiv etwas Entscheidendes entgangen, wenn es diese Entwicklung nicht gegeben hätte.



Mit voller Kraft für Kinder und Jugendliche: Diana Lapp (links) und Hans Goldenbaum

ZWEI, DIE ETWAS BEWEGEN

Diana Lapp und Hans Goldenbaum machen sich stark für Kinder und Jugendliche in Ostdeutschland. Im Interview sprechen die beiden darüber, was sie antreibt, welche Hürden sie dafür nehmen und was soziales Engagement in Ost und West unterscheidet – sei es im Hauptberuf oder im Ehrenamt.

Heiße Luft flimmert über den Eisenbahngleisen, die durch brandenburgische Felder führen. Eine blaue Fahrraddraisine bahnt sich zügig ihren Weg durch die Landschaft. Diana Lapp und Hans Goldenbaum treten kraftvoll in die Pedale. Zwei Menschen, die sich in Ostdeutschland für Kinder und Jugendliche engagieren. Lapp ehrenamtlich, Goldenbaum als Mitarbeiter eines freien Trägers der Jugendhilfe. Beide haben ihre ganz persönliche Sicht auf Fragen des Engagements. Heute treffen sie erstmals aufeinander, um darüber zu diskutieren, wie es um das soziale Engagement in Ostdeutschland steht.

Dass beide vom gleichen Schlag sind, merkt man direkt: Sie duzen sich, reden und lachen viel. Als Diana Lapp, 50, gekonnt von der Draisine absteigt, strahlt sie trotz der Anstrengung über das ganze Gesicht – ihre positive Art ist ansteckend. Die gebürtige Thüringerin und Mutter von vier Kindern arbeitet hauptberuflich in der Pflege. In ihrem Heimatort Unterbreizbach engagiert sie sich im traditionsreichen Sportverein SV Kali Unterbreizbach. Hans Goldenbaum, 42, ist gebürtiger Ostberliner. Er lebt seit über zwei Jahrzehnten in Halle (Saale), seiner „zweiten Heimat“. Jetzt sitzt er in dem kleinen Ort Am Mellensee, ca. eine Autostunde von Berlin entfernt, Diana Lapp gegenüber.

„Jeder Einzelne kann den Unterschied machen“

Frau Lapp, Sie sind nach mehreren Stationen im In- und Ausland vor einigen Jahren in Ihr Heimatdorf Unterbreizbach im Wartburgkreis zurückgekehrt. Seitdem engagieren Sie sich viele Stunden in der Woche ehrenamtlich. Warum nutzen Sie Ihre Freizeit, um anderen zu helfen?

Diana Lapp: Während und nach der Corona-Pandemie gab es bei uns im Dorf wenig Angebote für Kinder. Gemeinsam mit anderen Müttern habe ich deshalb geschaut, welche vorhandenen Strukturen wir nutzen können. 2022 entstand so innerhalb des Sportvereins der Kali Kids Club mit Kinderturnangeboten. Zum Start waren 25 Kinder dabei, heute sind es 110. Dann die nächste Idee: Warum sollten wir die gewachsenen Vereinsstrukturen nicht auch für Kunst, Kultur und Begegnung nutzen? Heute gestalten wir Angebote und Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche genauso wie für Erwachsene und ältere Menschen. Das Schöne daran ist: Beteiligung beginnt für mich nicht mit einem Formular, sondern mit einer persönlichen Einladung. Jeder kann sich mit seinen Fähigkeiten einbringen. Das sorgt einfach für eine wahnsinnig gute Stimmung, und genau das treibt mich an. Und ich merke, dass Engagement ansteckend ist. Immer wieder kommen Menschen auf mich zu und fragen, wie sie sich einbringen können.

Hans Goldenbaum: An Dianas Geschichte merkt man: Jeder Ehrenamtliche kann durch gute Arbeit in einem Einzelfall tatsächlich den Unterschied machen. Aber es ist doch unser gesamtgesellschaftlicher, politischer Auftrag, alle Kinder mitzunehmen. Das kann man auch, aber nicht nur über Ehrenamtliche regeln.

Diana Lapp: Stimmt, aber ganz ehrlich: Ich persönlich würde gar nicht wollen, dass das andere übernehmen. Das tue ich auch gerne in meiner Freizeit, weil es mich bereichert – selbst wenn ich an manchen Abenden müde ins Bett falle. Natürlich brauchen wir finanzielle Unterstützung. Ohne Geld lassen sich viele gute Ideen irgendwann nicht mehr umsetzen. Aber der Funke für Engagement entsteht nicht durch Geld, sondern durch Menschen, die Lust haben, gemeinsam etwas zu machen. Entscheidend ist, dass sie erleben: Meine Idee zählt, ich kann mich einbringen und gemeinsam können wir etwas bewegen. Damit daraus etwas Dauerhaftes wachsen kann, braucht es aber auch die entsprechenden Rahmenbedingungen.

„Im Osten fehlt es in der Fläche also sowohl an Finanzkraft als auch an Know-how.“

Herr Goldenbaum, häufig wird behauptet, die Menschen im Osten würden sich weniger stark sozial engagieren als Westdeutsche. Ist da was dran?

Hans Goldenbaum: Nein, das kann man so nicht sagen. Die Bereitschaft, sich zu engagieren, ist im Osten und im Westen ungefähr gleich groß. Den Unterschied machen eher strukturelle Dinge.

Zum Beispiel?

Hans Goldenbaum: Meistens braucht man einen Verein, um sich zu engagieren. Und dieser Verein braucht Mitglieder und Mittel – Vereinsräumlichkeiten, öffentliche Förderung und auch private Spenden. Und da sehen wir dann schon Ungleichheiten: Fast jede zweite Kommune im Osten ist steuerschwach, im

Westen nur etwa jede achte. In Ostdeutschland spenden ungefähr 35 Prozent der Bevölkerung, in Westdeutschland sind es 45 Prozent. Und was jeder Einzelne spendet, ist in Westdeutschland ungleich höher als hier.

Woher kommt dieses Ungleichgewicht?

Hans Goldenbaum: Der zentrale Faktor ist letztlich die Wende: 94 Prozent des Betriebsvermögens der ehemaligen DDR und ein großer Teil der Immobilien wurden nicht von Ostdeutschen gekauft und übernommen – die hatten schlicht gar keine Mittel. Seitdem schleppt sich dieses Ungleichgewicht durch und reproduziert sich über jede Generation. Ein ostdeutscher Haushalt hat ein Durchschnittsvermögen von 150.000 Euro, ein westdeutscher von 350.000 Euro. Und wo nichts ist, kann auch nichts vererbt und weitergegeben – oder gespendet – werden.

Diana Lapp: Und dann kommt ja noch hinzu, dass so viele gut gebildete, qualifizierte Menschen in den Westen gegangen sind.

Hans Goldenbaum: Genau, unter der westdeutschen Bevölkerung gibt es mehr Menschen mit Abitur und Fachhochschulzugang, darunter auch viele ehemalige Ostdeutsche. Das sorgt dafür, dass dort mehr Menschen spezifische Kompetenzen haben, zum Beispiel um bestimmte Förderlogiken zu durchschauen und Anträge zu schreiben. Im Osten fehlt es in der Fläche also sowohl an Finanzkraft als auch an Know-how. (Er schaut zu Diana Lapp hinüber.) Umso bewundernswerter ist es, wenn trotz dieser schlechten Ausgangsbedingungen so ein Erfolg gelingt.

„Man muss viel Überzeugung mitbringen, um diesen Job zu machen“

Diana Lapp: Wir fragen halt nicht: Warum geht es uns so schlecht? Sondern: Was sind unsere Stärken? Wie können wir die Leute beteiligen? Wer aus dem Dorf kann gut malen oder tanzen, wer ist ein guter Trainer? Dann ist erstmal egal, ob wir Geld haben oder nicht.

Hans Goldenbaum (schmunzelt): Und wie man mit nichts etwas auf die Beine stellt, darin sind wir ja tatsächlich geübt.

Dianas Lapps Augen leuchten, während sie spricht.

Diana Lapp: Was mich als Ehrenamtliche am meisten antreibt, ist doch, dass die Leute sich freuen. Alle Kinder im Dorf kennen meinen Namen. Viele rufen auch einfach an, wenn sie etwas auf dem Herzen haben.

Hans Goldenbaum schaut nachdenklich.

Hans Goldenbaum: Man muss allerdings auch viel Überzeugung mitbringen, um diesen Job zu machen. Vielen Menschen gelingt die Abgrenzung zwischen Privatleben und sozialem Engagement nicht gut, weil sie immer das Gefühl haben, noch mehr tun zu müssen. Das sehe ich auch bei mir selbst.

„Machen statt meckern“

Gab es jemals einen Moment, in dem Sie ans Aufgeben gedacht haben?

Hans Goldenbaum: Ich muss zugeben, dass ich zuletzt manchmal diesen Gedanken hatte. Zum einen sind Schulen und Jugendhilfe vielerorts mit großen Herausforderungen konfrontiert. Gerade im sozialen Bereich sind die Unterstützungsbedarfe in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Gleichzeitig fehlen vielerorts die notwendigen personellen und finanziellen Spielräume, um diesen Anforderungen angemessen zu begegnen. Ich denke, dass diese Entwicklung auf politischer Ebene nicht die Aufmerksamkeit bekommt, die sie verdient. Und zum anderen gibt es in einigen ostdeutschen Kommunen nun sogar noch politische Mehrheiten, die entscheiden, Fördergelder verfallen zu lassen – aus Misstrauen gegenüber Vereinen und Zivilgesellschaft. Das ist einfach traurig und frustrierend, vor allem für die Betroffenen.

Diana Lapp: Wenn man 30 Jahre in der Pflege gearbeitet hat, geht es einem ähnlich.

Hans Goldenbaum: Und teilweise wird die öffentliche Förderung von Prävention inzwischen sogar grundsätzlich infrage gestellt. Das sind Gründe, aus denen ich in den vergangenen Jahren manchmal weniger motiviert zur Arbeit gegangen bin.

Diana Lapp: Trotzdem bin ich zuversichtlich, dass es irgendwie weitergeht. Es wird immer den ein oder anderen geben, der die richtige Richtung kennt – so wie uns auf der Draisine die Schienen die Richtung vorgeben, an denen wir uns orientieren können. Ich sehe das nicht als Daueroptimismus, sondern als gesunde Zuversicht. Machen statt meckern (lacht).

Auf einer Draisine geht es nur voran, wenn man gemeinsam in die Pedale tritt. Gilt das auch für Ihre Arbeit?

Diana Lapp: Ja, denn das ist quasi die Grundweisheit für alles, was wir tun: Alleine funktioniert es nicht. Und das Gespräch mit Hans zeigt mir auch: Es wird an so vielen Fronten gekämpft. Das macht mir Mut.

Hans Goldenbaum: Ich sehe da noch einen anderen Zusammenhang. Denken wir mal an die Infrastruktur, die Engagement braucht. Ich würde also sagen: Wir sind gut vorangekommen, weil die Draisine geölt war und die Gleise in Schuss waren. Im sozialen Bereich haben wir es oft schwer, weil gute Rahmenbedingungen fehlen. Dianas Erzählungen bestärken mich aber, weiterzumachen. Weiter darüber zu sprechen, was es braucht, damit Engagement entstehen kann. Und es ist motivierend, andere Leute zu sehen, die auf derselben Schiene fahren.





„MEINEN OSTEN GEBE ICH NICHT HER“

Sommerliche Hitze hängt über Leipzig. In der Kletterhalle „No Limit“ steht die Luft schwer zwischen Beton, Chalk-Staub und frischem Schweiß. Bis zu 16 Meter ragen die Wände in die Höhe. Einige Jugendliche und manch ein drahtiger Herr im Rentenalter wollen heute die Wand im Norden der Stadt bezwingen.

Die Studierenden Luca Hahn und Alaska Krakor engagieren sich beide im Studierendenrat der Universität Leipzig. Heute sind sie zum Fotoshooting gekommen: **Luca** (23 Jahre, aus Hessen) studiert Sport auf Lehramt. Als erfahrener Kletterer findet er mühelos die richtigen Klettergriffe, die ihn Meter für Meter in die Höhe führen. **Alaska** (25 Jahre, aus Sachsen-Anhalt) steht zum ersten Mal an einer Kletterwand und gibt trotzdem alles.

Dabei ist es wie im wahren Leben: Wege nach oben sehen selten gleich aus. Insbesondere, wenn der eine aus West- und die andere aus Ostdeutschland stammt. Oder spielt das für zwei, die im vereinten Deutschland geboren wurden, gar keine Rolle? Genau darüber sprechen die beiden miteinander. Auf dicken Kletterhallen-Matten sitzen sie sich gegenüber.

Herkunft verschwindet nicht einfach

Ist euch aneinander West- oder Ostdeutsches aufgefallen, als ihr euch kennengelernt habt?

Alaska: Ja, Luca, an dir ist mir schon aufgefallen, dass du sehr westdeutsch sozialisiert bist. Dein Akzent zum Beispiel. Ich habe mir meinen ostdeutschen Akzent früh abtrainiert. Diese Unbekümmertheit, mit der du zu deinem Akzent stehst, fasziniert mich irgendwie.

Luca: (zieht die Knie an, überlegt kurz) Das höre ich zum ersten Mal so direkt. Bei uns ist der Dialekt auf dem Land schon breiter, aber in der Stadt Gießen sprechen wir eigentlich keinen Dialekt. Dachte ich zumindest.

Alaska: Hast du mal überlegt, wie du hier ankommst? Als Wessi im Osten?

Luca: Ich habe hier erst angefangen, den Unterschied Ost-West überhaupt wahrzunehmen. Ich habe mich nie als „der Westdeutsche“ gesehen. Ich checke mittlerweile viel mehr die Hintergründe.

Alaska: Bei der Wiedervereinigung wurde Ostdeutschland ja nicht wirklich integriert, sondern eher Westdeutschland dem Osten übergestülpt – zumindest in der Wahrnehmung vieler Menschen, die ich höre. Da wurden ganze Biografien entwertet.

Luca: Das sehe ich genauso. Dieser Stempel wurde aufgedrückt, und die Verletzung, die daraus entstanden ist, ist nie richtig verarbeitet worden. Ein Beispiel, das bei mir hängen geblieben ist: Ein bekannter Tatort-Schauspieler aus dem Osten hat mal erzählt, wie er kurz nach der Wende in einer Talkshow Fragen zu Kinderserien nicht beantworten konnte, weil es westdeutsche Serien waren. Als ich hierhergezogen bin, hätte ich der Moderator dieser Show sein können.

A photograph of two young adults, a woman and a man, sitting on a wooden ledge in front of a large indoor climbing wall. The woman, on the left, has curly reddish-brown hair and wears glasses and a red and white striped shirt. The man, on the right, has dark hair and wears a white t-shirt. Both are wearing climbing harnesses and have climbing bags attached to their waists. The climbing wall is made of light-colored concrete and is covered with numerous colorful climbing holds in various shapes and sizes. A blue rope is visible on the left side of the wall. The scene is brightly lit, suggesting an indoor climbing gym.

**Zwei Studierende der Uni Leipzig
sprechen über Herkunft, unterschied-
liche Aufstiegschancen, Sicherheits-
netze – und über die Frage, wie viel Ost
und West in ihrer Zukunft steckt.**





Trotzdem frage ich mich manchmal, ob nicht eher die soziale Bubble entscheidet als Ost oder West. Ich kenne Leute aus Westdeutschland, die ohne Vermögen, ohne Absicherung aufgewachsen sind. Und ich kenne Ostdeutsche, die ziemlich behütet groß geworden sind. Die Startbedingungen haben oft mehr mit der sozialen Herkunft zu tun als mit der Himmelsrichtung, aus der man stammt.

Alaska: (zieht die Augenbrauen hoch) Das stimmt schon, aber die Wahrscheinlichkeit, in welche Bubble du hineingeboren wirst, ist in Ostdeutschland eben strukturell anders verteilt. Deshalb landen wir am Ende doch wieder bei Ost und West. Ich habe neulich gelesen, dass rund 80 Prozent der Studierenden in Deutschland, die allein oder in WGs leben, armutsbetroffen sind. Und im Osten ist das besonders schlimm, weil das familiäre Umfeld das oftmals nicht auffangen kann.

Und noch etwas ist mir wichtig: Ich bin nicht stolz darauf, ostdeutsch zu sein, aber ich bin ostdeutsch sozialisiert. Das ist für mich ein Unterschied. Ich möchte nicht, dass diese Herkunft ständig zur Erklärung für alles wird. Aber sie verschwindet auch nicht einfach, nur weil wir nach der Wiedervereinigung geboren wurden.

Sicherheitsnetz und Angst vor Abstürzen

In Ostdeutschland wird deutlich weniger vererbt als im Westen, auch Wohneigentum ist seltener. Merkt ihr diese unterschiedlichen Sicherheitsnetze im Studierendenalltag?

Alaska: Total. Ich bekomme kein BAföG mehr, meine Familie kann mich nicht viel unterstützen. Für mich war auch früh klar: Westdeutschland als Studienort kann ich mir kaum leisten. Leipzig war fachlich mein Wunschort, aber eben auch ein Ort, an dem ein Studium für mich überhaupt realistisch schien. Und ich ziehe wohl nach dem Studium erst einmal zurück in mein Heimatdorf in der Nähe von Magdeburg, um Geld zu sparen.

Luca: (legt nachdenklich den Kopf in die Hand) Bei mir ist das schon anders. Meine Eltern unterstützen mich, das ist ein Privileg. Aber es reicht nicht, damit ich einfach nur studieren könnte – ich arbeite auch nebenher. Aber ich weiß: Im Ernstfall würde ich aufgefangen werden. Bei mir wird es nie so weit kommen, dass ich zurück nach Gießen muss, weil es anders nicht geht.

Alaska: Genau das ist der Unterschied. In meinem Studiengang Theaterwissenschaft bin ich eine von vielleicht drei Personen, von denen ich weiß, dass sie ostdeutsch sind. Am Rande eines meiner ersten Seminare wurde über ostdeutsche Lebensrealitäten gesprochen, als wohnten hier nur „dumme Osis“. Fächer ohne klares Berufsziel sind für viele einfach zu unsicher. Sicherheit ist hier ökonomisch ein anderes Thema, weil ganze Industriezweige weggebrochen sind.

Luca: Ja, ich sehe schon, was für einen Unterschied das im Alltag macht. Ich weiß, was für ein Privileg ich habe im Vergleich zu dir. Und ziehe vor deiner Leistung echt den Hut.

Alaska: Oft fehlt Studierenden aus dem Osten nicht nur Geld, sondern auch das Wissen, das andere ganz selbstverständlich von zu Hause mitbringen. Wenn man die Erste oder der Erste in der Familie an der Uni ist, erklärt einem niemand, wie ein Vorlesungsverzeichnis funktioniert oder was Credit Points sind. Vielleicht ist das auch bei Studierenden aus dem Westen so, aber in meinem Umfeld sehe ich es vor allem bei Ostdeutschen.

Heimat, Träume und ein Camper

Wenn ihr an die nächsten zehn, 15 Jahre denkt – was sind eure Zukunftsbilder?

Luca: Ich würde mir wünschen, dass ich meinen Sport in Zukunft besser finanzieren kann. Ein Riesentraum wäre für mich ein Camper,

mit dem ich hinfahren kann, wohin auch immer ich will. Haus, Familie – daran denke ich noch nicht. Ich könnte mir aktuell auch nicht vorstellen, in eine Stadt zu ziehen, die nicht so ist wie Leipzig. Bei Köln habe ich das gleiche Gefühl, dort geht man hin und erfährt einfach Liebe, egal wie man ist. Genau das will ich in meinem Leben.

Alaska: (lacht kurz, dann leiser, streicht sich die Haare zurück) Es tut fast weh, das zu hören – nicht weil es falsch ist, sondern weil ich diesen Luxus, so unbeschwert zu planen, ein bisschen verloren habe.

Luca: Wobei ich auch nicht komplett frei entscheiden kann. Nach dem Studium kommt das Referendariat, und da weiß ich noch nicht, wohin es mich verschlägt. Vielleicht werde ich einer ostdeutschen Kleinstadt zugeteilt, in der ich weder Freunde noch Familie habe. Das wäre für mich dann doch unangenehm. Zu einer westdeutschen Kleinstadt hätte ich direkt einen stärkeren Bezug, selbst wenn ich dort niemanden kenne.

Alaska: Ich begegne Ostdeutschland mit einer Mischung aus Resignation und Vorfreude auf das, was noch kommen kann. Für mich fühlt sich der Osten manchmal an wie zwei schmerzende Gegensätze in meiner Brust: als Sehnsuchtsort, an dem ich unglaubliche Solidarität erlebe. Und der Osten als Ort, an dem ich als trans Person Angst haben muss. Wie oft ich abends mit Freundinnen die Straße runtergelaufen bin und plötzlich Menschen vor uns standen, die mit unserer Art zu leben nichts anfangen konnten.

Luca: Und obwohl du dich als trans Person fürchten musst, bleibst du. Das finde ich stark.

Alaska: Ja. Weil hier halt auch die klügsten, solidarischsten Menschen sind, die ich kenne. Menschen, die dafür arbeiten, dass Ostdeutschland nicht zu der Karikatur verkommt, die man dem Osten so gerne überstülpt. Ich sehe

Ostdeutschland nicht als Wiege des Problems, sondern als Wiege einer möglichen Lösung. Deshalb gebe ich meinen Osten nicht her.

Der Osten als Raum für Möglichkeiten

Was wünscht ihr euch – auch mit Blick auf die Arbeit der Ostbeauftragten – für die kommenden Jahre?

Alaska: Dass ostdeutsche Lebensrealitäten ernst genommen werden – auch dann, wenn sie nicht ins gängige Bild passen. Der Unrechtsstaat war in der DDR real, das will ich nicht kleinreden. Aber es gab auch Biografien voller Hoffnung, die nach der Wiedervereinigung einfach für ungültig erklärt wurden.

Ich glaube, dass Erfahrungen von Entwertung und Überforderung Menschen politisch für einfache populistische Ansprachen erreichbar machen können. Wenn dann jemand kommt und sagt: „Du bist ostdeutsch, und das ist gut so – die anderen haben dir etwas weggenommen“, kann das sehr wirksam sein. Nicht, weil daraus zwangsläufig etwas folgt. Sondern weil Menschen nach Anerkennung und einer Erklärung für ihre Erfahrungen suchen. Gerade deshalb wünsche ich mir, dass ostdeutsche Biografien ohne negative Vorzeichen erzählt werden dürfen.

Luca: Ich würde gern ergänzen: Man müsste die positiven Seiten sichtbarer machen. Leipzig ist längst kein Ort mehr, von dem man wegzieht, weil im Westen alles besser ist. Im Gegenteil. Darauf könnte man stolzer sein. Und ich würde mir wünschen, dass sich dieser Spirit auch auf andere Regionen überträgt.

Was gibt euch Hoffnung?

Luca: Dass Leipzig so wächst, wie es wächst. Man muss aufpassen, das nicht mit einem Dauertrend zu verwechseln. Wichtig wäre, dass nicht nur Zugezogene wie ich kommen, sondern dass Menschen, die von hier sind, auch bleiben wollen und können.

Alaska: Und ich hoffe, dass Ostdeutschland der Möglichkeitsraum wird, den ich in meinem Kopf sehe. Dass meine Lebensrealität darin stattfinden kann, ganz ohne Angst.

Was würdet ihr, wenn ihr Kinder hättet, an Ost-Prägung weitergeben wollen?

Alaska: Ich würde ihnen mitgeben, dass Ostdeutschland sehr viel diverser ist, als es oft wahrgenommen wird. Dass das Bild vom „hinterwäldlerischen Osten“ kein Naturzustand ist, sondern das Ergebnis von Entscheidungen, die andere getroffen haben.

Luca: (verschmitzter Blick zu Alaska) ... und dass man sich nicht für seinen Akzent rechtfertigen muss.



**HANDELN:
WIE DER STAAT
CHANCEN
ERÖFFNET**



Teil





Kabinetttisch der Bundesregierung

Ob Menschen ihre Ziele erreichen können, hängt von vielen Faktoren ab. Persönlicher Einsatz ist dabei ebenso wichtig wie die Bedingungen, unter denen Menschen ihren Weg gehen: der Zugang zu guter Bildung, zu Ausbildung und Arbeit, zu bezahlbarem Wohnraum, zu Mobilität, Gesundheitsversorgung oder digitaler Infrastruktur. Staatliches Handeln kann dazu beitragen, Barrieren abzubauen und Chancen im Lebensverlauf zu verbessern.

Dieser Teil des Berichtes der Ostbeauftragten versammelt keine Gesamtschau aller Maßnahmen der Bundesregierung für Ostdeutschland. Es sind ausgewählte Beispiele aus den Bundesministerien, die zeigen, wie staatliches Handeln Menschen auf ihrem Lebensweg unterstützen und ihre Chancen verbessern kann. Die Beiträge beschreiben, welche Hürden die Maßnahmen aufgreifen, welche Zielgruppen sie erreichen und wie sie Bildungs-, Berufs- und Entwicklungsmöglichkeiten stärken.

Die Beiträge folgen der Zuständigkeit der Bundesministerien, stehen jedoch für das Handeln der gesamten Bundesregierung. Sie zeigen, wie staatliches Handeln an unterschiedlichen Stationen des Lebens ansetzt – von der frühen Bildung über Ausbildung und Beruf bis hin zu Mobilität, Gesundheit, Wohnen, Kultur oder Digitalisierung.

Jedes Ressort betrachtet Aufstiegschancen aus seinem jeweiligen Verantwortungsbereich. Zusammengenommen entsteht ein facettenreiches Bild davon, wie unterschiedliche Politikbereiche ineinandergreifen und Menschen in verschiedenen Lebensphasen unterstützt werden. So wird sichtbar, dass Aufstiegschancen nicht durch eine einzelne Maßnahme entstehen, sondern dort, wo unterschiedliche Instrumente zusammenwirken und Menschen zum richtigen Zeitpunkt erreichen.



AUFSTIEGSCHANCEN DURCH VERBESSERTE INFRASTRUKTUR, VERMÖGENSAUFBAU UND FINANZBILDUNG

Bundesministerium der Finanzen

Finanzielle Chancen entstehen nicht erst mit dem ersten Gehalt. Sie entwickeln sich über viele Jahre – geprägt durch das Umfeld, in dem Menschen aufwachsen, die Möglichkeiten, die ihnen offenstehen, und die Entscheidungen, die sie im Laufe ihres Lebens treffen. Die Bundesregierung setzt an verschiedenen Stationen dieses Lebenswegs an. Ziel ist es, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, finanzielle Perspektiven zu eröffnen und Menschen dabei zu unterstützen, ihre Möglichkeiten zu nutzen.

Investitionen schaffen Chancen vor Ort

Das **Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität** schafft die strukturellen Voraussetzungen für gleichwertige Lebensverhältnisse und mehr soziale Mobilität. Marode Schulen, baufällige Verkehrsinfrastruktur oder langsames Internet beeinträchtigen Chancen oft schon in jungen Jahren. Besonders in strukturschwachen Regionen – sowohl ländlich als auch in bestimmten urbanen Räumen – sind diese Defizite deutlich spürbar und verstärken bestehende Ungleichheiten.

Mit einem Investitionsvolumen von 500 Milliarden Euro über die nächsten zwölf Jahre setzt der Staat hier gezielt an. Die Mittel fließen u. a. in die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur, die Modernisierung von Schulen und Kitas, in den Ausbau digitaler Netze, in eine verlässliche Mobilität sowie in eine leistungsfähige Energieinfrastruktur. Für den Alltag bedeutet das konkrete Verbesserungen: bessere Lernbedingungen, stabilere Internetverbin-

dungen und eine resiliente Energieversorgung. Gleichzeitig wird der Übergang zur Klimaneutralität aktiv gestaltet. Davon profitieren alle Bürgerinnen und Bürger, besonders Familien, Auszubildende und Pendlerinnen und Pendler, deren Alltag unmittelbar von funktionierender Infrastruktur abhängt. Bessere Mobilität kann dabei unterstützen, die eigenen Ziele zu erreichen. 100 Milliarden Euro des Sondervermögens erhalten direkt die Länder – für Investitionen in ihre Infrastruktur und die der Kommunen. Die Kommunen tragen im Alltag die Hauptverantwortung für eine funktionierende Infrastruktur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dies ist ein Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse vor Ort. Zusätzlich wird die Bundesregierung mit dem Länder- und Kommunalentlastungsgesetz Länder und Kommunen um weitere vier Milliarden Euro entlasten.

Die Qualität der öffentlichen Infrastruktur ist ein zentraler Standortfaktor und wesentlich für die Wettbewerbsfähigkeit und die Wachstumsaussichten der Wirtschaft. Gerade



für Beschäftigte in Branchen im Wandel entstehen dadurch neue Perspektiven. Zukunftsfähige Technologien und nachhaltige Wirtschaftszweige eröffnen neue Arbeitsfelder und sichern langfristig Beschäftigung. So entstehen neue Aufstiegswege in einer Wirtschaft, die sowohl leistungsfähig als auch krisenfest ist.

Früher Vermögensaufbau eröffnet finanzielle Perspektiven

Ein zentraler Ansatzpunkt ist der Vermögensaufbau junger Menschen zur Altersvorsorge, der bislang stark von den finanziellen Startbedingungen und Möglichkeiten der Eltern abhängt. Wer in einem Haushalt mit Vermögen aufwächst, profitiert oft früh von Sparanlagen, Kapitalmarktteilnahme und vererbten Vermögen, während andere ohne diese Unterstützung starten. Diese Ungleichheit setzt sich über Jahrzehnte fort und wirkt sich direkt auf die finanzielle Sicherheit im Alter aus. Mit der Einführung der sogenannten **Frühstartrente** und der Schaffung eines geförderten **individuellen**

Altersvorsorgedepots wird dieser Mechanismus gezielt durchbrochen. Perspektivisch erhalten alle Kinder und Jugendlichen zwischen sechs und 18 Jahren monatlich eine staatliche Förderung in Höhe von zehn Euro, die in einem persönlichen Altersvorsorgedepot angelegt werden. Dadurch erhalten erstmals alle Kinder und Jugendlichen einen frühen Zugang zur kapitalgedeckten Vorsorge – unabhängig davon, ob ihre Eltern selbst sparen können oder nicht.

Die Wirkung entfaltet sich dabei nicht nur langfristig im Alter, sondern bereits in der Gegenwart, indem junge Menschen und ihre Eltern die Möglichkeiten des Kapitalmarktes kennenlernen. Eltern können das Depot unkompliziert eröffnen und durch freiwillige Zuzahlungen ergänzen. Aber auch ohne ihr Zutun profitieren Kinder von der Frühstartrentenförderung im Rahmen einer staatlichen kollektiven Anlage. So wird verhindert, dass ausgerechnet jene leer ausgehen, die ohnehin schlechtere Startbedingungen haben. Die Frühstartrente ist so konzipiert, dass sie nahtlos in die geförderte private Altersvorsorge übergeht.

Mit der Reform wird die private Altersvorsorge unter anderem durch das Altersvorsorgedepot einfacher, kostengünstiger und renditestärker ausgestaltet, sodass mehr Menschen tatsächlich teilnehmen können. Besonders für Familien sowie Personen mit kleinen und mittleren Einkommen entsteht damit eine realistische Perspektive für private Altersvorsorge. Perspektivisch stärkt dies nicht nur die individuelle Sicherheit, sondern auch die gesellschaftliche Teilhabe – weil finanzielle Abhängigkeiten reduziert werden.

Sicher mit Geld umgehen – bessere Selbstbestimmung bei finanziellen Entscheidungen

Finanzielle Möglichkeiten sind dann am größten, wenn Informationen verständlich, leicht zugänglich und alltagsnah sind. Genau hier setzt die geplante **Finanzbildungsstrategie des Bundes** an. Sie soll dazu beitragen, dass Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen angemessene und verantwortungsvolle Finanzentscheidungen treffen können – etwa bei Fragen zur Altersvorsorge, zum Sparen oder zum Umgang mit Krediten. So können mehr Menschen die Chancen nutzen, die ihnen offenstehen. Dabei richtet sie sich grundsätzlich an die gesamte Bevölkerung, legt jedoch insbesondere einen Fokus auf Menschen mit sozioökonomischen Herausforderungen, junge und ältere Menschen, Frauen sowie Erwerbstätige. Finanzbildung soll dort ansetzen, wo sie im Alltag gebraucht wird – verständlich, lebensnah und praxisorientiert. Ob beim Abschluss eines Vertrags, beim Sparen oder bei der Altersvorsorge: Ziel ist es, Menschen dabei zu unterstützen, ihre finanziellen Möglichkeiten selbstbewusst und passend zu ihrer persönlichen Lebenssituation zu nutzen. Je früher Menschen Orientierung und Unterstützung erhalten, desto leichter können sie finanzielle Chancen für sich nutzen – unabhängig davon, mit welchen Voraussetzungen sie starten.

Gemeinsam wirken die Maßnahmen über den gesamten Lebensverlauf

In ihrer Gesamtheit zeigen die Maßnahmen ein konsistentes Verständnis von Chancengerechtigkeit. Sie greifen ineinander: Frühe finanzielle Unterstützung schafft erste Vermögensgrundlagen, Bildung befähigt zur eigenständigen Nutzung dieser Möglichkeiten, und eine moderne Infrastruktur sorgt dafür, dass individuelle Potenziale tatsächlich entfaltet werden können. Der Staat agiert dabei nicht nur als Unterstützer, sondern als aktiver Gestalter, der gezielt dort eingreift, wo Marktmechanismen allein keine fairen Ausgangsbedingungen schaffen.

Damit wird auch eine zentrale politische Erkenntnis sichtbar: Soziale Mobilität ist kein Zufallsprodukt, sondern das Ergebnis langfristiger, aufeinander abgestimmter Maßnahmen. Wer früh ansetzt, strukturelle Hürden abbaut und gleichzeitig in die Zukunftsfähigkeit des Landes investiert, schafft nicht nur individuelle Perspektiven, sondern stärkt auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates.

INTEGRATIONSPOLITIK ALS GESTALTUNGSAUFGABE FÜR ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNG UND FACHKRÄFTESICHERUNG

Bundesministerium des Innern

Das jüngste Jahresgutachten des Sachverständigenrats für Integration und Migration (2026)¹ wie auch das Integrationsmonitoring der Länder (2025)² machen darauf aufmerksam, dass sich aufgrund unterschiedlicher Migrationsprozesse und Zuzugskohorten die Bevölkerungsstrukturen innerhalb Deutschlands – und hier insbesondere zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Ländern – deutlich unterscheiden. So ist der Anteil der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte an der Gesamtbevölkerung in den ostdeutschen Ländern mit durchschnittlich 11,7 Prozent erheblich geringer als im Westen (hier durchschnittlich 33,6 Prozent³). Dies führt zu unterschiedlichen Rahmenbedingungen für das Ankommen, die Teilhabe und die Entwicklung beruflicher Perspektiven von Menschen mit Migrationsgeschichte.

Ungleiche Verteilung von Zugewanderten und ihren Nachkommen an der Wohnbevölkerung in Deutschland

Insgesamt 25,2 Millionen Menschen haben in Deutschland laut Mikrozensus 2024 einen Migrationshintergrund – das ist fast jede dritte Person (30,4 Prozent). Zugleich verteilt sich die Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund regional höchst unterschiedlich. 94,3 Prozent lebten 2024 in den westdeutschen Bundesländern und Berlin (dagegen nur 85,2 Prozent der Gesamtbevölkerung); in den ostdeutschen Flächenländern lebten dagegen im Durchschnitt nur 5,7 Prozent aller Personen mit

Migrationshintergrund (gegenüber 14,8 Prozent der Gesamtbevölkerung).

Die höchsten Anteile von Eingewanderten und ihren Nachkommen verzeichneten 2024 die Stadtstaaten Bremen (45,1 Prozent), Hamburg (40,1 Prozent) und Berlin (40,6 Prozent), gefolgt von den Flächenländern Hessen (38,5 Prozent), Baden-Württemberg (37,9 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (35,4 Prozent). In den ostdeutschen Bundesländern liegt der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund zwischen 10,7 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern und rund 12 Prozent in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg deutlich niedriger.⁴

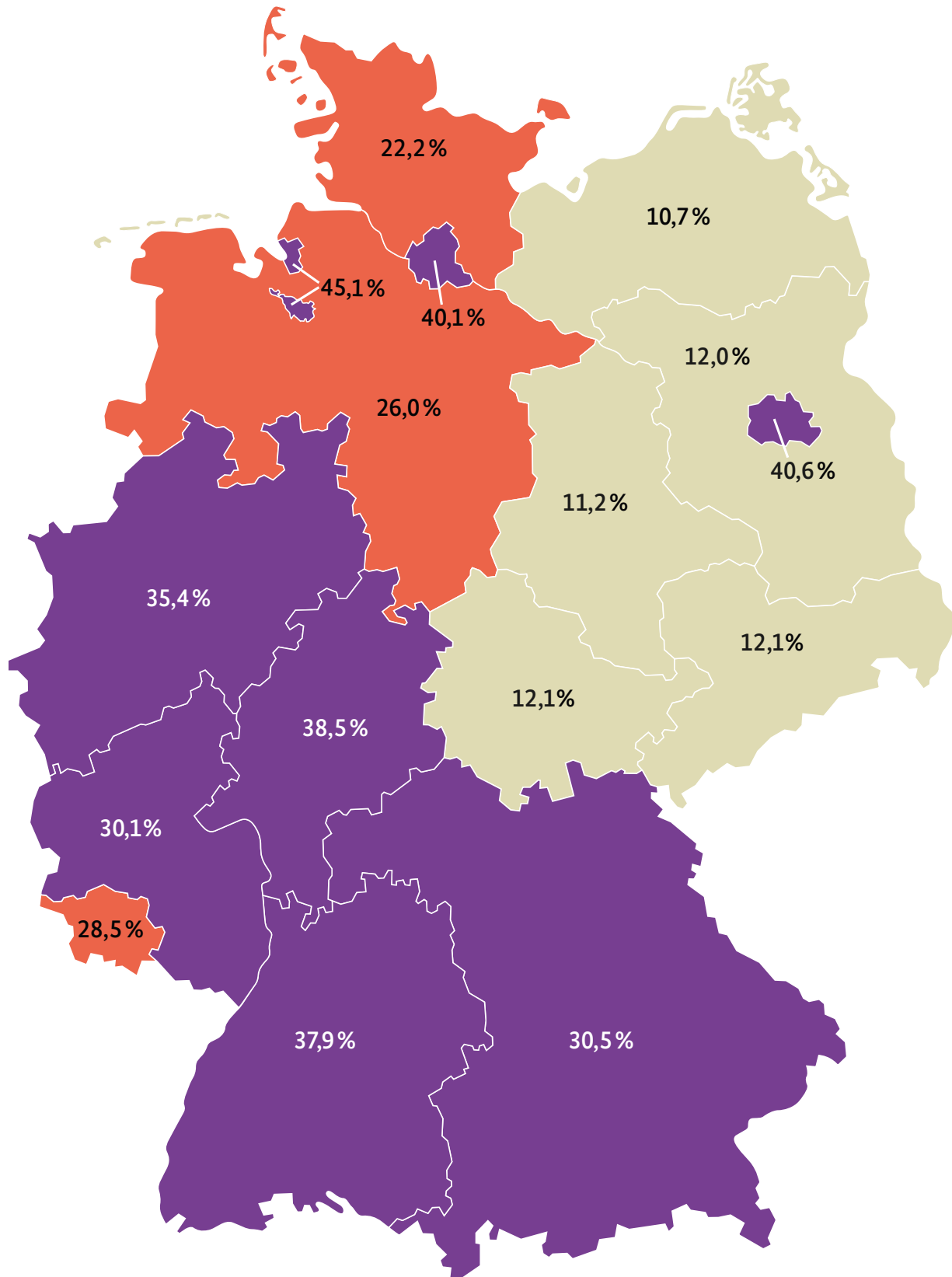
1 Sachverständigenrat für Integration und Migration 2026: Raum für Entwicklung: Wohnen und Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft. Jahresgutachten 2026, Berlin, S. 38 ff.

2 Länderoffene Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der IntMK 2025: Achter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder. Berichtsjahre 2021–2023 und Bund-Länder-Integrationsbarometer 2024, Wiesbaden, S. 4.

3 Sachverständigenrat (s. Fn. 1), S. 38.

4 a. a. O.

Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Bundesländern 2024



■ bis 20 Prozent
 ■ bis 30 Prozent
 ■ 30 Prozent und mehr

Quelle: Mikrozensus, Statistisches Bundesamt 2025p; Darstellung SVR
 Abbildung 1: SVR-Jahresgutachten 2026, S. 39

Jüngere und stärker durch Flucht-migration geprägte Zuwanderungs-geschichte in Ostdeutschland

Für die gesellschaftlich und politisch beson- ders starke Aufladung des Migrationsthemas in Ostdeutschland ist es möglicherweise nicht unerheblich, wie sich Zuzugsprofile und Zuzugsmotive in West und Ost unterscheiden: Die Zuwanderung nach Westdeutschland durch im Ausland geborene Personen (1. Gene- ration) vollzog sich in mehreren Phasen: zunächst von 1956 bis 1989 durch den Zuzug von Gastarbeitern, anschließend von 1990 bis 1999 insbesondere durch die Aufnahme von Spätaussiedlern sowie von Flüchtlingen infolge der Balkankriege und von 2000 bis 2014 zunehmend im Zuge der Arbeitnehmer- freizügigkeit nach der EU-Osterweiterung. Inzwischen ist mit deren jeweiligen Nachkom- men eine zweite und dritte Generation weit überwiegend in Westdeutschland ansässig, wodurch sich über die Zeit gewachsene soziale Netzwerke, institutionelle – und auch lebensweltlich-alltägliche – Erfahrungen

und Routinen bei Zugängen zu Bildung und Beschäftigung entwickelt haben.

Demgegenüber ist das Migrationsgeschehen in Ostdeutschland noch relativ jung und vor allem durch die fluchtbedingte Zuwanderung seit 2015 geprägt. So sind 72,2 Prozent der dortigen Bevölkerung mit Migrationshinter- grund selbst zugewandert (1. Generation), wobei ein vergleichsweise großer Anteil aller (Neu-)Zugewanderten aus den Haupther- kunftsländern von Asylsuchenden, d. h. Syrien und Afghanistan sowie seit 2022 aus der Ukraine, kommt. Damit bestehen andere Unterstützungsbedarfe als in Regionen mit länger etablierten Einwanderungsgeschich- ten – insbesondere beim Erwerb der deutschen Sprache, bei Bildungswegen und beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Der Sachverständigenrat für Integration und Migration macht mit nachstehender Tabelle den weit überproporti- onalen Anstieg der Bevölkerung mit – flucht- bedingtem – Migrationshintergrund in den ostdeutschen Flächenstaaten in dem Jahrzehnt zwischen 2013 und 2024 deutlich:

Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Bundesländern 2013 und 2024

	2013 (in Tausend)	2024 (in Tausend)	Anstieg zwischen 2013 und 2024
Nordrhein-Westfalen	4.442	6.302	41,9 %
Baden-Württemberg	2.968	4.246	43,1 %
Bayern	2.598	4.020	54,7 %
Hessen	1.684	2.399	42,5 %
Niedersachsen	1.402	2.058	46,8 %
Berlin	905	1.484	64,0 %
Rheinland-Pfalz	827	1.232	49,0 %
Hamburg	508	739	45,5 %
Schleswig-Holstein	354	645	82,2 %
Sachsen	192	484	152,1 %
Bremen	187	313	67,4 %
Saarland	173	287	65,9 %
Brandenburg	125	301	140,8 %
Sachsen-Anhalt	98	236	140,8 %
Thüringen	90	251	178,9 %
Mecklenburg-Vorpommern	72	167	131,9 %
Deutschland	16.624	25.164	51,4 %

Anmerkung: Aufgrund von Rundungen kann die Zahl in der Kategorie „Deutschland“ von der Summe der 16 Bundesländer abweichen.
Quelle: Mikrozensus, Statistisches Bundesamt 2025p; Darstellung SVR
Abbildung 2: SVR-Jahresgutachten 2026, S. 40

Maßnahmen der Bundesregierung

Migrationswende:

Die Asylersanträge gehen gegenwärtig deutlich zurück. Zu den Faktoren des Rückgangs zählen die von der Bundesregierung im Rahmen ihrer neu ausgerichteten Migrationspolitik mit einem klaren Fokus auf Ordnung und Kontrolle bei Wahrung der Humanität ergriffenen Maßnahmen wie z.B. die Anordnung von intensivierte Grenzkontrollen an allen deutschen landseitigen Binnengrenzen, die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten, die Abschaffung der Möglichkeit einer Einbürgerung nach nur drei Jahren bei besonderen Integrationsleistungen sowie die Gesetze zur rechtlichen Umsetzung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Ein weiterer Faktor für das Zugangsgeschehen im deutschen Asylsystem ist der sehr deutlich zurückgegangene Zuzug von syrischen Staatsangehörigen, der auf die aktuelle Lage in Syrien zurückzuführen ist.

Integrationspolitik:

Die Bundesregierung fördert Teilhabe- und Aufstiegschancen durch verschiedene bundesweite Integrationsmaßnahmen und leistet damit – neben landesgeforderten und kommunalen Angeboten – einen Beitrag zur Integrationsinfrastruktur in den ostdeutschen Flächenländern. Bei der Mittelzumessung werden zugleich regionale Unterschiede und Bedarfe berücksichtigt. Dies zeigt sich beispielsweise in der bedarfsgerechten Verteilung der Kapazitäten der bundesgeförderten Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE).

Über den konkreten Beitrag der MBE für die Menschen vor Ort in Ostdeutschland spricht ein Praxisbeispiel aus der Stadt Leipzig (siehe <https://www.migrationsberatung.org/de/einblicke/spotlight-leipzig-interview-stadt>). Hier findet eine besonders gute und enge Zusammenarbeit zwischen den MBE-Beratungsstellen und der Kommune statt. Ein wesentlicher Mehrwert der MBE-Beratungsstellen ist die Einzelfallberatung von (Neu-)Zugewanderten in allen Fragen des täglichen Lebens. Diese

unterstützt ein schnelles Selbstständigwerden und ein besseres Zurechtfinden im Umgang mit Behörden in östlichen Bundesländern.

Darüber hinaus dient die „Strukturförderung von Migrant*innenorganisationen“ der Bundesregierung der Professionalisierung von bundesweit aktiven Dachverbänden von Migrant*innenorganisationen, um diese in ihrer Rolle als Dachverband und Ansprechpartner für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in der Integrationsarbeit zu stärken. Ziel ist die Schaffung nachhaltiger organisatorischer Voraussetzungen für eine wirksame Verbandsarbeit.

So wird seit Dezember 2017 der „Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland – DaMOst e.V.“ gefördert. Durch die Strukturförderung konnten die Gründung des Verbandes sowie die Erlangung der Gemeinnützigkeit begleitet und damit wesentliche Grundlagen für den Aufbau einer tragfähigen Verbandsstruktur geschaffen werden. Der Verband verfügt aktuell über fünf Mitgliedsorganisationen in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Brandenburg. Gemeinsam decken diese ein breites Spektrum an Beratungs-, Teilhabe-, Antirassismus- und Integrationsangeboten ab. Darüber hinaus engagiert sich DaMOst e.V. in der Interessenvertretung, der Vernetzung sowie der Qualifizierung seiner Mitgliedsorganisationen und bietet weitere unterstützende Dienstleistungen an. Die hierdurch gestärkte Verbandsarbeit trägt zur nachhaltigen Festigung des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Vereinsstrukturen in Ostdeutschland bei. Sie unterstützt dabei, Zugewanderte besser zu erreichen, sie über bestehende Bildungs-, Beratungs- und Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren und ihnen Wege zur aktiven Mitwirkung vor Ort zu eröffnen.

STARTUPS ALS MOTOR FÜR AUFSTIEG UND CHANCENGLEICHHEIT IN OSTDEUTSCHLAND

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Gründungen als Weg zu Teilhabe und Aufstieg

Startups und Scaleups sind ein wichtiger Motor für wirtschaftlichen Aufstieg, Innovation und gesellschaftliche Teilhabe. Gerade in Ostdeutschland können sie neue Perspektiven schaffen und den Strukturwandel aktiv gestalten. Insbesondere Gründerinnen sehen Unternehmertum als Weg zu mehr Selbstbestimmung, wirtschaftlicher Teilhabe und beruflicher Verwirklichung (iit: Startup. Gründerin. Ostdeutsch. 2025). Viele Frauen gründen zudem mit dem Ziel, ihre Region wirtschaftlich zu stärken. Damit werden Startups zu einem Instrument für mehr Chancengleichheit.

Potenziale nutzen, Hürden überwinden

Ostdeutschland verfügt über exzellente Hochschulen, starke Forschungseinrichtungen und wachsende Gründungsnetzwerke. Dennoch fehlt vielerorts die kritische Masse an Investoren, Geschäftskunden und Unternehmensnetzwerken. Besonders der Zugang zu Risikokapital bleibt eine Hürde für viele Gründerinnen und Gründer. Potenziale hingegen entstehen vor allem im DeepTech-Bereich, wo wissenschaftliche Spitzenleistungen in marktfähige Innovationen übersetzt werden. Dass daraus zunehmend erfolgreiche Wachstumsunternehmen entstehen, belegt auch der Ostdeutsche Wirtschaftspreis VORSPRUNG: Unter den Preisträgern befinden sich insbesondere wachstumsorientierte Technologieunternehmen aus den Bereichen Klimatechnologie,

Biotechnologie, Quantentechnologie und Kreislaufwirtschaft.

Neue Ökosysteme schaffen neues Potenzial

Um diese Potenziale zu heben, sind in den vergangenen Jahren leistungsfähige Innovationsökosysteme entstanden. Das SpinLab in Leipzig, das Startup Labor Schwedt, BoOst Startup Factory für Sachsen und Thüringen oder der Optics-Standort Jena zeigen, wie gezielte Förderung neue Gründungsdynamiken erzeugt. Eine wichtige Rolle spielt dabei die de:hub Initiative des Bundes (BMW und BMDS). Die de:hubs in Halle, Leipzig, Dresden, Potsdam, Rostock und Jena vernetzen Startups und Scaleups mit Forschung, Mittelstand und Industrie und schaffen so die Voraussetzungen für Wachstum, Innovation und regionale Wertschöpfung, insbesondere durch Acceleration- und Venture-Clienting-Programme. Mit der Startup- und Scaleup-Strategie wird die Bundesregierung diese und viele andere Ökosysteme weiter stärken.

Startup-Ökosystem stärkt Chancengleichheit

Der Aufstieg Ostdeutschlands als Innovationsstandort ist das Ergebnis gezielter Strukturentwicklung. Gründung und Innovation sind nicht nur Chance, sondern Antrieb einer ganzen Generation. Deshalb ist der Auf- und Ausbau des hiesigen Startup-Ökosystems nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine gesell-

schaftspolitische Aufgabe. Starke Netzwerke, bessere Finanzierungsmöglichkeiten und die gezielte Förderung von Gründerinnen und Gründern leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr Chancengleichheit.

Aufstieg gelingt im Osten nicht trotz seiner Geschichte, sondern mit ihr – dann, wenn die Erfahrungen des Wandels in Innovationskraft und unternehmerischen Mut übersetzt werden

Unternehmensnachfolgen bieten Chancen und machen den Mittelstand zukunftsfest

Neben Neugründungen sind auch Nachfolgegründungen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung von zentraler Bedeutung. Denn erfolgreiche Unternehmensnachfolgen machen den Mittelstand zukunftsfest und sichern damit auch Arbeitsplätze. Insbesondere im ländlichen Raum sind sie auch strukturalistisch wichtig. Gerade in Ostdeutschland ist das Thema Betriebsübergabe ganz aktuell von erheblicher Relevanz, da die erste Unternehmergeneration zunehmend das Ruhestandsalter erreicht. Aus Sicht der Übernehmenden bietet eine Nachfolge einen Weg in die Selbstständigkeit mit unternehmerischen Chancen einerseits und der Sicherheit bewährter Strukturen mit eingespielten Teams

und bestehendem Kundenstamm andererseits. Neben familieninternen Nachfolgen gewinnen dabei auch Übernahmen durch Mitarbeitende sowie Externe zunehmend an Bedeutung.

Die Rahmenbedingungen für Unternehmensnachfolgen zu verbessern, ist permanentes Ziel der Mittelstandspolitik von Bund und Ländern. Die Bundesregierung unterstützt das Zustandekommen erfolgreicher Unternehmensnachfolge beispielsweise mit der gemeinsam von KfW und Bundesministerium für Wirtschaft und Energie betriebenen kostenfreien bundesweiten Unternehmensnachfolgebörse *nexxt-change*, die 2026 umfassend modernisiert werden wird und den ERP-/KfW-Förderkrediten wie zum Beispiel dem im November 2024 eingeführten ERP-Förderkredit Gründung und Nachfolge. Darüber hinaus sind die IHK- und Handwerksorganisationen, (Bürgschafts-, Förder-) Banken und Sparkassen sowie die steuerberatenden Berufe zentrale Multiplikatoren, die den Nachfolgeprozess flankieren und weitere Unterstützungsleistungen anbieten.

INNOVATIONSFÖRDERUNG SCHAFFT NEUE BERUFLICHE PERSPEKTIVEN IN STRUKTURSCHWACHEN REGIONEN

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt

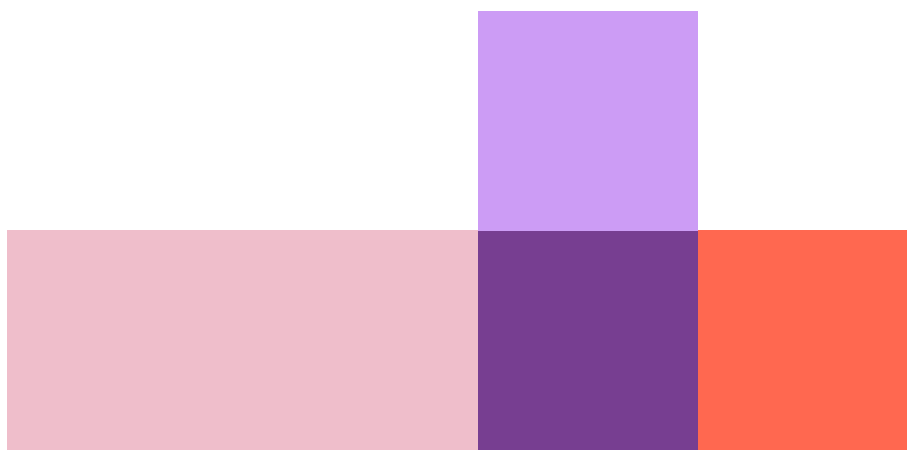
Strukturschwache Regionen weisen eine kleinteiligere, weniger forschungsintensive Unternehmenslandschaft auf – verbunden mit einem geringeren Angebot an qualifizierten, gut entlohten Arbeitsplätzen. Für Beschäftigte vor Ort begrenzt dies berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und wirtschaftliche Teilhabe.

Mit der Programmfamilie „**Innovation & Strukturwandel**“ (I&S) unterstützte die Bundesregierung im Berichtszeitraum regionale Innovationsbündnisse in strukturschwachen Regionen dabei, neue wirtschaftliche Perspektiven vor Ort zu entwickeln. Gefördert wurden themenoffene Kooperationen von kleinen und mittleren Unternehmen, Startups, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. Damit stärkte die Programmfamilie regionale Innovationsökosysteme. Die Fördermittel kamen dabei nahezu vollständig in den strukturschwachen Regionen an. Rund 80 Prozent der Mittel zum Setzen wirtschaftlicher Impulse verblieben in der jeweils geförderten Region. Damit verbesserte I&S im Berichtszeitraum die Vorausset-

zungen, dass Beschäftigte und Fachkräfte auch in strukturschwachen Regionen qualifizierte Tätigkeiten finden konnten.

Durch ein breites Innovationsverständnis, das über technologische Innovationen hinaus ausdrücklich soziale und organisationale Innovationen einschließt, förderte I&S neue Lösungen für alltägliche Herausforderungen in den Regionen – etwa in den Bereichen Zusammenleben, Lernen oder Arbeitsorganisation.

Die Erfahrungen mit I&S zeigen, dass Innovationsförderung ein wichtiger Baustein sein kann, um regionale Wertschöpfung zu stärken und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten vor Ort zu verbessern.





RECHT ERFAHRBAR MACHEN, VERTRAUEN STÄRKEN, OSTDEUTSCHE STANDORTE ENTWICKELN

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Die Stiftung Forum Recht, die erleichterte Durchsetzung von Entschädigungsansprüchen für Opfer der SED-Diktatur und die Eröffnung des siebten Strafsenats des Bundesgerichtshofs in Leipzig verfolgen unterschiedliche Ansätze, zielen aber auf eine gemeinsame Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe: Menschen müssen ihre Rechte kennen, wahrnehmen und auf die Durchsetzung staatlicher Regeln vertrauen können. Gerade bei unterschiedlichen Ausgangsbedingungen entscheidet der Zugang zu Recht und Rechtsstaatlichkeit darüber mit, ob Menschen ihre Chancen nutzen und Anerkennung erfahren können.

Mit ihren Angeboten schafft die **Stiftung Forum Recht** neue Zugänge zu Fragen des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit. Sie entwickelt Formate, in denen Menschen sich zu ihren Erfahrungen mit Recht austauschen und sich mit der Bedeutung rechtsstaatlicher Verfahren auseinandersetzen können. Die Stiftung richtet sich an alle Menschen in Deutschland. Besonders wichtig ist dabei, auch diejenigen zu erreichen, die staatlichen Institutionen skeptisch gegenüberstehen. Eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass Bürgerinnen und Bürger den Rechtsstaat verstehen und ihm vertrauen können. In ihrem Programm setzt die Stiftung deshalb auf konkrete Bezüge zum Alltag der Menschen. Die Wanderausstellung „Recht – Spielregeln des Alltags“ zeigt beispielsweise, wie rechtliche Fragen Menschen in ganz unterschiedlichen Lebenssituationen betreffen – vom Umgang mit den Folgen eines Verkehrsunfalls über die Grenzen der Meinungsfreiheit in sozialen Medien bis zu den rechtlichen Folgen einer Trennung von Eltern. Die Stiftung macht ihre Themen in Karlsruhe und Leipzig sowie

mobil in ganz Deutschland und im virtuellen Raum zugänglich. Die geplanten Neubauten in beiden Städten sollen als öffentliche Foren und lebendige Veranstaltungsorte wirken.

Auch die Erleichterung der **Durchsetzung von Ansprüchen wegen verfolgungsbedingter gesundheitlicher Beeinträchtigungen von Opfern der SED-Diktatur** setzt an einer Zugangshürde an. Personen, die in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone und der ehemaligen DDR politisch verfolgt wurden, hatten in der Vergangenheit bei der Durchsetzung solcher Ansprüche in der Praxis Schwierigkeiten. Maßnahmen staatlicher politischer Verfolgung wurden häufig nicht oder nicht wahrheitsgemäß dokumentiert. Gesundheitliche Schädigungen als Folge solcher Maßnahmen treten oft erst viele Jahre später auf. Dadurch entstehen für Betroffene Beweisschwierigkeiten.

Durch Änderung des Ordnungsrechts werden Personen, die von Freiheitsentziehung, von Leben unter haftähnlichen Bedingungen

und von Zwangsarbeit betroffen waren, künftig bessergestellt. Für bestimmte Fallgruppen wird ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Verfolgung und gesundheitlichen Beeinträchtigungen vermutet. Dadurch wird die Antragstellung vereinfacht und ein praxistauglicheres Verfahren geschaffen. Betroffene müssen in vielen Fällen keine aufwendigen Nachweise mehr erbringen und erhalten leichter Zugang zu den ihnen zustehenden Leistungen der Sozialen Entschädigung. Damit verbunden ist nicht nur eine finanzielle Unterstützung, sondern auch die staatliche Anerkennung erlittenen Unrechts.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Stärkung des Justizstandorts Ostdeutschland. Mit der **Einrichtung des siebten Strafsenats des Bundesgerichtshofs in Leipzig** wird der Standort als Teil der höchstrichterlichen Rechtsprechung weiter ausgebaut. Die Strafsenate des Bundesgerichtshofs sichern die rechtliche Kontrolle strafgerichtlicher Entscheidungen und tragen zur Einheitlichkeit der Rechtsprechung bei. Mit dem neuen Senat können weitere Bundesrichterinnen und -richter ihre Tätigkeit an einem ostdeutschen Justizstandort ausüben, es werden dort zusätzliche höchstrichterliche Karrieren ermöglicht.

Die Präsenz des Bundesgerichtshofs in Leipzig ist zudem öffentlich sichtbar und stärkt die Wahrnehmung der Stadt als Standort für Recht und Justiz, an dem auch bereits das Bundesverwaltungsgericht angesiedelt ist. Zusammen mit dem Leipziger Standort der Stiftung Forum Recht ist Leipzig ein Ort, an dem Rechtsstaatlichkeit nicht nur institutionell verankert ist, sondern auch im Alltag erkennbar wird.

Die Bundesregierung leistet mit seinen Vorhaben einen Beitrag dazu, Vertrauen in den Rechtsstaat zu sichern, durch eine Präsenz von Institutionen des Rechtsstaats in allen Regionen historische Ungleichheiten abzubauen und damit auch ostdeutsche Standorte langfristig zu stärken.

BILDUNGSCHANCEN VON ANFANG AN STÄRKEN

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ob Kinder und junge Menschen ihre Fähigkeiten entfalten und ihren eigenen Weg gehen können, hängt noch immer stark davon ab, mit welchen Voraussetzungen sie aufwachsen. Frühkindliche Bildung, Schule, Ausbildung und der Schritt in ein eigenständiges Leben sind entscheidende Stationen, an denen sich Chancen eröffnen können, aber auch Unterschiede verfestigen. Deshalb setzt der Bund an verschiedenen Punkten im Lebensverlauf an: Er verbessert die Qualität der Kindertagesbetreuung, unterstützt Schulen mit besonderen Herausforderungen, begleitet junge Menschen beim Übergang in die Ausbildung und hilft dort, wo der Weg in die Eigenständigkeit besondere Unterstützung erfordert.

Frühkindliche Bildung als Schlüssel für bessere Startchancen

Bereits in der frühen Kindheit werden wichtige Grundlagen für den weiteren Bildungsweg gelegt. Eine gute Betreuung und frühe Förderung sollen Kindern ermöglichen, ihre Stärken zu entwickeln und unabhängig von ihrer familiären Ausgangslage gute Startbedingungen zu erhalten. Frühkindliche Bildung und Betreuung schaffen bessere Voraussetzungen für erfolgreiche Bildungsbiografien und stärken die Chancengerechtigkeit. Zugleich verbessern gute Betreuungsangebote die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und können damit auch die Einkommenssituation von Familien unterstützen.

Auch wenn sich die Qualität der Kindertagesbetreuung seit dem Inkrafttreten des Kita-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetzes (KiQuTG) im Jahr 2019 bundesweit verbessert hat, bestehen zwischen den Ländern weiterhin Unterschiede in zentralen Qualitätsbereichen, etwa beim Personal-Kind-Schlüssel. Zugleich

zeigt sich: Der Bildungsweg von Kindern wird in Deutschland nach wie vor stark durch die Lebensumstände ihrer Familien geprägt.

Im Jahr 2024 nutzten 37,4 Prozent der unter Dreijährigen und 91,6 Prozent der Kinder zwischen drei und unter sechs Jahren ein Angebot der Kindertagesbetreuung. Rund 83 Prozent der rund zwei Milliarden Euro Bundesmittel, die den Ländern im Rahmen des KiQuTG im Jahr 2024 zur Verfügung standen, flossen in Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung, etwa zur Stärkung der Fachberatung, für zusätzliche Leitungsressourcen oder zur Verbesserung der Praxisanleitung. Rund 17 Prozent wurden eingesetzt, um Eltern bei den Beiträgen zu entlasten.

Die Bundesregierung will diesen Weg weitergehen und die Qualität der frühen Bildung langfristig stärken. Dazu plant sie, das Kita-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetz durch ein KiTa-Startchancen- und -Qualitätsentwicklungsgesetz (SCQEG) abzulösen. Im SCQEG sollen eine verpflichtende Sprach- und

Entwicklungsstanderhebung spätestens bei Vierjährigen und anschließende Fördermaßnahmen bei ermitteltem Förderbedarf der Kinder geregelt werden. Kitas mit einem erhöhten Anteil von Kindern in herausfordernden Lebenslagen sollen zielgerichtet unterstützt werden. Damit verbessert die Bundesregierung gezielt die Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern und erleichtert den Übergang in die Schule.

Schulen dort stärken, wo Unterstützung besonders gebraucht wird

Auch nach dem Übergang in die Schule entscheidet sich, ob Kinder ihre Fähigkeiten weiterentwickeln und ihre Bildungsziele erreichen können. Nationale und internationale Bildungsstudien wie der IQB-Bildungstrend und PISA zeigen, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland weiterhin stark ausgeprägt ist. Gleichzeitig werden sinkende Kompetenzniveaus von Schülerinnen und Schülern insgesamt festgestellt. Das **Startchancen-Programm** setzt deshalb gezielt dort an, wo die Ausgangslagen besonders herausfordernd sind.

Deutschlandweit werden mit dem Programm rund 4.000 Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler unterstützt. Mit über 560 geförderten Schulen befinden sich rund 14 Prozent der Startchancen-Schulen in ostdeutschen Bundesländern. Die Länder wählen die Schulen anhand verschiedener Indikatoren aus und berücksichtigen dabei insbesondere soziale Risikolagen. Ein Schwerpunkt liegt auf Grundschulen, weil in den ersten Schuljahren wichtige Grundlagen für spätere Bildungswege entstehen.

Startchancen-Schulen erhalten zusätzliche Unterstützung, um ihre Schülerinnen und Schüler gezielt zu fördern. Dazu gehören zusätzliches pädagogisches Personal, eine stärkere Zusammenarbeit mit Akteuren im Umfeld der Schule, etwa Vereinen oder Bibliotheken, sowie Fortbildungen und Materialien für einen hochwertigen Fachunterricht. Im

Mittelpunkt stehen die jungen Menschen selbst: Sie sollen ihre Potenziale entfalten, ihre Stärken entdecken und bessere Voraussetzungen erhalten, ihre Bildungsbiografien erfolgreich zu gestalten.

Ein besonderer Fokus liegt daher auf der Stärkung grundlegender Kompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Ziel ist es, den Anteil der Schülerinnen und Schüler an Startchancen-Schulen, die die Mindeststandards in Mathematik und Deutsch verfehlen, bis zum Ende der Programmlaufzeit zu halbieren. Mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem Volumen von rund 20 Milliarden Euro hat das Programm das Potenzial, langfristige Veränderungsprozesse im Bildungssystem anzustoßen und nachhaltig zu verankern.

Junge Menschen beim Einstieg in Beruf und Ausbildung begleiten

Mit dem Ende der Schulzeit beginnt für viele junge Menschen eine neue Herausforderung: die Entscheidung für einen beruflichen Weg und der Einstieg in Ausbildung. Nicht allen gelingt dieser Übergang ohne Unterstützung. Manche kennen ihre Möglichkeiten nicht ausreichend, andere brauchen Hilfe dabei, ihre Stärken zu erkennen, einen passenden Ausbildungsweg zu finden oder Schwierigkeiten während der Ausbildung zu überwinden.

Hier setzt die **Initiative Bildungsketten** an. Sie begleitet Schülerinnen und Schüler bereits ab der Sekundarstufe I, insbesondere wenn sie beim Übergang von Schule in Ausbildung besondere Unterstützung benötigen. Durch Potenzialanalysen, praxisnahe Berufsorientierung und individuelle Begleitung erhalten junge Menschen Orientierung und Sicherheit bei ihren nächsten Schritten. Sie können eigene Fähigkeiten besser einschätzen, Berufsfelder kennenlernen und Entscheidungen auf einer verlässlicheren Grundlage treffen. Dadurch steigen ihre Chancen auf einen erfolgreichen Berufsabschluss und einen stabilen Einstieg ins Berufsleben.



Die Initiative richtet sich insbesondere an Jugendliche mit erschwerten Startbedingungen, Unterstützungsbedarf beim Übergang von der Schule in den Beruf sowie einem erhöhten Risiko, keinen Ausbildungsplatz zu finden oder eine Ausbildung vorzeitig abzubrechen. Die Erfahrungen aus der Initiative zeigen zugleich, dass erfolgreiche Übergänge nicht allein von einzelnen Angeboten abhängen. Entscheidend ist, dass Schulen, Länder, Bundesagentur für Arbeit und weitere Partner ihre Unterstützung aufeinander abstimmen und junge Menschen frühzeitig erreichen. Ein zentrales Merkmal der Initiative ist, dass mit jedem Land eine eigene Vereinbarung, ausgehend von den spezifischen Rahmenbedingungen und Herausforderungen vor Ort, abgeschlossen wird. So gelingt es, auch regionale Besonderheiten der Länder in den jeweiligen Vereinbarungen zu adressieren.

Eigenständigkeit ermöglichen und Teilhabe sichern

Für manche jungen Menschen ist der Weg in ein selbstbestimmtes Leben mit zusätzlichen Hürden verbunden. Sie benötigen Unterstützung nicht nur bei Bildung und Beruf, sondern auch bei Fragen des Wohnens, der finanziellen Absicherung oder der Bewältigung ihres Alltags. Das **Programm „JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit“ (JUST BEst)** richtet sich an junge Menschen im Alter von 14 bis einschließlich 26 Jahren, die Unterstützung

benötigen, weil sie noch nicht in der Lage sind, ihr Leben eigenständig zu führen, oder weil sie von Wohnungslosigkeit bedroht bzw. betroffen sind. Dazu gehören insbesondere Care Leaver und sogenannte entkoppelte junge Menschen.

Die Projekte begleiten junge Menschen in prekären Lebenssituationen dabei, wieder eigene Perspektiven zu entwickeln und konkrete nächste Schritte zu gehen. Sie unterstützen bei der Gestaltung des Alltags, beim Aufbau einer Tagesstruktur, bei Fragen rund um Wohnen, Finanzen und Gesundheit sowie beim Einstieg in Ausbildung und Beruf. Ziel ist es, dass junge Menschen ihr Leben zunehmend selbst in die Hand nehmen können und gesellschaftliche Teilhabe erreichen. Dafür braucht es auch starke Strukturen vor Ort: Jugendämter, Jobcenter und Arbeitsagenturen müssen eng zusammenarbeiten, damit Hilfen dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

Aufstiegchancen entstehen nicht durch eine einzelne Maßnahme an einem einzelnen Punkt. Sie entstehen, wenn Menschen zu den entscheidenden Zeitpunkten Unterstützung erhalten, ihre Fähigkeiten entwickeln können und die Möglichkeit bekommen, ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Mit seinen Maßnahmen schafft der Bund gemeinsam mit Ländern und Kommunen bessere Voraussetzungen dafür, dass Herkunft und schwierige Startbedingungen weniger über den weiteren Lebensweg entscheiden.

AUFSTIEGSCHANCEN DURCH ORIENTIERUNG, AUSBILDUNG UND GUTE ARBEIT

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Berufliche Aufstiegschancen entstehen nicht erst mit dem Berufseinstieg. Sie entwickeln sich bereits vor und entlang des gesamten Erwerbslebens – von der ersten beruflichen Orientierung über den erfolgreichen Ausbildungsabschluss bis hin zur Weiterentwicklung im Beruf. Mit ihren Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung Menschen dabei, ihren beruflichen Weg selbstbestimmt zu gestalten, und Unternehmen dabei, gute Entwicklungsperspektiven zu schaffen.

Den passenden Berufsweg finden

Angebote der Berufsorientierung helfen dabei, unterschiedliche Ausgangsbedingungen für den Zugang zu Informationen über Berufe und damit verbundene Ausbildungswege auszugleichen. Sie adressieren grundsätzlich alle Menschen, je nach Lebenssituation zunächst vorrangig beim Übergang von der Schule in den Beruf, aber auch wiederholt im Laufe des Lebens.

Berufsorientierung hilft jungen Menschen dabei, herauszufinden, welcher Beruf zu ihren Interessen und Stärken passt. Gleichzeitig eröffnet sie Einblicke in Ausbildungswege, Berufsbilder und Entwicklungsmöglichkeiten, die im persönlichen Umfeld oft nicht bekannt sind. Wer verschiedene Berufe kennenlernen und praktische Erfahrungen sammeln kann, entwickelt leichter eine realistische Vorstellung von den eigenen Möglichkeiten. Das erleichtert den Übergang von der Schule in Ausbildung oder Studium und erhöht die Chance auf einen erfolgreichen Berufsabschluss.

Die Alltagsrelevanz von Berufsorientierung als Ausgangspunkt für eine Berufswahl und einen erfolgreichen Berufsabschluss bezieht sich auf zentrale individuelle Lebensbereiche, insbesondere finanzielle Unabhängigkeit, persönliche Identität und soziale Integration.

Berufsorientierung bietet zudem eine Grundlage für lebenslanges Lernen und kann ein Prozess sein, der dabei hilft, sich an Veränderungen, z. B. durch persönliche Lebensphasen und neue Rahmenbedingungen, anzupassen. Berufsorientierung macht neue Tätigkeitsfelder sichtbar und bietet damit Möglichkeiten, auf den Wandel von Industrie, Energie und traditionellen Wirtschaftsbereichen zu reagieren.

Übergeordnet kann Berufsorientierung einen Beitrag dazu leisten, (junge) Menschen in ihrer Region (z. B. Ostdeutschland) zu halten, indem frühzeitig auch regionale Aspekte und damit verbundene Chancen Bestandteil von beruflicher Orientierung sind.

Erkenntnisse aus der Berufsorientierung liefern zentrale Ansatzpunkte für arbeitsmarktpolitische Steuerungsmaßnahmen, insbesondere hinsichtlich Qualifikationslücken, regionaler Fachkräftesituation und sozialer Teilhabe. Auf Basis ermittelter Bedarfe sollten zielgerichtete Förderungen und Bildungsangebote entwickelt werden.

Ausbildung erfolgreich ermöglichen

Um allen jungen Menschen ohne Berufsabschluss den Zugang zu einer vollqualifizierenden, möglichst betrieblichen Ausbildung zu ermöglichen, wurde mit dem Aus- und Weiterbildungsgesetz im Jahr 2024 eine Ausbildungsgarantie eingeführt. Sie umfasst verschiedene Beratungs- und Unterstützungsangebote, angefangen bei der beruflichen Orientierung und Beratung, bis zu Hilfen bei der Aufnahme und für den erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung.

Nicht jeder Ausbildungsweg verläuft geradlinig. Die Ausbildungsgarantie unterstützt junge Menschen dabei, trotz Schwierigkeiten oder Umwegen einen Ausbildungsplatz zu finden und ihre Ausbildung erfolgreich abzuschließen. Das mit der Ausbildungsgarantie angestrebte Ziel einer abgeschlossenen Berufsausbildung ist ein zentraler Faktor für die Beschäftigungsfähigkeit, das selbst erwirtschaftete Einkommen und die soziale Teilhabe im Alltag. Sie erhöht die Chancen auf stabile Arbeitsverhältnisse und ist Ausgangspunkt für berufliche Weiterentwicklung. Eine abgeschlossene Berufsausbildung erhöht zudem die beruflichen Aufstiegschancen signifikant, da sie sowohl fachliche Grundlagen als auch betriebliche Sozialkompetenzen vermittelt. Sie ist in der Regel eine Voraussetzung für die Besetzung von Fach- und Führungspositionen. In vielen Unternehmen führt die Ausbildung zu verkürzten Beförderungszyklen und höherer Vergütungsentwicklung. Ein erfolgreicher Ausbildungsabschluss schafft Sicherheit, stärkt das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und eröffnet neue berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Die Ausbildungs-

garantie stellt in ihrem Gesamtkonzept ein zentrales Steuerungsinstrument arbeitsmarktpolitischer Beratungs- und Förderinstrumente dar. Darüber hinaus können Ableitungen zum Erfolg einzelner Elemente als Indikator für die Wirksamkeit von Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Integrationsangeboten dienen.

Die Transformation von Wirtschaft und Arbeitswelt stellt insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) vor erhebliche Herausforderungen

Digitalisierung, Fachkräftemangel und demografischer Wandel verändern Arbeitsprozesse und Qualifikationsanforderungen nachhaltig. In Ostdeutschland wirken diese Entwicklungen vor dem Hintergrund der von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägten Wirtschaftsstruktur und regional unterschiedlicher wirtschaftlicher Voraussetzungen besonders stark. Die Programme Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA)-Coaching und Zukunftszentren unterstützen Unternehmen, die häufig keine Personalabteilungen haben, die Herausforderungen aktiv anzugehen. Sie stärken die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben, fördern die Entwicklung beruflicher Kompetenzen der Beschäftigten und eröffnen neue Aufstiegs- und Entwicklungsperspektiven.

Unternehmen und Beschäftigte gemeinsam fit für den Wandel machen

Die von der Bundesregierung gemeinsam mit der Europäischen Union geförderten **Zukunftszentren** richten sich an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und deren Beschäftigte. Mit Standorten in allen ostdeutschen Bundesländern werden niedrigschwellige und regionalspezifische Unterstützungsangebote geschaffen. Unternehmen erhalten Beratung und Begleitung bei Zukunftsfragen wie dem Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI), bei der Fachkräftesicherung oder bei der Gestaltung

von Veränderungsprozessen. Dadurch können bestehende strukturelle Nachteile abgebaut und die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe gestärkt werden.

Auch für die Beschäftigten entstehen dadurch neue Chancen. Die Zukunftszentren fördern ihre Beteiligung an betrieblichen Veränderungen und vermitteln neue Kompetenzen, insbesondere im Umgang mit KI, digitalen Technologien und modernen Arbeitsweisen. Diese Qualifikationen verbessern ihre beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten und erhöhen ihre Möglichkeiten, auch in einem sich wandelnden Arbeitsmarkt erfolgreich zu bleiben.

Die Wirkung zeigt sich auch unmittelbar im Alltag der Menschen: Beschäftigte erleben Veränderungen nicht nur als Herausforderung, sondern können sie aktiv mitgestalten und ihre Erfahrungen einbringen. Gleichzeitig werden Unternehmen in die Lage versetzt, Arbeitsplätze nachhaltig zu sichern und neue Perspektiven zu schaffen. Insbesondere in strukturschwächeren Regionen tragen die Zukunftszentren dazu bei, Zukunftschancen vor Ort zu erhalten und Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken.

Die Erfahrungen der Zukunftszentren zeigen, dass erfolgreiche Transformation neben technologischen Veränderungen auch die aktive Beteiligung der Beschäftigten erfordert. Hier setzt das von der Bundesregierung initiierte ESF-Plus-geförderte Programm INQA-Coaching an.

Veränderungen gemeinsam gestalten

Auch das von der Bundesregierung initiierte und vom Europäischen Sozialfonds (ESF Plus) geförderte Programm **INQA-Coaching** unterstützt KMU dabei, digitale und organisatorische Veränderungen gemeinsam mit ihren Beschäftigten zu gestalten. Das Programm adressiert insbesondere die Herausforderung, notwendige Veränderungsprozesse trotz begrenzter Ressourcen strukturiert umzu-

setzen. Gemeinsam mit einem professionellen Coach gehen Unternehmen unabhängig von der Branche den Wandel gemeinsam mit den Beschäftigten aktiv an und gestalten ihn mit. Bis zu zwölf Coaching-Tage werden gefördert, 80 Prozent der Kosten übernommen. Wie bei den Zukunftszentren profitieren vor allem Unternehmen in ländlichen Regionen von der aufsuchenden Beratung.

Im Rahmen des Coachings werden betriebliche Herausforderungen u. a. in den Bereichen Digitalisierung, Führung, Zusammenarbeit, Kommunikation oder Personalentwicklung bearbeitet. Kennzeichnend ist der beteiligungsorientierte Ansatz: Beschäftigte wirken aktiv an der Entwicklung von Lösungen mit und bringen ihre Erfahrungen und Perspektiven ein.

Dadurch entstehen konkrete Aufstiegschancen. Beschäftigte erweitern ihre digitalen, fachlichen sowie sozialen Kompetenzen und stärken ihre Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen und Veränderungen mitzugestalten. Dies verbessert ihre beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten und ihre langfristige Beschäftigungsfähigkeit in einer sich verändernden Arbeitswelt. Die Alltagsrelevanz zeigt sich dadurch insbesondere in einer höheren Bereitschaft zu Veränderungen.

Davon profitieren auch die Beschäftigten: Moderne Arbeitsstrukturen schaffen bessere Möglichkeiten, neue Aufgaben zu übernehmen, Verantwortung zu tragen und sich beruflich weiterzuentwickeln. Die Erfahrungen aus dem INQA-Coaching zeigen, dass die Verbindung von Digitalisierung, Organisationsentwicklung und Beschäftigtenbeteiligung ein wirksamer Ansatz zur Fachkräftesicherung und zur Verbesserung beruflicher Entwicklungsperspektiven ist.

Damit leistet das Programm einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit von KMU und zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands.

SCHNELLE NETZE UND DIGITALE VERWALTUNG ERÖFFNEN CHANCEN IN JEDER REGION

Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung

Wo Menschen leben, soll nicht darüber entscheiden, welche Bildungs-, Berufs- und Teilhabechancen sie haben. Mit dem Ausbau digitaler Infrastruktur und der Digitalisierung zentraler Verwaltungsleistungen schafft die Bundesregierung Voraussetzungen dafür, dass Menschen und Unternehmen in allen Regionen Deutschlands die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen können.

Leistungsfähige Gigabit- und Mobilfunknetze schaffen neue Perspektiven für Bildung, Arbeit und Wirtschaft

Der Glasfaserausbau in Deutschland macht spürbare Fortschritte. Ende 2025 haben erstmals knapp 50 Prozent der Haushalte Zugang zu einem Anschluss bis ins Gebäude (FTTB) oder in die Wohnung (FTTH) oder können diesen kurzfristig herstellen lassen. Die Verfügbarkeit von Glasfaseranschlüssen (FTTB/H) in Privathaushalten liegt in den ostdeutschen Ländern teilweise unter dem Bundesschnitt.

Bund	48,91 %
Brandenburg	46,24 %
Mecklenburg-Vorpommern	49,36 %
Sachsen	36,76 %
Sachsen-Anhalt	48,74 %
Thüringen	26,48 %

Quelle: Breitbandatlas der Bundesnetzagentur, Datenstand 12/2025

Die Flächenverfügbarkeit des neuesten Mobilfunkstandards 5G liegt hingegen überwiegend über dem Bundesschnitt.

Bund	95,29 %
Brandenburg	96,21 %
Mecklenburg-Vorpommern	96,84 %
Sachsen	97,31 %
Sachsen-Anhalt	95,77 %
Thüringen	93,68 %

Quelle: Mobilfunkmonitoring der Bundesnetzagentur, Datenstand 12/2025

Mit der Gigabitförderung investiert die Bundesregierung in eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Sie ermöglicht Schülerinnen und Schülern digitales Lernen, Beschäftigten mobiles Arbeiten und Unternehmen den Einsatz moderner digitaler Anwendungen. Gerade in ländlichen und strukturschwächeren Regionen verbessert dies die Voraussetzungen, Ausbildung, Beruf und unternehmerische Vorhaben vor Ort erfolgreich zu gestalten. Seit 2015 wurden in den ostdeutschen

Bundesländern rund 6,5 Milliarden Euro an Bundesfördermitteln für den Breitbandausbau bewilligt. Dadurch werden voraussichtlich rund 1,8 Millionen Anschlüsse geschaffen. Allein die im Jahr 2025 bewilligten Projekte erschließen rund 93.000 Privataadressen, 7.400 Unternehmen sowie zahlreiche Schulen und Krankenhäuser.

Digitale Verwaltungsleistungen erleichtern den Zugang zum Staat

Mit dem Programm „Flächendeckung digitale Verwaltungsleistungen“ schafft die Bundesregierung die Voraussetzungen dafür, dass zentrale Verwaltungsleistungen bis in die kleinste Kommune digital verfügbar werden. Bürgerinnen und Bürger können Anträge einfacher, schneller und unabhängig von Öffnungszeiten stellen. In ländlichen Regionen entfallen lange Anfahrtswege, in Städten können Wartezeiten für Behördentermine reduziert werden. Das erleichtert den Zugang zu staatlichen Leistungen und entlastet die Menschen im Alltag. Fünf Bundesländer nehmen bereits am Programm teil, darunter Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern.

Die beiden ostdeutschen Bundesländer sind im Juli mit dem Programm gestartet und binden nun innerhalb der nächsten neun Monate jeweils fünf ausgewählte EfA-Dienste¹ an, um diese für alle Bürgerinnen und Bürger ihres jeweiligen Landes verfügbar zu machen. Thüringen bindet dabei die EfA-Dienste Wohngeld, Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, Schwerbehindertenausweis, Eheschließung und Ummeldung an. Mecklenburg-Vorpommern hat sich für eine Anbindung der EfA-Dienste Bauvorbescheid und -genehmigung, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Ummeldung, Unterhaltsvorschuss und Wohngeld entschieden. So soll der Zugang zu staatlichen Leistungen unabhängig vom Wohnort erleichtert und der Nachweisaufwand reduziert werden.

Beide Maßnahmen tragen dazu bei, dass digitale Angebote für Bildung, Arbeit, Wirtschaft und Verwaltung unabhängig vom Wohnort besser erreichbar sind. Sie verbessern die Voraussetzungen dafür, dass Menschen ihre Chancen überall in Deutschland nutzen können.

¹ EfA-Onlinedienste, auch EfA-Leistungen genannt, sind digitale Verwaltungsdienste, die ein Bundesland zentral entwickelt und allen anderen zur Nachnutzung bereitstellt.

MOBILITÄT ALS SCHLÜSSEL FÜR BILDUNG, ARBEIT UND GESELLSCHAFTLICHEN AUFSTIEG

Bundesministerium für Verkehr

Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliche Entwicklung und individuelle Aufstiegschancen. Staatliches Handeln trägt dazu bei, bestehende Barrieren abzubauen, Erreichbarkeit zu verbessern und faire Chancen im gesamten Bundesgebiet zu stärken. Dies gilt insbesondere dort, wo ungleiche infrastrukturelle oder räumliche Ausgangsbedingungen persönliche Entwicklungsmöglichkeiten begrenzen und von den Betroffenen nicht aus eigener Kraft überwunden werden können. Denn Mobilität entscheidet im Alltag häufig darüber, ob Menschen Bildungsangebote, Ausbildungsplätze oder Arbeitsmöglichkeiten tatsächlich erreichen können. Seit der Wiedervereinigung wurden erhebliche Fortschritte bei der verkehrlichen Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland erzielt. Besonders sichtbar wird dies an den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit. Mit 17 Großprojekten in den Bereichen Schiene, Straße und Wasserstraße wurden zentrale infrastrukturelle Defizite in Ostdeutschland systematisch abgebaut. Ein Großteil dieser Vorhaben ist inzwischen abgeschlossen. Die Investitionen haben die Anbindung ostdeutscher Regionen an wirtschaftliche Zentren nachhaltig verbessert, Reisezeiten verkürzt und die Standortattraktivität gestärkt. Damit wurde eine zentrale Grundlage für gleichwertigere Lebensverhältnisse und weitere wirtschaftliche Entwicklung geschaffen.

Auch im Mobilitätsverhalten zeigt sich die Annäherung der Lebensverhältnisse. Nach den Ergebnissen der Studie „Mobilität in

Deutschland 2023“ ist der Anteil der täglich mobilen Menschen in Ost- und Westdeutschland inzwischen gleich hoch. Zugleich wird deutlich, dass bestehende Unterschiede heute vielfach weniger auf die frühere Teilung Deutschlands zurückzuführen sind, sondern stärker durch siedlungsstrukturelle Bedingungen, Stadt-Land-Unterschiede und die Entfernung zu wirtschaftlichen Zentren geprägt werden. Dies verweist auf erreichte Fortschritte, macht aber zugleich deutlich, dass faire Chancen weiterhin von guten Mobilitätsangeboten vor Ort abhängen. Gerade in ländlichen Räumen können Entfernungen und eingeschränkte Verkehrsangebote darüber entscheiden, ob Menschen Zugang zu Ausbildung, Arbeit oder gesellschaftlicher Teilhabe haben.

Vor diesem Hintergrund setzt die Bundesregierung gezielt bei alltagsrelevanten Hemmnissen an. Mit der Reform der Fahrschul Ausbildung wird der Erwerb des Führerscheins einfacher und bezahlbarer gestaltet, ohne Abstriche bei den Sicherheitsstandards zu machen. Digitale Lernmöglichkeiten, flexiblere Ausbildungsbestandteile und ergänzende Übungsmöglichkeiten erleichtern insbesondere jungen Menschen in ländlichen Räumen den Zugang zu individueller Mobilität. Zugleich stärkt das Deutschlandticket die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs durch ein einfaches, bundesweit gültiges Tarifsysteem. Davon profitieren insbesondere Pendlerinnen und Pendler sowie Menschen in ländlichen Regionen, in denen trotz der längeren Wege und der weiterhin großen Bedeutung des Autos

für die individuelle Mobilität diese dennoch bezahlbar und verlässlich verfügbar sein muss, um Ausbildung, Arbeit und Daseinsvorsorge zu erreichen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem **Abbau von Zugangsbarrieren**. Barrierefreie Bahnhöfe, der Ausbau eines attraktiven öffentlichen Verkehrs, Investitionen in Rad- und Fußverkehr sowie der Ausbau der Ladeinfrastruktur verbessern die Erreichbarkeit zentraler Lebensorte für Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Familien sowie einkommensschwächere Haushalte. Gerade in Ostdeutschland leisten diese Maßnahmen einen wichtigen Beitrag dazu, trotz der älter werdenden Bevölkerung Teilhabe verlässlicher zu ermöglichen und unterschiedliche Startbedingungen abzumildern. In den Kohleregionen unterstützen zusätzliche Investitionen des Bundes in die Verkehrs-

infrastruktur darüber hinaus den Strukturwandel, stärken die regionale Attraktivität und eröffnen neue Perspektiven für Beschäftigung, Innovation und wirtschaftliche Entwicklung. Damit werden nicht nur Verkehrsangebote verbessert, sondern auch strukturelle Nachteile ausgeglichen, die Menschen aufgrund ihres Wohnorts, ihrer Mobilitätseinschränkung oder ihrer finanziellen Möglichkeiten an der Nutzung von Chancen hindern können.

Ziel der Bundesregierung ist es, die infrastrukturellen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Mobilität – in Ostdeutschland wie im gesamten Bundesgebiet – bezahlbar, bedarfsgerecht, barrierefrei und verlässlich zugänglich ist. Nur wenn Aufstieg nicht an strukturellen Hindernissen scheitert, kann das Ziel fair verteilter Chancen und weiterer innerer Einheit Deutschlands dauerhaft erreicht werden.



BILDUNG UND BETEILIGUNG STÄRKEN ZUKUNFTSCHANCEN IM STRUKTUR- WANDEL

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz,
Naturschutz und nukleare Sicherheit

Der ökologische und wirtschaftliche Wandel eröffnet neue Chancen, stellt aber zugleich neue Anforderungen an Qualifikation, Beteiligung und Zukunftskompetenzen. Damit möglichst viele Menschen diese Chancen nutzen können, müssen Bildungsangebote früh ansetzen, unterschiedliche Startbedingungen berücksichtigen und praktische Erfahrungen ermöglichen. Die Bundesregierung unterstützt deshalb Maßnahmen, die junge Menschen und Fachkräfte gezielt auf die Anforderungen einer nachhaltigen Wirtschafts- und Arbeitswelt vorbereiten, sie an der Gestaltung des Strukturwandels beteiligen und den Zugang zu zukunftsrelevantem Wissen unabhängig von Herkunft oder Wohnort verbessern.

Ein Schwerpunkt liegt auf der beruflichen Bildung. So werden beispielsweise im Dachdeckerhandwerk das Ausbildungspersonal überbetrieblicher Bildungsstätten sowie Lehrkräfte an Berufsschulen im Bereich Solargründächer weitergebildet. Der gewählte Train-the-Trainer-Ansatz ermöglicht es, die erworbenen Kenntnisse unmittelbar an Auszubildende aus einer Vielzahl von Betrieben weiterzugeben und das Thema Dachbegrünung in Kombination mit Photovoltaik dauerhaft in die Ausbildung zu integrieren. Dadurch erwerben angehende Fachkräfte Kompetenzen in einem wachsenden Tätigkeitsfeld des natürlichen Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Dies verbessert ihre Qualifikation und eröffnet zusätzliche berufliche Perspektiven in Zukunftsbranchen.

Aufstiegchancen entstehen jedoch nicht allein durch fachliche Qualifizierung. Gerade in den ostdeutschen Strukturwandelregionen ist es wichtig, junge Menschen frühzeitig an Veränderungsprozessen zu beteiligen und ihnen Möglichkeiten zu eröffnen, ihre Region aktiv mitzugestalten. Das Vorhaben „**Revier-UPGRADE 2.0**“ in Cottbus und Halle richtet sich an junge Menschen zwischen 14 und 27 Jahren, die bislang häufig nur eingeschränkt an Beteiligungsprozessen teilhaben oder nur begrenzten Zugang zu institutionellen Netzwerken haben. Über Bildungs-, Beteiligungs- und Empowermentformate erwerben sie Kompetenzen in Projektarbeit, Kommunikation, Teamarbeit und demokratischer Mitgestaltung. Gleichzeitig entstehen in Kooperation mit Schulen, Jugendzentren, Kommunen und lokalen Initiativen niedrigschwellige Beteiligungsangebote, die den Strukturwandel konkret erfahrbar machen. Junge Menschen erleben, dass ihre Ideen Gehör finden und sie Veränderungen aktiv mitgestalten können. Dies stärkt ihre Selbstwirksamkeit, regionale Bindung und Fähigkeiten, die sowohl für Bildungs- und Berufswege als auch für gesellschaftliches Engagement von Bedeutung sind.

Ergänzend vermittelt das **Pädagogische Zentrum für Natur und Umwelt in Cottbus (PZNU)** Kindern, Jugendlichen und weiteren Zielgruppen praxisnahes Wissen zu Umwelt, Ernährung und Nachhaltigkeit. Das Angebot richtet sich bewusst auch an Menschen, die aufgrund ihrer sozialen oder regionalen Ausgangslage bislang nur begrenzten Zugang



zu entsprechenden Bildungsangeboten haben. Durch praktische Lernangebote – etwa zu nachhaltigem Konsum, Klimaanpassung oder Ressourcenschutz – werden Zukunftskompetenzen vermittelt, die in einer nachhaltigen Wirtschafts- und Arbeitswelt zunehmend gefragt sind. Kinder und Jugendliche entwickeln Problemlösungsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Teamfähigkeit und lernen frühzeitig Berufsfelder in den Bereichen Umwelt, Energie, Landwirtschaft, Handwerk, Verwaltung oder Bildung kennen. Die Verbindung von praktischem Lernen und beruflicher Orientierung stärkt Motivation, Selbstwirksamkeit und Zukunftsvertrauen.

Die Maßnahmen setzen an unterschiedlichen Punkten des Lebensverlaufs an und verfolgen ein gemeinsames Ziel: Sie vermitteln

Kompetenzen, die für den ökologischen und wirtschaftlichen Wandel zunehmend an Bedeutung gewinnen, eröffnen Zugänge zu Bildung und Beteiligung und stärken die Fähigkeit, den eigenen Bildungs- und Berufsweg aktiv zu gestalten. Dabei werden insbesondere junge Menschen in den ost-deutschen Strukturwandelregionen erreicht sowie Personengruppen, die aufgrund ihrer sozialen oder regionalen Ausgangsbedingungen bislang geringere Zugänge zu entsprechenden Angeboten haben. Die Erfahrungen aus den Projekten liefern zugleich Erkenntnisse dazu, wie berufliche Qualifizierung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Beteiligungsformate so gestaltet werden können, dass sie den Strukturwandel wirksam begleiten und individuelle Entwicklungschancen verbessern.

DAMIT GESUNDHEIT DEN EIGENEN WEG ERMÖGLICHT

Bundesministerium für Gesundheit

Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, Bildungs-, Berufs- und Entwicklungschancen wahrnehmen zu können. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung, attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten im Gesundheitswesen und in der Pflege sowie innovative Forschung stärken nicht nur die Lebensqualität, sondern verbessern auch die individuellen Aufstiegschancen von Menschen. Dies gilt insbesondere für Regionen, die vom demografischen Wandel, Fachkräftemangel oder langen Wegen zur medizinischen Versorgung geprägt sind. Die Maßnahmen der Bundesregierung setzen daher an verschiedenen Herausforderungen und Lebenslagen an. Alle Maßnahmen tragen dazu bei, individuelle Entwicklungsmöglichkeiten zu erweitern und die Attraktivität ostdeutscher Regionen nachhaltig zu stärken.

Gute Gesundheitsversorgung schafft gleiche Chancen – insbesondere in ländlichen Regionen

Damit in Deutschland auch künftig eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung gewährleistet werden kann, hat die Bundesregierung umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungsqualität und Weiterentwicklung der Vergütungsstrukturen auf den Weg gebracht. Mit der Einführung einer Vorhaltevergütung wird die Finanzierung bedarfsnotwendiger Krankenhäuser künftig stärker unabhängig von der tatsächlichen Leistungserbringung abgesichert. Gleichzeitig wurden durch bundeseinheitlich definierte Leistungsgruppen erstmals Qualitätskriterien als Mindestanforderungen für Krankenhausleistungen festgelegt.

Die besonderen Herausforderungen ländlicher und strukturschwächerer Regionen auch in Ostdeutschland wurden dabei durch verschiedene Maßnahmen berücksichtigt: Die Zuschläge für bedarfsnotwendige Krankenhäuser wurden erhöht, die Sicherstellungszuschläge erhalten und den Ländern zusätzliche Möglichkeiten eröffnet, die stationäre Versorgung vor Ort zu sichern. Mit dem Krankenhausreformenpassungsgesetz wurde die Krankenhausreform fortentwickelt und eine angemessene Übergangszeit für die Planung und Umsetzung der erforderlichen Strukturveränderungen vorgesehen.

Ergänzend wird durch den Krankenhaustransformationsfonds die notwendige Transformation der Krankenhauslandschaft unterstützt. Förderfähig sind u. a. die Umstrukturierung bestehender Krankenhausstandorte in sektorenübergreifende Versorgungseinrich-

tungen sowie die Bildung telemedizinischer Netzwerke, regionaler Krankenhausverbünde oder integrierter Notfallstrukturen. Gerade in Ostdeutschland leisten diese Investitionen einen wichtigen Beitrag, um trotz demografischen Wandels, Fachkräftemangels und großer Entfernungen eine hochwertige Versorgung sicherzustellen.

Eine verlässliche, wohnortnahe Gesundheitsversorgung verbessert zugleich die Voraussetzungen für individuelle Aufstiegschancen. Sie erleichtert Familien den Verbleib in ihrer Region, schafft Planungssicherheit für Beschäftigte und Unternehmen und erhöht die Attraktivität ländlicher Räume als Wohn- und Arbeitsort.

Attraktive Pflegeberufe eröffnen berufliche Entwicklungsmöglichkeiten

Mit dem Gesetz zur Befugnisserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege wurden Pflegefachpersonen zur eigenverantwortlichen Heilkundenausübung in einem definierten Rahmen befugt. Gleichzeitig werden bürokratische Prozesse reduziert und Pflegebedürftige, Angehörige sowie Pflegeeinrichtungen von vermeidbaren Aufwänden entlastet. Darüber hinaus werden regionale Pflegenetzwerke und innovative gemeinschaftliche Wohnformen gestärkt.

Die Reform verbessert nicht nur die pflegerische Versorgung, sondern eröffnet Pflegefachpersonen neue berufliche Entwicklungsperspektiven und steigert die Attraktivität des Pflegeberufs. Gleichzeitig erleichtern vereinfachte Verfahren und die Förderung des Ausbaus regionaler Versorgungsstrukturen perspektivisch die Situation von pflegebedürftigen Menschen und ihren An- und Zugehörigen. Davon profitieren gerade Regionen Ostdeutschlands, die besonders stark vom demografischen Wandel betroffen sind.

Forschung und Innovation schaffen hochwertige Arbeitsplätze in Ostdeutschland

Neben einer leistungsfähigen Versorgung tragen auch Forschungseinrichtungen dazu bei, langfristige Entwicklungsperspektiven in Ostdeutschland zu schaffen.

Der Standort Wernigerode des Robert Koch-Instituts beschäftigt rund 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bereichen bakterielle Infektionserreger, Antibiotikaresistenzen und Krankenhaushygiene. Gemeinsam mit nationalen Referenzzentren und Konsiliarlaboren unterstützt der Standort den Öffentlichen Gesundheitsdienst und die medizinische Versorgung durch Forschung, Diagnostik und Beratung. Zugleich leistet der Standort einen Beitrag dazu, hochqualifizierte und attraktive Arbeitsplätze dauerhaft in Ostdeutschland zu sichern.

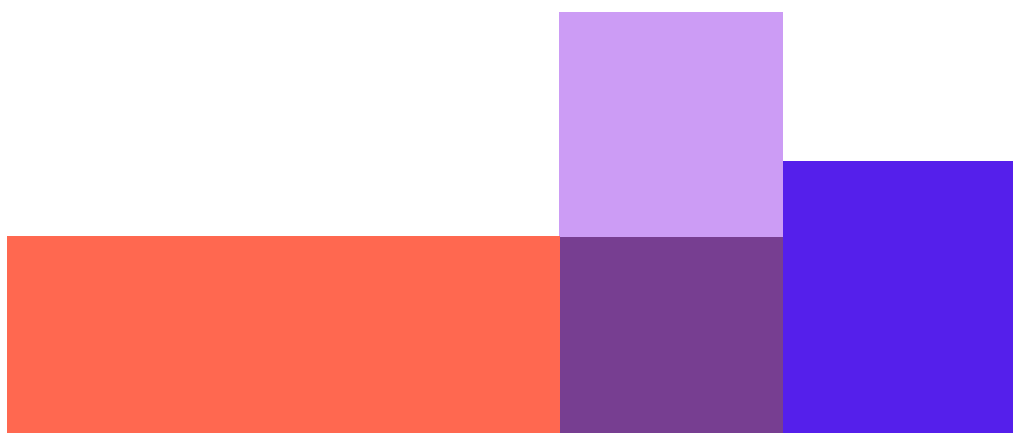
Mit dem Zentrum für Künstliche Intelligenz in der Public Health-Forschung (ZKI-PH) in Wildau existiert darüber hinaus ein Innovationsstandort für moderne Gesundheitsforschung. Dort werden Bioinformatik, digitale Epidemiologie, Datenanalyse und Künstliche Intelligenz miteinander verbunden. Die Förderung aus Mitteln des Infrastrukturaufbaus in den Kohleregionen unterstützt zugleich den Strukturwandel in besonders betroffenen Regionen. Das Zentrum entwickelt innovative Lösungen für die Gesundheitsversorgung und bietet bezahlte Promotionsstellen sowie Qualifizierungsmöglichkeiten für wissenschaftlichen Nachwuchs. Damit entstehen neue berufliche Perspektiven für hochqualifizierte Fachkräfte in Ostdeutschland und zusätzliche Impulse für regionale Wertschöpfung und Innovation.

Teilhabe stärkt individuelle Entwicklungsmöglichkeiten

Gesundheitliche Chancengleichheit umfasst auch soziale Teilhabe. Im Modellprojekt „Fit und verbunden gegen Einsamkeit (FIVE)“ entwickeln das Bundesministerium für Gesundheit und das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund Maßnahmen zur Prävention und Bewältigung von Einsamkeit. Über niedrig-

schwellige Bewegungs- und Sportangebote sollen Menschen aller Altersgruppen mit erhöhtem Risiko für Einsamkeit erreicht werden. Wesentlicher Schwerpunkt ist der Aufbau nachhaltiger lokaler Netzwerke.

Ein Projektstandort ist der Landkreis Bautzen. Dort richtet sich das Angebot an ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Zielgruppenspezifische Bewegungs- und Sportangebote schaffen neue Zugänge zur Begegnung und stärken die gesellschaftliche Teilhabe. Für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte fördert dies den Spracherwerb und die Integration. Ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen gewinnen an Mobilität und Selbstwirksamkeit. Insgesamt verbessert das Projekt die Voraussetzungen für soziale Chancengleichheit. Die gewonnenen Erkenntnisse bieten zudem wichtige Hinweise für die Übertragbarkeit auf vergleichbare Regionen in Ostdeutschland.



BILDUNGS- UND BERUFSCHANCEN VERBESSERN – DURCH BEZAHLBARES WOHNEN UND STARKE QUARTIERE

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Die Bundesregierung trägt mit unterschiedlichen Maßnahmen dazu bei, dass Menschen bessere Chancen auf Bildung, Ausbildung und Beschäftigung erhalten. Dazu gehören u. a. der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum in entscheidenden Lebensphasen wie auch arbeitsmarktorientierte Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im Quartier, durch die Menschen beim Einstieg in Ausbildung und Arbeit unterstützt werden.

Während das Programm Junges Wohnen den Zugang zu Bildung und Ausbildung durch bezahlbaren Wohnraum erleichtert, setzt BIWAQ an einer späteren Stelle des Lebenswegs an: Es unterstützt Menschen in Quartieren mit sozialen Herausforderungen dabei, ihre Chancen auf Ausbildung, Beschäftigung und gesellschaftliche Teilhabe zu verbessern.

Bezahlbarer Wohnraum als Grundlage für Bildungswege

Der Beginn eines Studiums oder einer Ausbildung steht häufig im unmittelbaren Zusammenhang mit der Suche nach einem Wohnheimplatz, einem WG-Zimmer oder der ersten eigenen Wohnung. Die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum entscheidet dabei mit über die Wahl des Studienfachs oder des Ausbildungsbetriebs und kann damit den weiteren Lebenslauf beeinflussen.

Gerade junge Menschen stellt die Wohnungssuche vor große Herausforderungen. Studierende und Auszubildende, die sich am Markt nicht angemessen mit bezahlbarem Wohnraum versorgen können, sollen mit dem Sonderprogramm Junges Wohnen im Rahmen des

Sozialen Wohnungsbaus durch die gezielte Schaffung von Wohnheimplätzen und kleinen Wohnungen unterstützt werden. Bezahlbarer Wohnraum während des Studiums oder der Berufsausbildung erhöht die Chance auf einen erfolgreichen Bildungsabschluss in der Regelbildungszeit.

Mit mehr Wohnheimplätzen schafft die Bundesregierung Wohnsicherheit in der Ausbildungsphase. Diese Wohnheimplätze sind speziell Auszubildenden und Studierenden gewidmet. Bei Auszubildenden wollen zwar nur rund 30 Prozent aus dem Elternhaus ausziehen. Dieses Drittel ist aber wegen wenig Platz und Ruhe zu Hause besonders darauf angewiesen, eigenständig wohnen zu können, um das Ausbildungsziel zu erreichen.

Aufgrund der positiven Resonanz des Sonderprogramms seit seinem Start in 2023 sollen die Bundesmittel dafür ab 2027 von derzeit jährlich 500 Millionen Euro auf eine Milliarde Euro verdoppelt werden. Im Jahr 2025 wurden in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) rund 2.250 Wohnheimplätze gefördert und damit rund ein Drittel aller deutschlandweit geförderten Maßnahmen, darunter rund ein Drittel an Wohnheimplätzen für Auszubildende. Damit engagieren sich die ostdeutschen Bundesländer in ganz besonderem Maße in diesem Segment des Sozialen Wohnungsbaus. Mit dem Sonderprogramm verbessert der Bund die Startbedingungen einer Vielzahl junger Menschen und erhöht zugleich die Attraktivität von Universitätsstandorten wie Leipzig, Jena, Rostock oder Halle. Dies kann langfristig auch die Fachkräftesituation und wirtschaftliche Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern verbessern.

ESF-Plus-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ als Grundlage für bessere Teilhabe am Arbeitsmarkt

Die Angebote aus den BIWAQ-Projekten sollen insbesondere Menschen, die von Armut bedroht bzw. betroffen sind, Geringqualifizierte, (Langzeit-)Arbeitslose sowie Menschen mit Migrationshintergrund oder aus marginalisierten Gruppen ansprechen. Für diese Menschen ist eine Beschäftigungsaufnahme oft schwierig. BIWAQ-Projekte haben zum Ziel, die Beschäftigungsfähigkeit und die nachhaltige Integration

dieser Menschen und damit ihre Chancen zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, einer selbstständigen Tätigkeit oder einer Ausbildung zu erhöhen. Das ermöglicht ihnen ein selbstbestimmteres Leben, senkt die Abhängigkeit von Transferleistungen und steigert die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe. Ergänzend soll die lokale Ökonomie über vorrangig kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in benachteiligten Quartieren gestärkt werden.

Bei BIWAQ handelt es sich um Projektzuwendungen, die Kommunen für bestimmte sozioökonomisch benachteiligte Quartiere beantragen können. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der EU und des Bundes sowie einem geringen Eigenanteil. BIWAQ verknüpft quartiersbezogen lokale Bildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktprojekte mit städtebaulichen Maßnahmen. Es ist Partnerprogramm der Städtebauförderung des Bundes „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“.

BIWAQ wird in der aktuellen EU-Förderperiode mit der VI. Förderrunde ab 1. Juli 2026 fortgesetzt, die Projekte enden spätestens zum 30. September 2028. Davon profitiert auch Ostdeutschland. Von maximal 52 geförderten Maßnahmen sollen 13 in ostdeutschen Kommunen stattfinden. Eine weitere Fortsetzung von BIWAQ wird angestrebt.

KULTURFÖRDERUNG IN OSTDEUTSCH- LAND: BERUFLICHE PERSPEKTIVE DURCH KULTURELLE STÄRKE

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Kulturförderung schafft in Ostdeutschland konkrete Chancen: Sie sichert Arbeitsplätze, eröffnet Wege in kulturelle Berufe und stärkt Möglichkeiten zur persönlichen und beruflichen Entwicklung. Der Erhalt bedeutender Kultureinrichtungen ist deshalb mehr als der Schutz historischer Gebäude. Museen, Schlösser, Gedenkstätten und Kulturorte sind Arbeitgeber, Ausbildungsorte und Treffpunkte, an denen Menschen sich engagieren, neue Fähigkeiten entwickeln und ihre Region mitgestalten können.

Seit der deutschen Einheit trägt die Bundesregierung dazu bei, diese Strukturen langfristig zu sichern. Zahlreiche kulturelle Leuchttürme in Ostdeutschland werden verlässlich gefördert, dazu gehören u. a. die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, die Klassik Stiftung Weimar, die Stiftung Bauhaus Dessau, die Stiftung Deutsches Meeresmuseum in Stralsund, die Stiftung Fürst-Pückler-Park Bad Muskau, die Stiftung Fürst-Pückler-Museum Park und Schloss Branitz, die Stiftung Luthergedenkstätten Sachsen-Anhalt oder die Franckeschen Stiftungen in Halle. Sie alle bereichern mit Ausstellungen und Veranstaltungen das kulturelle Leben, sind regionale Arbeitgeber, bieten museumspädagogische Angebote und eröffnen mit ihren Fördervereinen und Freundeskreisen regionale Teilhabemöglichkeiten. Auch das **Bundesarchiv mit dem Stasi-Unterlagen-Archiv** und seine zahlreichen Liegenschaften in Ostdeutschland sowie die **Bundestiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte** mit ihren Maßnahmen zur Würdigung der Friedlichen Revolution und Projektförderungen in den ostdeutschen

Ländern gehören dazu. All diese Orte tragen zur Stärkung beruflicher Entwicklungsperspektiven, gerade auch in ländlichen Räumen, bei.

Berufliche Entwicklungschancen im Kultur- und Medienbereich

Frauen in Kultur und Medien sollen ihre beruflichen Möglichkeiten besser nutzen können. Das seit 2017 von der Bundesregierung geförderte **Mentoringprogramm „Frauen in Kultur und Medien“** des Deutschen Kulturrates e. V. unterstützt sie dabei, Verantwortung zu übernehmen, Netzwerke aufzubauen und den nächsten Schritt in ihrer Karriere zu gehen. Gerade in Ostdeutschland, wo berufliche Netzwerke in der Kulturbranche häufig weniger dicht sind, eröffnet das Programm Zugänge zu Kontakten, Wissen und Erfahrungen. Das Programm richtet sich bundesweit an Frauen mit Führungsambitionen in Kulturinstitutionen, Medienhäusern, freien Projekten und der Kreativwirtschaft. Durch individuelle Mentoring-Beziehungen, praxisorientierte

Workshops und bundesweite Netzwerkformate erhalten ostdeutsche Teilnehmerinnen Zugang zu beruflichen Kontakten, Entscheidungsstrukturen und Qualifizierungsangeboten, die vor Ort häufig fehlen. Damit schafft das Programm nachhaltige Aufstiegschancen, die über die Laufzeit des individuellen Mentorings hinaus wirken. Dadurch werden berufliche Stabilität und Einkommensperspektiven vor Ort verbessert sowie die regionale Bindung gestärkt. Teilnehmerinnen, die infolge des Mentorings beruflich aufsteigen oder neue Projekte initiieren, leisten einen unmittelbaren Beitrag zur Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur in ostdeutschen Regionen. Das Programm unterstützt damit die Zielsetzung, regionale Disparitäten abzubauen, Talente sichtbar zu machen und gleichwertige Lebensverhältnisse zu fördern.

Förderprogramme, Festivals und die regionale Wirtschaft

Die Bundesregierung engagiert sich im Rahmen eines kooperativen Kulturföderalismus seit Jahren mit einer Vielzahl investiver Maßnahmen im Kulturbereich. Hierzu zählen die **parlamentarisch initiierten und bundesweit wirkenden Denkmalschutzsonderprogramme** (seit 2007) sowie die **Fördervorhaben im Rahmen des Förderprogramms KulturInvest** (seit 2016). Die zahlreichen Vorhaben auch in Ostdeutschland stärken nicht nur die kulturelle Infrastruktur, sondern sie kommen in der praktischen Umsetzung insbesondere auch kleinen und mittelständischen Bau- und Handwerksbetrieben im Bau und in der Denkmalpflege zugute.

Um die früheren Braunkohlereviere insbesondere in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt beim Strukturwandel zu unterstützen und Beschäftigung zu sichern, hat die Bundesregierung ein **Förderprogramm Industriekultur („InKult“)** zum Erhalt und zur Umgestaltung herausragender Industriegebäude und -anlagen zu lebendigen Kulturdenkmälern aufgelegt, für das bis 2038 insgesamt bis zu rund 201 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Das Programm „InKult“ trägt in enger Abstimmung

mit den Ländern dazu bei, herausragende Industriegebäude und -anlagen zu erhalten, auszubauen und Chancen für neue Stätten der Industriekultur zu eröffnen.

Mit dem **Sonderinvestitionsprogramm für mitteldeutsche Schlösser und Gärten (SIP)** leistet die Bundesregierung in Sachsen-Anhalt und Thüringen einen substantiellen Beitrag zum Erhalt von Orten der regionalen Identifikation, die so zukunftssicher für die nächsten Generationen gemacht werden können. Die Investitionen in Schlösser und Gärten wirken weit über den Erhalt historischer Gebäude hinaus. Rund 80 Prozent der Aufträge aus dem insgesamt 400 Millionen Euro umfassenden Programm von Bund und beiden Ländern gehen an regionale Handwerksbetriebe. Davon profitieren Unternehmen, Beschäftigte und junge Menschen in Ausbildung: Traditionelle Handwerksberufe erhalten Zukunftsperspektiven, regionale Wertschöpfung bleibt vor Ort und ländliche Räume werden wirtschaftlich gestärkt. Ein solches Sonderinvestitionsprogramm (SIP) kommt auch der **Stiftung preußische Schlösser und Gärten in Berlin und Brandenburg (SPSG)** zugute. Hier wurde bereits ein Folgeprogramm (SIP 2) aufgelegt (2016–2030) mit einem Volumen von insgesamt 400 Millionen Euro. Hiervon trägt der Bund die Hälfte. Dank des SIP 2 werden in Brandenburg und Berlin Orte der regionalen Identifikation saniert und für die nächsten Generationen erhalten. Die Stiftung bemüht sich, Aufträge an regionale Handwerksbetriebe zu vergeben, um damit auch auf kulturellem Gebiet zur Wirtschaftsförderung beizutragen und die Aufstiegschancen in Unternehmen vor Ort, gerade im ländlichen Raum in Ostdeutschland, zu verbessern.

Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung im Rahmen ihrer **Filmfestivalförderung** sechs Filmfestivals in Ostdeutschland: das DOK Leipzig, das Festival des osteuropäischen Films in Cottbus, das Jüdische Filmfestival Berlin-Brandenburg, die Kinderfilmfestivals Goldener Spatz und SCHLiNGEL sowie das Kurzfilmfest Dresden. Filmfestivals bringen Menschen zusammen und schaffen neue Perspektiven

für Regionen. Sie machen ostdeutsche Städte bundesweit sichtbar, ziehen Besucherinnen und Besucher an und stärken lokale Unternehmen. Dadurch entstehen Standorteffekte, die langfristig neue Beschäftigungs- und Entwicklungschancen begünstigen. Gleichzeitig eröffnen diese Festivals konkrete Zugänge zur Film- und Kreativwirtschaft – etwa durch Workshops, Begegnungen mit Filmschaffenden oder lokale Auftragsvergaben – und schaffen damit sichtbare berufliche Perspektiven für junge Menschen und Kreative vor Ort.

Mit dem **Lausitz Festival** fördert die Bundesregierung ein länder- und spartenübergreifendes Festival, das den Auftrag hat, den Strukturwandel im ehemaligen Kohlerevier mit internationalen Kunstbeiträgen zu begleiten. Mit seinen international besetzten Kulturveranstaltungen hat das Lausitz Festival eine Strahlkraft entwickelt, die überregionale Aufmerksamkeit erzeugt. Gleichzeitig ist das Festival in der Region verankert, also in Brandenburg und Sachsen bis ins polnische Grenzland. Das Festival wirkt als Anziehungspunkt für kulturellen Tourismus in der Region und stärkt dadurch auch die lokale Infrastruktur. Das Lausitz Festival findet seit 2020 von Ende August bis Mitte September statt und ist eine gemeinsame Initiative des Deutschen Bundestages, des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie der Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen und des Landes Brandenburg.

Bemerkenswert ist auch das Vorhaben **„Aller.Land – zusammen gestalten. Strukturen stärken.“** Finanziert aus Mitteln des Bundesprogramms „Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULEplus)“ sowie aus Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung fördert „Aller. Land“ bis 2030 Kultur, Beteiligung und Demokratie in 30 vor allem strukturschwachen ländlichen Räumen – elf davon in Ostdeutschland.

Zentrale Ziele der Projekte sind kulturelle Beteiligung, Selbstwirksamkeit vor Ort sowie der Aufbau langfristiger Strukturen und ressortübergreifender Netzwerke für regionales kulturelles Engagement. Mittelbar zielt diese Entwicklung auch darauf ab, Bleibe- und Aufstiegschancen zu verbessern sowie die Regionen als Wirtschaftsstandorte zu stärken, etwa durch die Gewinnung von Fachkräften, die Förderung des Tourismus und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Stipendiatenförderung

Im Rahmen des Förderprogramms **„Press Start: Gründungsstipendium Games“** der Bundesregierung erhielten 22 Stipendiatinnen und Stipendiaten aus Ostdeutschland zwischen Dezember 2024 und Juni 2026 jeweils ein Stipendium in Höhe von 2.750 Euro pro Monat sowie begleitende Workshops und Coachings. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten bekamen dadurch in Teams oder als Einzelpersonen die Möglichkeit, ein Unternehmen in Deutschland zu gründen und die Entwicklung des ersten eigenen Computerspiels voranzutreiben. Damit wurden individuelle berufliche Entwicklungsperspektiven zur Existenzgründung eröffnet, die wirtschaftliche Impulse im regionalen Umfeld setzen.

Auch Künstlerinnen und Künstler profitieren über die bundesfinanzierte **Stiftung Kunstfonds** von individuellen Stipendienangeboten, die eine konzentrierte künstlerische Arbeit und neue Ideen als nachhaltige Basis für das zukünftige freiberufliche Schaffen fördern. In den Jahren 2025 und 2026 konnten insgesamt 77 Stipendien an Künstlerinnen und Künstler in Ostdeutschland vergeben werden und auf diese Weise deren berufliche Entwicklungschancen gestärkt werden.



Exzellenzförderung

Mit der biennial verliehenen Auszeichnung des Theaterpreises des Bundes würdigt die Bundesregierung die Vielfalt der darstellenden Künste als eine der tragenden Säulen des Kulturlebens in Deutschland. Für den Theaterpreis des Bundes können sich Stadttheater und Landesbühnen, Privattheater und Gastspielhäuser sowie Produktionshäuser der freien darstellenden Künste in der Bundesrepublik Deutschland bewerben. Der mit 200.000 Euro dotierte **Theaterpreis des Bundes** ging 2026 an **HELLERAU – Europäisches Zentrum für die Künste**, ein freies Produktionshaus in Dresden. Es gehört zu den bedeutendsten Produktionshäusern der freien darstellenden Künste in Deutschland und ist wichtiger Ankerpunkt der Szene in Sachsen und darüber hinaus. Die mit

100.000 Euro dotierte **Auszeichnung in der Kategorie Freie Produktionshäuser** ging an das **stellwerk junges Theater Weimar**. Das freie Kinder- und Jugendtheater steht für Teilhabe, Nachbarschaft und Partizipation in Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte. Damit sind zwei der insgesamt vier Auszeichnungen im Jahr 2026 nach Ostdeutschland vergeben worden.

Außerdem sorgt die Bundesregierung durch die Förderung einzelkünstlerischer Maßnahmen sowie Künstlerresidenzen an besonderen Theaterhäusern mit den Programmlinien des Fonds darstellende Künste und des Nationalen Performance Netzes sowie mit dem Bund-Länder-Förderprogramm **Tanzpakt** für eine Stärkung insbesondere der freien Szene bundesweit. Ostdeutschland ist hier nicht

gesondert ausgeschrieben, die Förderentscheidungen der Jurys lassen jedoch erkennen, dass ein erheblicher Teil der Förderung regelmäßig Orten und Künstlerinnen und Künstlern sowie Produktionsorten in Ostdeutschland zugute kommt.

Der Fonds **Darstellende Künste e. V.** (Fonds DaKu) fördert seit 2025 bis heute insgesamt 351 Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 10.231.957 Euro gefördert. Davon in Ostdeutschland (ohne Berlin) 54 Vorhaben mit einem Fördervolumen von 1.589.970 Euro.

Aus dem **TANZPAKT** Stadt-Land-Bund wurden im Zeitraum 2025 bis Sommer 2026 neun Maßnahmen aus Ostdeutschland (ohne Berlin) mit einem Fördervolumen in Höhe von insgesamt 260.409 Euro (rund 25 % der Fördermittel) unterstützt.

Im Rahmen des Programms **Nationale Performance Netz (NPN)** wurden im Zeitraum 2025 bis zum Sommer 2026 über alle Förderschienen 130 Maßnahmen aus Ostdeutschland (ohne Berlin) mit einem Fördervolumen in Höhe von insgesamt rund 570.00 Euro (rund 38 % der Fördermittel) unterstützt.

Bildungs- und Fortbildungsangebote von Kultureinrichtungen und Gedenkstätten

Mit der **Gedenkstättenkonzeption des Bundes** stärkt die Bundesregierung auch die ost-deutschen Erinnerungsorte an die NS-Terrorherrschaft und die SED-Diktatur. Das Interesse an den bundesgeförderten Gedenkstätten in Ostdeutschland ist in den vergangenen Jahren ungebrochen und zeigt, dass Gedenkstätten neben ihrer Funktion als Erinnerungs- und Bildungsorte auch im Bereich des Tourismus immer mehr an Bedeutung gewinnen und somit einen Beitrag zur lokalen Infrastruktur leisten und Beschäftigung fördern können. Die Gedenkstätten ermöglichen auch gezielte Fortbildungen für Berufsgruppen wie Beschäftigte der Pflege oder der Polizei.

Darüber hinaus unterstützt der Bund mit dem **Förderprogramm „Jugend erinnert“** dauerhaft in zwei separaten Förderlinien Projekte im Rahmen der historisch-politischen Bildungsarbeit. Sie eröffnen jungen Menschen niedrigschwellig Chancen zur Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus sowie des SED-Unrechts. Damit schaffen sie Partizipationsmöglichkeiten und können auch zur beruflichen Orientierung beitragen.

Mit rund 2,5 Millionen Euro fördert die Bundesregierung zudem die Errichtung des **Freiheits- und Einheitsdenkmals in Leipzig**. An historischem Ort soll das Denkmal ab 2029 die Friedliche Revolution in der DDR würdigen und kann so zum Anknüpfungspunkt für vielfältige Bildungsangebote in der Region und darüber hinaus werden.

Kulturelle Teilhabe

Der **Fonds Soziokultur e. V.** stärkt bundesweit die Entwicklung partizipativer Kulturarbeit und fördert insbesondere kleine Vereine, lokale Initiativen und junge Projektträgerinnen und -träger. Für Ostdeutschland besitzt die Maßnahme besondere Bedeutung, da sie kulturelle Teilhabe in Regionen unterstützt, in denen viele Angebote von Bürgerinnen und Bürgern initiiert werden und auf überwiegend ehrenamtlich geprägten Strukturen beruhen. Der Fonds kann ihre Arbeit professionalisieren und dauerhaft verankern. Die Maßnahme schafft sowohl strukturelle als auch individuelle Entwicklungschancen: Sie stärkt lokale Identität, indem sie die Aufarbeitung von Ortsgeschichte und Biografien ermöglicht. Gleichzeitig eröffnet sie jungen Menschen, insbesondere im Programm U25, berufliche Orientierung im Kulturbereich und fördert Bleibeperspektiven. Auch Ehrenamtliche können Schritte ins Hauptamt gehen, während Kulturschaffende zusätzliche Qualifikationen und Verantwortungsbereiche übernehmen. Soziokulturelle Projekte schaffen Orte, an denen Menschen zusammenkommen, eigene Ideen einbringen und ihre Umgebung aktiv mitgestalten können.

Gerade in kleineren Städten und ländlichen Regionen entstehen dadurch Treffpunkte, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Für viele Menschen sind diese Projekte ein erster Schritt, Verantwortung zu übernehmen, neue Fähigkeiten zu entwickeln oder sich beruflich neu zu orientieren. Der Fonds Soziokultur e. V. verbessert damit das Leben der Menschen in Ostdeutschland, indem er kulturelle Teilhabe erweitert, lokale Initiativen stabilisiert und vielfältige Aufstiegschancen schafft – von persönlicher Selbstwirksamkeit über soziale Teilhabe bis hin zu beruflichen Perspektiven im Kulturbereich.

Die Kinoprogrammprämie des Bundes „**Liebling Kino**“ leistet einen Beitrag zur kulturellen Teilhabe auch in Ostdeutschland, indem sie Kinos als lokale Kulturorte stärkt und exzellente Jahresfilmprogramme prämiert. Ihre Ausgestaltung begünstigt gerade auch kleinere Kinos und Spielstätten in der Fläche. Ostdeutsche Kinos können hiervon insbesondere dort profitieren, wo sie als Kultur- und Begegnungsorte eine wichtige Funktion für die regionale kulturelle Infrastruktur übernehmen.

Mit dem Förderprogramm „**Investitionen in national bedeutsame Kultureinrichtungen in Deutschland**“ hat der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien von 2023 bis 2025 u. a. die Begrünung des Innenhofes des **Deutschen Hygiene-Museums Dresden** mit rund 600.000 Euro gefördert. Das Museum zeigt neben der Dauerausstellung mit der weltberühmten Gläsernen Frau jährlich wechselnde Sonderausstellungen zu relevanten Themen aus Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft. Der begrünte Innenhof dient niedrigschwellig einer breiten Öffentlichkeit als sozialer Treffpunkt und schafft so einen inklusiven Raum für Begegnung, Austausch und kulturelle Teilhabe. Dadurch werden Menschen mit unterschiedlichen sozialen und regionalen Startbedingungen Möglichkeiten zur Vernetzung, informellen Bildung und aktiven Teilhabe eröffnet.

Das **Deutsche Optische Museum D.O.M. in Jena** ist europaweit das einzige Museum, dass sich der Optik und Photonik widmet. Mit Mitteln des Bundes in Höhe von 1.240.000 Euro aus dem Programm „**Investitionen in national bedeutsame Kultureinrichtungen in Deutschland**“ werden von 2024 bis 2027 Maßnahmen zur Barrierefreiheit und Nachhaltigkeit im Museum unterstützt. Die interaktive Erlebniswelt ermöglicht einen niedrigschwelligen Zugang zu kulturellen und bildungsbezogenen Inhalten. Durch die aktive Einbindung der Besucherinnen und Besucher werden Lernprozesse und Kreativität gefördert. Insbesondere Menschen mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen oder regionalen Ausgangsbedingungen erhalten so zusätzliche Möglichkeiten zur Bildung, persönlichen Entwicklung und gesellschaftlichen Teilhabe.

Demokratiegeschichte und Friedliche Revolution

Zentrales Anliegen der von der Bundesregierung geförderten Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte ist es, deutschlandweit Menschen zur Auseinandersetzung mit der deutschen Demokratiegeschichte und ihren Orten anzuregen. Die Erinnerung an die Friedliche Revolution und das Streben nach Demokratie in den ostdeutschen Ländern ist in besonderer Weise identitätsstiftend und Basis demokratischer Teilhabe. Das 75-jährige Jubiläum des Volksaufstands in der DDR bildet bei der aktuell ausgeschriebenen Projektförderung für 2027 und 2028 einen von mehreren thematischen Schwerpunkten. Besonderen Stellenwert hat der 2026 erstmals unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten veranstaltete **Tag der Demokratiegeschichte** am und um den 18. März, den die Stiftung maßgeblich initiiert hat. Von den rund 300 Veranstaltungen fanden etliche auch in Ostdeutschland statt, insbesondere in Leipzig, Plauen, Weimar und Erfurt.



FREIWILLIGES ENGAGEMENT ALS TRAGENDE SÄULE DES GEMEINWESENS

Staatsminister für Sport und Ehrenamt

Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) unterstützt Menschen und ihre Organisationen bundesweit mit vielfältigen Angeboten. Sie gibt dem bürgerschaftlichen Engagement und Ehrenamt Impulse und bietet konkrete Hilfestellungen bei Fragen des ehrenamtlichen Alltags. Damit trägt die DSEE zu einer aktiven Zivilgesellschaft bei und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Durch ihren Sitz im mecklenburgischen Neustrelitz sind die Stiftung und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besonders für die Herausforderungen des ostdeutschen Ehrenamts sensibilisiert. Ihren Auftrag erfüllt die Stiftung u. a. durch die Umsetzung von Förder-, Service- und Qualifizierungsprogrammen sowie der Förderung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben.

Als Instrument zur Stärkung lokaler Demokratie und sozialer Infrastruktur im ländlichen Raum veranstaltet die Bundesregierung in Kooperation mit der DSEE den **Engagementwettbewerb „machen!“**. Dieser richtet sich seit 2019 an Vereine und Initiativen in Orten mit weniger als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Der Wettbewerb bietet eine niedrigschwellige finanzielle Förderung sowie öffentliche Anerkennung für konkrete Projekte vor Ort und ermöglicht engagierten Bürgerinnen und Bürgern, ihre Ideen umzusetzen und ihr Lebensumfeld aktiv mitzugestalten. In der ostdeutschen Engagementlandschaft hat der Preiswettbewerb sich zu einem festen Bestandteil entwickelt. Jährlich werden über 1.000 Bewerbungen eingereicht. Die hohe Nachfrage verdeutlicht den Bedarf an niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten, die gesellschaftliche Teilhabe stärken und damit langfristig die

Entwicklungschancen ländlicher Regionen verbessern.

Gemeinsam mit ihren Programmpartnern, dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und dem Thünen-Institut für Regionalentwicklung e. V., hat die DSEE das **Programm „EngagiertesLand“** ins Leben gerufen. Es unterstützt lokale Gemeinschaften in strukturschwachen ländlichen Gebieten bei der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, Ehrenamt und Beteiligung vor Ort. Im Jahr 2025 sind bundesweit 93 Engagement-Netzwerke Teil des Programms, 41 davon in Ostdeutschland.

Best-Practice-Beispiel: 38 unter einem Hut (Nordwest- uckermark, Brandenburg)

Die Nordwestuckermark ist weitläufig: 38 Dörfer, unterschiedliche Lebensrealitäten, große Entfernungen. Als sich das Dörfernnetzwerk Nordwestuckermark 2021 gründete, ging es zunächst darum, Begegnung und Austausch zwischen den Orten zu ermöglichen. Heute ist daraus ein anerkannter zivilgesellschaftlicher Akteur geworden, der Gemeindeentwicklung mitgestaltet, Bürgerbeteiligung organisiert und als Partner für Verwaltung, Vereine und Initiativen fungiert. Aus 38 verstreuten Dörfern entsteht so Schritt für Schritt eine sichtbare Gemeinschaft, die Engagement, Austausch und Beteiligung dauerhaft miteinander verbindet. Dazu gehören die monatlichen offenen Treffen an wechselnden Orten, bei denen regelmäßig neue Bürgerinnen und Bürger dazukommen. Mit der Dörferzeitung „NordWestUMSCHAU“,

die seit 2023 viermal im Jahr zusammen mit dem Amtsblatt erscheint, werden lokale Themen sichtbar gemacht und Verbindungen zwischen den Dörfern gestärkt. Die Wanderkneipe bringt Menschen an neun Terminen im Jahr direkt in den Austausch. Ergänzt wird dies durch Website, WhatsApp-Kanal und Social-Media-Angebote, die über Initiativen, Veranstaltungen und Beteiligungsmöglichkeiten informieren.

Gerade in strukturschwachen und ländlichen Regionen stellen bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt eine tragende Säule eines lebendigen Gemeinwesens dar. Das Mikroförderprogramm für strukturschwache und ländliche Räume ist eines der wirkungsvollsten Angebote der DSEE. Gemeinnützige Organisationen, die ein Projekt dort durchführen, können hier Förderung bis zu 1.500 Euro erhalten. Ziel ist es, Engagierte bei der Ausübung ihres bürgerschaftlichen Engagements oder Ehrenamts mit einem niedrigschwelligen Angebot zu unterstützen. In 2025 konnten über 1.000 Vereine aus Ostdeutschland mit einer Gesamtfördersumme von rund 1,5 Millionen Euro von dem Programm profitieren.

Best-Practice-Beispiel: Schülerinnen und Schüler ins Ehrenamt (Riesa, Sachsen)

Das Projekt des Christlichen Schulzentrums „Rudolf Stempel“ Riesa e. V. möchte Schülerinnen und Schüler früh an ehrenamtliches Engagement heranzuführen. Sie sollen erleben, warum Ehrenamt wichtig ist, welche Menschen sich in ihrer Region engagieren und wie wertvoll dieses Engagement für das Zusammenleben ist. Freiwillig Engagierte berichten an Projekttagen von ihrem eigenen Engagement. Anschließend besuchen die Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit ihnen verschiedene Einrichtungen in Riesa und Umgebung. Dort können sie Ehrenamt vor Ort kennenlernen und sich selbst ausprobieren, z. B. in Sportvereinen, als Lese- oder Hausaufgabenpatinnen und -paten, bei Besuchen kranker Menschen, in Jugendeinrichtungen oder bei Angeboten in Seniorenheimen. Das Projekt schafft deshalb einen einfachen Zugang über die Schule und über Menschen aus der eigenen Region. Die Schülerinnen und Schüler, die nicht allein mit dem Ehrenamt in Berührung kommen, lernen, Verantwortung zu übernehmen, anderen zu helfen und ihre Umgebung aktiv mitzugestalten. Das kann besonders dort wichtig sein, wo Kinder und Jugendliche unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen. So werden nicht nur Vereine und Einrichtungen unterstützt. Auch die Jugendlichen selbst machen Erfahrungen, die sie auf ihrem weiteren Weg stärken können.

BEKÄMPFUNG VON RASSISMUS IN OSTDEUTSCHLAND

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

Die Bundesregierung unterstützt mit zwei Modellprojekten Menschen in Ostdeutschland, die von Rassismus betroffen sind. Sie profitieren von niedrigschwelliger Beratung, Bildungs- und Vernetzungsangeboten. Die Projekte schaffen Räume für Empowerment, bekämpfen Diskriminierung und sensibilisieren Institutionen sowie die gesamte Gesellschaft für rassismuskritisches Handeln. Damit sollen zugleich die Chancengleichheit aller Ostdeutschen verbessert, soziale Barrieren abgebaut und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden.

Projekt „Aktiv gegen (Alltags-) Rassismus – Solidarische Beratung gegen Rassismus“

Wer in Ostdeutschland von Rassismus betroffen ist, kann sich an elf zivilgesellschaftliche Anlauf- und Beratungsstellen wenden. Dort erhalten Betroffene professionelle Unterstützung und Begleitung bei der Bewältigung rassistischer Erfahrungen. Die Beratenden sind fachlich qualifiziert und bringen eigene Erfahrungen mit Rassismus ein. Somit entsteht eine besondere Sensibilität für Diskriminierungsdynamiken und Lebensrealitäten in der Beratungsarbeit. Das Angebot ist kostenfrei und mehrsprachig. Die Beratungsstellen arbeiten in Greifswald, Wismar, Rostock, Neubrandenburg, Fürstenwalde/Spree, Halle (Saale), Magdeburg, Dessau-Roßlau, Dresden, Chemnitz und Weimar. Neben der Beratung soll ein Monitoring der gemeldeten Fälle das Dunkelfeld rassistischer Vorfälle in Ostdeutschland weiter erhellen. Projektträger ist der Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst e. V.).

Projekt „Selbstbestimmt vernetzen, erinnern und bilden“

Das Projekt unterstützt Initiativen von Überlebenden und Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und von deren Angehörigen bei ihrer Bildungs- und Erinnerungsarbeit. Ziel der Arbeit ist auch, die Gesellschaft resilienter gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu machen. In Ostdeutschland wird das TEKIEZ in Halle (Saale) gefördert. Am jüdischen Feiertag Jom Kippur, dem 9. Oktober 2019, wurden der damalige Imbiss „KiezDöner“ und die Synagoge Ziel eines rechtsterroristischen Anschlags. Die ehemaligen Imbiss-Betreiber und Überlebenden des Anschlags, die Brüder Rifat und İsmet Tekin, haben mit Unterstützung der Zivilgesellschaft wie dem Friedenskreis Halle e. V. mit dem TEKIEZ einen Ort des Erinnerns und der Solidarität geschaffen, der regelmäßig als Raum für Begegnung, Austausch und Erinnern geöffnet ist. Projektträger ist die Amadeu Antonio Stiftung.



**WISSEN:
WIE CHANCEN
UND VERANT-
WORTUNG
VERTEILT SIND**

Teil



DEUTSCHLAND-MONITOR 2026

GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE EINSTELLUNGEN

KURZBERICHT:

„WIE AUFSTIEGSORIENTIERT IST DEUTSCHLAND?“

Judith Gabler, Jörg Hebenstreit, Everhard Holtmann, Tobias Jaeck, Reinhard Pollak, Marion Reiser, Matthias Sand, Pierre Zissel
Berlin, Halle (Saale), Jena und Mannheim im August 2026

1 Einleitung: Wie aufstiegsorientiert ist Deutschland?

Soziale Mobilität ist ein zentrales Merkmal moderner Gesellschaften (u. a. Hradil 2016; Hertel & Groh-Samberg 2019; Breen & Müller 2020; Becker et al. 2024). Sie beschreibt die Bewegung von Personen und Gruppen innerhalb der sozialen Hierarchie und verweist damit auf die Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung. Moderne Gesellschaften sind dadurch gekennzeichnet, dass soziale Positionen nicht nur reproduziert werden, sondern sich kontinuierlich verändern: Menschen steigen auf oder ab, soziale Lagen verschieben sich und berufliche Tätigkeitsfelder entstehen oder verschwinden. Gesellschaftlicher Wandel eröffnet dabei neue Möglichkeiten des Vorankommens, kann aber zugleich Unsicherheiten und Verlusterfahrungen hervorbringen.

Die Möglichkeit sozialen Aufstiegs gilt als ein zentrales Versprechen moderner Gesellschaften. Insbesondere die Nachkriegsjahrzehnte in Westdeutschland stehen exemplarisch für eine Phase breiten Wachstums und gesellschaftlichen Fortschritts. Der von Beck (2016) beschriebene „Fahrstuhleffekt“ verweist darauf, dass der wirtschaftliche Aufschwung

weite Teile der Gesellschaft gemeinsam nach oben bewegte: Trotz fortbestehender sozialer Ungleichheiten verbesserten sich für viele Menschen die materiellen Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven.

Dieses Narrativ des Fortschrittsversprechens in der alten BRD unterscheidet sich von der zentralen Erzählung der DDR, bei der die staatlich verordnete Chancengleichheit – insbesondere die Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern beim Zugang zu höherer Bildung – im Mittelpunkt stand. Ein Blick auf die empirische Datenlage zeigt jedoch, dass diese historischen Fortschrittserzählungen nur bedingt mit der objektiven Realität übereinstimmten. Während in der DDR die Generation der um 1930 bis 1940 Geborenen zunächst von vergleichsweise höherer Chancengleichheit profitierte als in der alten Bundesrepublik, nahm die soziale Durchlässigkeit für die um 1960 geborenen Ostdeutschen bereits wieder ab (Mayer & Solga 1994, 193, 203). Dabei galt allerdings auch für die ältere Generation der DDR der typische „Zusammenhang von Systemloyalität und Mobilitätschancen“ (ebd.). Im Zuge der Wiedervereinigung änderten sich die institutionellen Rahmenbedingungen sozialer Mobilität erneut grundlegend.

Seither hat sich mit dem wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel auch die Wahrnehmung von Fortschritt und Aufstieg gewandelt. Während Modernisierung und Reformen lange mit der Erwartung verbunden waren, Lebensbedingungen zu verbessern und neue Teilhabe- und Aufstiegschancen zu schaffen, werden gesellschaftliche Veränderungen heute häufiger mit Anpassungsdruck, Unsicherheit und möglichen Verlusten verbunden. Debatten über soziale Abstiege und Abstiegsängste haben in diesem Zusammenhang an Bedeutung gewonnen (u. a. Nachtwey 2016). Zwar zeigen empirische Untersuchungen, dass es wieder mehr Aufstiege bei nahezu gleichbleibenden Abstiegsraten gibt (Pollak 2018), dennoch haben Sorgen über Statusverluste und die Gefährdung gesellschaftlicher Teilhabe an Sichtbarkeit gewonnen.

Diese Spannungsfelder – der Kontrast zwischen messbaren, objektiven Mobilitätsprozessen, den großen gesamtgesellschaftlichen Erzählungen und der individuellen, subjektiven Wahrnehmung – sind zentral für das Verständnis von Aufstiegsorientierung. Soziale Mobilität erschöpft sich nicht in messbaren Veränderungen sozialer Positionen, sondern besitzt immer auch eine subjektive Dimension. Menschen bewerten ihre eigenen Chancen, entwickeln Erwartungen an ihre Zukunft und ordnen ihre Erfahrungen in gesellschaftliche Vorstellungen von Erfolg, Leistung und Gerechtigkeit ein. Aufstiegsorientierung bezeichnet damit nicht nur das individuelle Streben nach einer Verbesserung der eigenen sozialen Lage, sondern auch die Bedeutung, die Menschen gesellschaftlichem Vorankommen und offenen Entwicklungsmöglichkeiten beimessen (Mayer 1975).

Individuelle Aufstiegsorientierung umfasst unterschiedliche Vorstellungen darüber, was einen erfolgreichen sozialen Aufstieg ausmacht. Dazu können etwa beruflicher Erfolg, Bildung und Qualifikation, materieller Wohlstand oder gesellschaftliche Anerkennung zählen (u. a. Seifert & Bergmann 1983; Bourdieu 2006). Gleichzeitig steht Aufstiegsorientierung in einem Spannungsverhältnis zu anderen Lebensentwürfen und Wertvorstellungen.

Für manche Menschen können Selbstverwirklichung, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben oder soziale Absicherung einen höheren Stellenwert besitzen als ein Streben nach Statusgewinn. Aufstiegsorientierung ist daher kein einheitliches Leitbild, sondern Ausdruck unterschiedlicher Vorstellungen von einem guten Leben.

Darüber hinaus besitzt Aufstiegsorientierung eine gesellschaftliche und politische Dimension. Liberale Gesellschaften beruhen auf normativen Erwartungen wie Chancengleichheit, Leistungsgerechtigkeit und individueller Gestaltungsmöglichkeit (u. a. Heuer et al. 2020). Ob Menschen den Eindruck haben, dass sich Leistung lohnt, Chancen offenstehen und gesellschaftlicher Fortschritt möglich ist, beeinflusst die Bewertung der sozialen Ordnung, das Vertrauen in politische Institutionen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Frage nach Aufstiegsorientierung berührt damit nicht nur individuelle Zukunftserwartungen, sondern auch die Frage, welche Vorstellungen von einer gerechten und zukunftsfähigen Gesellschaft bestehen (Droste 2024).

Vor diesem Hintergrund widmet sich das Schwerpunktthema des Deutschland-Monitors 2026 der Frage, wie aufstiegsorientiert Deutschland ist. Dabei wird Aufstiegsorientierung nicht nur als individuelles Streben nach einer Verbesserung der eigenen Lebenslage verstanden, sondern auch in ihrer kollektiven Dimension betrachtet. Während sich individuelle Aufstiegsorientierung auf persönliche Ziele, Erwartungen und Vorstellungen von einem sozialen Vorankommen bezieht, richtet sich kollektive Aufstiegsorientierung auf gesellschaftlichen Fortschritt und die Entwicklung Deutschlands als Ganzes.

Kapitel 2 untersucht zunächst die individuelle Aufstiegsorientierung. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Bedeutung sozialer Aufstieg für die Menschen in Deutschland gegenwärtig besitzt – sowohl im Vergleich zu ihrer aktuellen Lebenssituation als auch im Verhältnis zu ihrem Elternhaus und ihrem sozialen Umfeld. Darüber hinaus wird untersucht, welche Vor-

stellungen die Menschen mit sozialem Aufstieg verbinden und in welchem Verhältnis Aufstiegsorientierung zu anderen Lebensentwürfen und Wertvorstellungen steht. Schließlich werden Erwartungen hinsichtlich der eigenen sozialen Entwicklung in den kommenden zehn Jahren analysiert.

Kapitel 3 richtet den Blick auf die Vorstellungen von einem individuellen sozialen Aufstieg und die Bedingungen hierfür. Soziale Mobilität hängt nicht allein vom individuellen Streben und Handeln ab, sondern wird wesentlich durch gesellschaftliche Strukturen, institutionelle Bedingungen und verfügbare Ressourcen geprägt (u. a. Bukodi et al. 2020). Untersucht wird daher, welche Faktoren aus Sicht der Bevölkerung für sozialen Aufstieg maßgeblich sein sollten und welche Faktoren tatsächlich als entscheidend wahrgenommen werden. Der Vergleich zwischen normativen Vorstellungen und wahrgenommenen Realitäten zeigt, inwieweit die gesellschaftliche Aufstiegsordnung als leistungsbasiert und gerecht wahrgenommen wird und wo aus Sicht der Bevölkerung Spannungen zwischen Anspruch und Wirklichkeit bestehen.

Kapitel 4 erweitert die Perspektive um die kollektive Aufstiegsorientierung. Im Mittelpunkt stehen Vorstellungen über die Entwicklung und den Fortschritt der Gesellschaft insgesamt. Untersucht wird, welche Bedeutung gesellschaftlicher Fortschritt besitzt, wie die Bevölkerung die Entwicklung Deutschlands im Vergleich zur Vergangenheit und mit Blick auf die Zukunft bewertet und welche Akteure für

gesellschaftliche Auf- und Abstiege verantwortlich gemacht werden.

Die Analysen fokussieren dabei jeweils auch die Frage, inwiefern sich Wahrnehmungen und Einstellungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterscheiden und welche Bedeutung sozialstrukturellen, ökonomischen und politischen Faktoren zukommt. Ein besonderes Augenmerk gilt möglichen Ost-West-Unterschieden, die sich aus unterschiedlichen historischen Erfahrungen und gesellschaftlichen Prägungen ergeben können.

Die Ergebnisse dieses Kurzberichts beruhen auf der Hauptbefragung des Deutschland-Monitors 2026. Diese umfasst eine bevölkerungsrepräsentativ angelegte Befragung der deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Deutschland. Die Erhebung erfolgt als sequenzielle Mixed-Mode-Befragung (CAWI/PAPI). Für die Hauptbefragung sind rund 4.000 Interviews vorgesehen, die zwischen dem 11. Juni und dem 31. August 2026 erhoben wurden. Grundlage ist eine zweistufige, disproportional geschichtete Einwohnermeldeamtsstichprobe, bei der Gemeinden in Ostdeutschland überproportional gezogen wurden. Der vorliegende Kurzbericht wertet die bis zum 31. Juli 2026 eingegangenen Interviews aus (n = 2.760). Da die Feldphase zu diesem Zeitpunkt noch andauerte, sind die Ergebnisse als vorläufig zu verstehen. Ausführliche Ergebnisse dokumentiert der Hauptbericht zum Deutschland-Monitor 2026, der voraussichtlich im Februar 2027 erscheint.¹

1 Ziel des Deutschland-Monitors ist es, politische und gesellschaftliche Einstellungen in der gesamtdeutschen Bevölkerung zu untersuchen. Dabei steht neben individuellen Einflussfaktoren die Frage im Zentrum, wie regionale Lebensumfelder („Kontexte“) die gesellschaftlichen und politischen Einstellungen der dort lebenden Menschen beeinflussen. Daher kombiniert der Deutschland-Monitor 2026 zwei standardisierte Befragungen mit unterschiedlichen Stichproben: Zum einen die Hauptbefragung, eine repräsentative Stichprobe der deutschsprachigen Bevölkerung ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Deutschland (ca. 4.000 Interviews). Als Basis diente eine zweistufige, disproportional geschichtete Einwohnermeldeamtsstichprobe, bei der Gemeinden in Ostdeutschland überproportional gezogen wurden. Zum anderen eine regionale Vertiefungsstichprobe: Dafür werden in zufällig ausgewählten strukturstarken und strukturschwachen Kreisen in Ost- und Westdeutschland weitere ca. 4.000 Interviews durchgeführt. Das methodisch innovative Vorgehen ermöglicht es, Einstellungsdaten mit kreis- bzw. gemeindebezogenen Strukturdaten zu verknüpfen und die Bedeutung von Umfeldfaktoren für politische und soziale Einstellungen zu analysieren. Die standardisierte Befragung wird durch qualitative Fokusgruppeninterviews an ausgewählten Standorten der regionalen Vertiefungsstichprobe ergänzt.

2 Individuelle Aufstiegsorientierung

2.1 Wie ausgeprägt ist die individuelle Aufstiegsorientierung?

Welche persönliche Bedeutung messen die Menschen in Deutschland ihrem gesellschaftlichen Aufstieg bei? Die Ergebnisse des Deutschland-Monitors 2026 zeichnen diesbezüglich ein differenziertes Bild: Knapp vier von zehn Befragten (38 %) geben an, dass es für sie „eher“ oder sogar „sehr wichtig“ ist, in ihrem Leben gesellschaftlich aufzusteigen (Abb. 1). Fast ebenso viele (35 %) äußern, dass gesellschaftlicher Aufstieg für sie „eher“ oder „völlig unwichtig“ ist. Für rund ein Viertel der Befragten (26 %) ist gesellschaftlicher Aufstieg teilweise wichtig. Befragte in der ersten Hälfte der Erwerbsbiografie (bis 44 Jahre) legen dabei insgesamt mehr Wert auf den sozialen Aufstieg. In dieser Gruppe ist es knapp der Hälfte (46 %) „sehr“ bzw. „eher wichtig“, gesellschaftlich aufzusteigen (siehe auch Abb. 4).

Da gesellschaftlicher Aufstieg häufig im Verhältnis zur eigenen Ausgangslage oder zum persönlichen Umfeld bewertet wird, wurde neben der allgemeinen Bedeutung des gesellschaftlichen Aufstiegs auch gefragt, wie wichtig den Befragten ein Aufstieg im Vergleich zu ihren Eltern bzw. ihrem persönlichen Umfeld ist. Dabei zeigt sich ein ähnliches Muster. Im Durchschnitt messen die Befragten dem gesellschaftlichen Aufstieg ohne einen konkreten Vergleichsmaßstab jedoch eine etwas höhere Bedeutung bei als einem Aufstieg in Relation zu den Eltern oder dem sozialen Umfeld.

Darüber hinaus wurde erhoben, inwieweit die Befragten bereit wären, auch Belastungen in Kauf zu nehmen, „um ganz nach oben zu kommen“. Damit lässt sich unterscheiden, ob gesellschaftlicher Aufstieg vor allem als erstrebenswertes Ziel angesehen wird oder damit auch die Bereitschaft verbunden ist, persönliche Anstrengungen und Belastungen auf sich zu nehmen. Nur ein Viertel der Befragten (25 %) ist bereit, für den sozialen Aufstieg auch Belastungen in Kauf zu nehmen. Die Hälfte (50 %) ist dazu hingegen nicht bereit, ein weiteres Viertel ist dazu teilweise bereit.

Abb. 1: Wichtigkeit gesellschaftlichen Aufstiegs

Wie wichtig war bzw. ist es für Sie, in Ihrem Leben gesellschaftlich aufzusteigen?



Wie wichtig war bzw. ist es für Sie selbst, im Vergleich zu Ihren Eltern gesellschaftlich aufzusteigen?



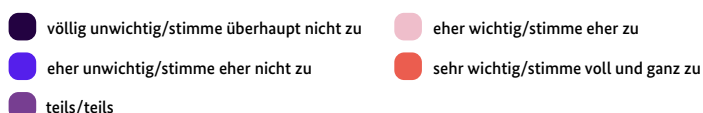
Wie wichtig war bzw. ist es für Sie selbst, im Vergleich zu Ihrem persönlichen Umfeld gesellschaftlich aufzusteigen?



„Ich bin bereit, hohe Belastungen in Kauf zu nehmen, um ganz nach oben zu kommen.“

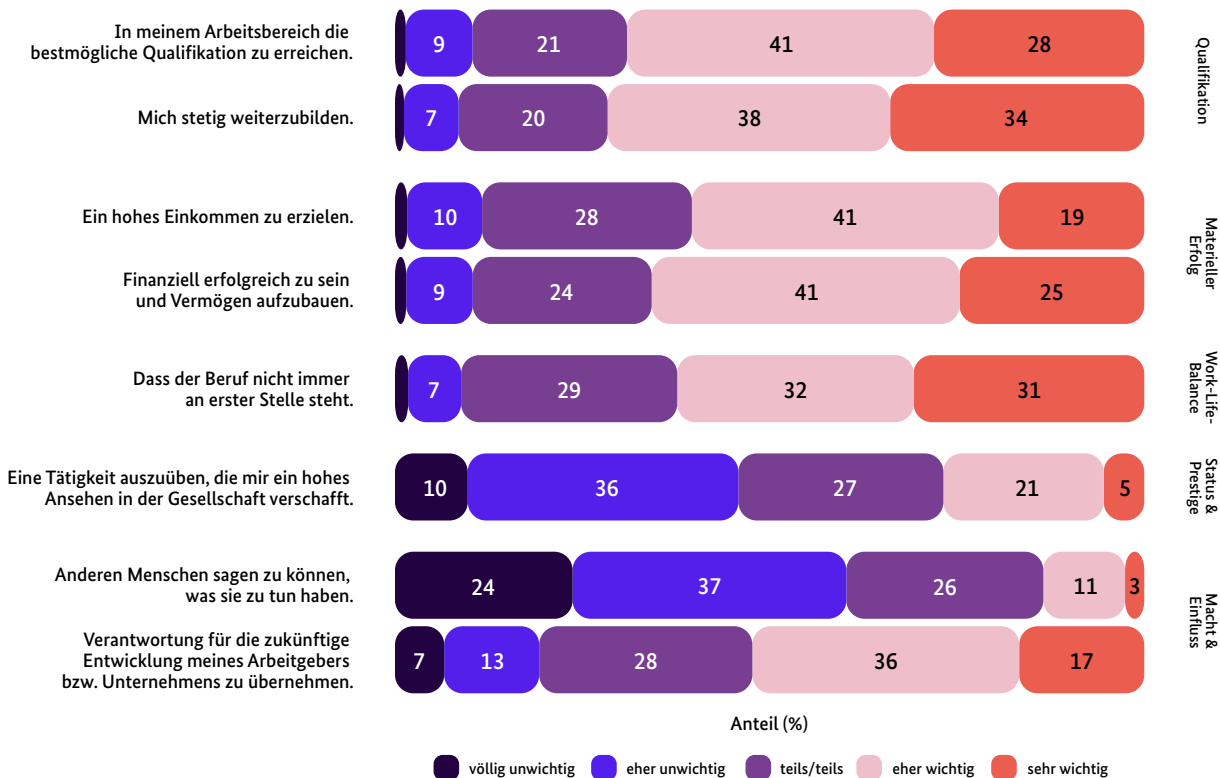


Anteil (%)



Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Abb. 2: Bedeutung unterschiedlicher Aspekte des gesellschaftlichen Aufstiegs
 („Bitte geben Sie an, wie wichtig Ihnen die folgenden Aspekte sind“)



Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Werte unter 2 Prozent wurden zur besseren Lesbarkeit nicht beschriftet.

Die Ergebnisse deuten somit insgesamt darauf hin, dass die individuelle Aufstiegsbereitschaft in Deutschland nur moderat ausgeprägt ist. Zwar misst ein erheblicher Teil der Bevölkerung dem eigenen sozialen Aufstieg eine hohe Bedeutung bei; zugleich gibt es jedoch eine ähnlich große Gruppe, für die Aufstieg kaum eine Rolle spielt.² Dabei unterscheiden sich ost- und westdeutsche Befragte im Durchschnitt nur geringfügig in ihrer individuellen Aufstiegsorientierung.³

Was verbinden die Befragten mit gesellschaftlichem Aufstieg? Um diese Frage zu beantworten, wird untersucht, welche Aspekte des gesellschaftlichen Aufstiegs für die Befragten persönlich wichtig sind (Abb. 2). Die Ergebnisse zeigen, dass gesellschaftlicher Aufstieg aus Sicht

der Befragten kein eindimensionales Konzept ist. Vielmehr verbinden sie damit unterschiedliche Vorstellungen und Ziele, die von Bildung und Qualifikation über materielle Aspekte bis hin zu gesellschaftlicher Anerkennung reichen.

Am wichtigsten sind den Befragten Bildung und Qualifikation. Jeweils etwa sieben von zehn Befragten geben an, dass diese Aspekte für sie „eher wichtig“ oder „sehr wichtig“ sind. Für die Mehrheit der Befragten sind zudem materielle Erfolge des gesellschaftlichen Aufstiegs, wie ein hohes Einkommen (60 %) und der Aufbau von Vermögen (66 %), von Bedeutung. Für knapp zwei von drei Befragten (63 %) ist es weiterhin Ausdruck gesellschaftlichen Aufstiegs, dass der „Beruf nicht immer an erster Stelle steht“. Weniger Bedeutung messen die

² Die vier Items sind untereinander moderat bis stark korreliert ($r \geq 0,35$) und bilden eine konsistente Skala (Cronbachs alpha = 0,82).

³ Die durchschnittliche Aufstiegsorientierung, gemessen über den Mittelwertindex auf Basis der vier Items in Abb. 1, liegt in der ostdeutschen Bevölkerung knapp 0,15 Skalenpunkte (auf der Skala von 1 bis 5) unter dem westdeutschen Durchschnitt. Diese Differenz ist auf einem Niveau von $p < 0,05$ signifikant.

Befragten dagegen gesellschaftlichem Ansehen sowie Macht und Einfluss bei. So sind beispielsweise Weisungsbefugnisse für die Mehrheit der Befragten (61 %) „eher“ oder „völlig unwichtig“. Signifikante Ost-West-Unterschiede zeigen sich vor allem bei einem Aspekt: Westdeutsche Befragte gewichten den Aufbau des eigenen Vermögens etwas stärker als ostdeutsche Befragte („eher/sehr wichtig“ – West: 67 %, Ost: 60 %).

Die dargestellten Befunde zeigen, dass sich individuelle Aufstiegsorientierung nicht auf die einfache Gegenüberstellung von „aufstiegsorientiert“ und „nicht aufstiegsorientiert“ reduzieren lässt. Vielmehr ist sie Teil eines breiteren Spektrums von Lebensorientierungen, in denen unterschiedliche Ziele und Wertvorstellungen miteinander verbunden sind. Menschen können gleichzeitig nach gesellschaftlichem Aufstieg streben und Wert auf Freizeit, Privatleben oder Absicherung legen. Diese Orientierungen können sich dabei ergänzen, teilweise überlagern oder auch in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. Das Streben nach sozialem Aufstieg ist zudem häufig mit möglichen Zielkonflikten verbunden: Ein stärkeres berufliches Engagement kann beispielsweise zulasten von Freizeit, Familie und persönlicher Selbstverwirklichung gehen oder mit der Bereitschaft verbunden sein, Unsicherheiten und Risiken einzugehen. Umgekehrt kann der Wunsch nach Stabilität und Absicherung dazu führen, dass weniger Bereitschaft besteht, für mögliche Verbesserungen des eigenen Status Veränderungen und Risiken auf sich zu nehmen (El-Mafaalani 2012; Destin & Debrosse 2017; Voswinkel 2019). Um diese unterschiedlichen Orientierungen abzubilden, wurden neben der Aufstiegsorientierung auch der Wunsch nach einer ausgewogenen Balance zwischen Beruf und Privatleben (Work-Life-Balance), Statusgenügsamkeit⁴ sowie der Wunsch nach

Statusabsicherung erfragt.⁵ Die Ergebnisse zeigen, dass eine stärkere Aufstiegsorientierung tendenziell mit einer etwas geringeren Bedeutung von Work-Life-Balance und insbesondere einer geringeren Statusgenügsamkeit einhergeht. Interessanterweise hängt der Wunsch nach Statusabsicherung leicht positiv mit der Aufstiegsorientierung zusammen: Wer gesellschaftlich aufsteigen möchte, legt also nicht zwangsläufig weniger Wert auf Sicherheit und Stabilität.

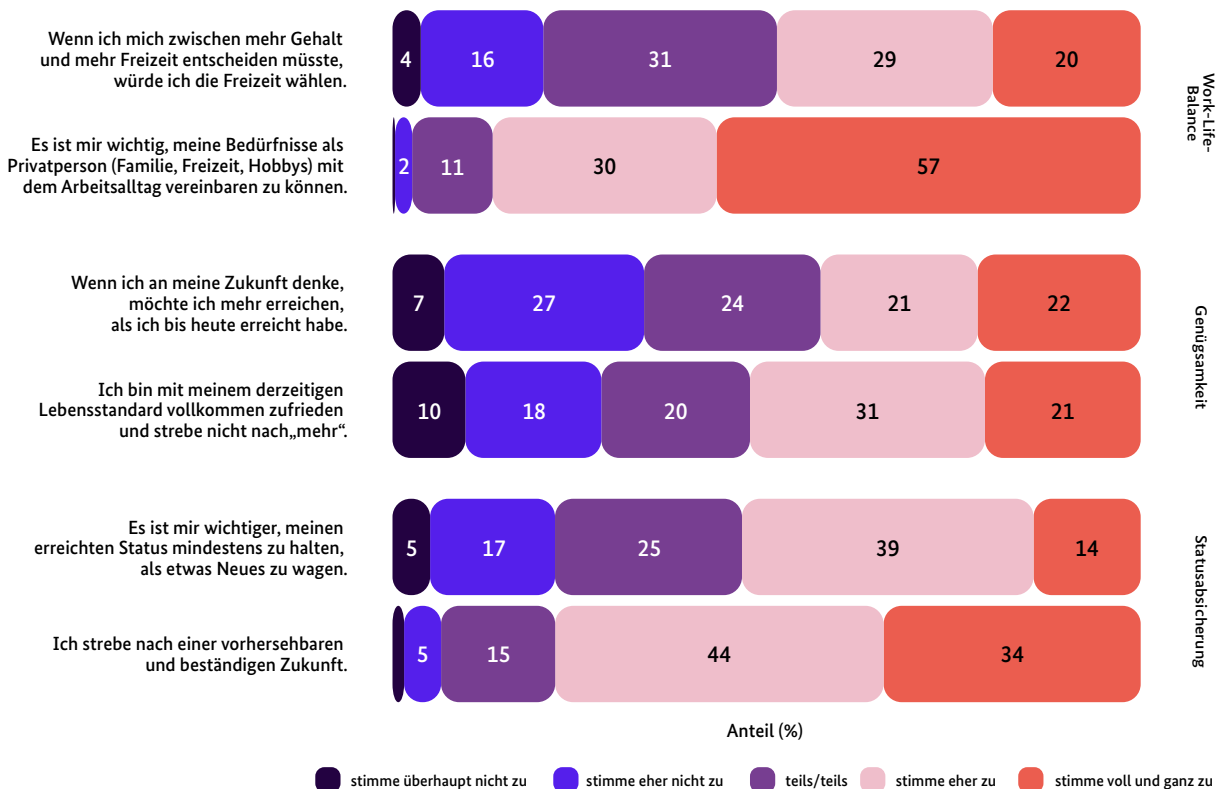
Die Antworten der Befragten verdeutlichen, dass sich die Bevölkerung in Deutschland insgesamt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen beruflichen Ambitionen und Privatleben wünscht. So stimmen 87 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass sich private Bedürfnisse mit dem Arbeitsalltag vereinbaren lassen müssen. Demgegenüber wäre nur ein Fünftel bereit, für ein höheres Einkommen Einschränkungen der Freizeit in Kauf zu nehmen (Abb. 3). Dieses Ergebnis deckt sich mit dem relativ geringen Anteil derjenigen, die grundsätzlich bereit sind, Belastungen auf sich zu nehmen, „um ganz nach oben zu kommen“ (vgl. Abb. 1).

Zugleich zeigt sich ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Stabilität und Statussicherung. Mehr als drei Viertel der Befragten legen Wert auf eine „vorhersehbare und beständige Zukunft“ (vgl. Abb. 3).⁶ Insofern deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass eine Mehrheit mehr Wert auf die Absicherung des eigenen Status legt, als – womöglich unter Risikoeinsatz – Veränderungen vorzunehmen, um diesen zu verbessern. Dazu passt auch, dass sich viele Befragte mit ihrer gegenwärtigen Lebenssituation zufrieden zeigen. Weniger als die Hälfte der Befragten (43 %) gibt ausdrücklich an, mehr erreichen zu wollen, als sie bislang erreicht haben, während eine knappe Mehrheit (52 %) angibt, mit ihrem gegenwärtigen Lebensstandard zufrieden zu sein und nicht nach „mehr“ zu streben.

4 In Anlehnung an Voswinkel (2019) verstehen wir Statusgenügsamkeit als die Begrenzung von Aufstiegsansprüchen zugunsten eines bescheidenen Lebens, das als respektabel und gleichsam „normal“ gilt.

5 Diese Erwägungen aus der Fragebogenkonzeption werden empirisch durch Faktorenanalysen gestützt. Einzig die Dimension zur Statusabsicherung sollte mit Vorsicht interpretiert werden, da die psychometrischen Eigenschaften nicht optimal sind.

6 Hierin spiegelt sich der Befund des Deutschland-Monitors 2025, dass die Bevölkerung in Zeiten gesellschaftlicher Transformationen und multipler Krisenlagen ein starkes Sicherheitsbedürfnis zum Ausdruck bringt (Franke et al. 2025, 96).

Abb. 3: Einstellungen zu unterschiedlichen Lebensorientierungen

Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Werte unter 2 Prozent wurden zur besseren Lesbarkeit nicht beschriftet.

2.2 Soziodemografische und sozioökonomische Einflussgrößen für die individuelle Aufstiegsorientierung

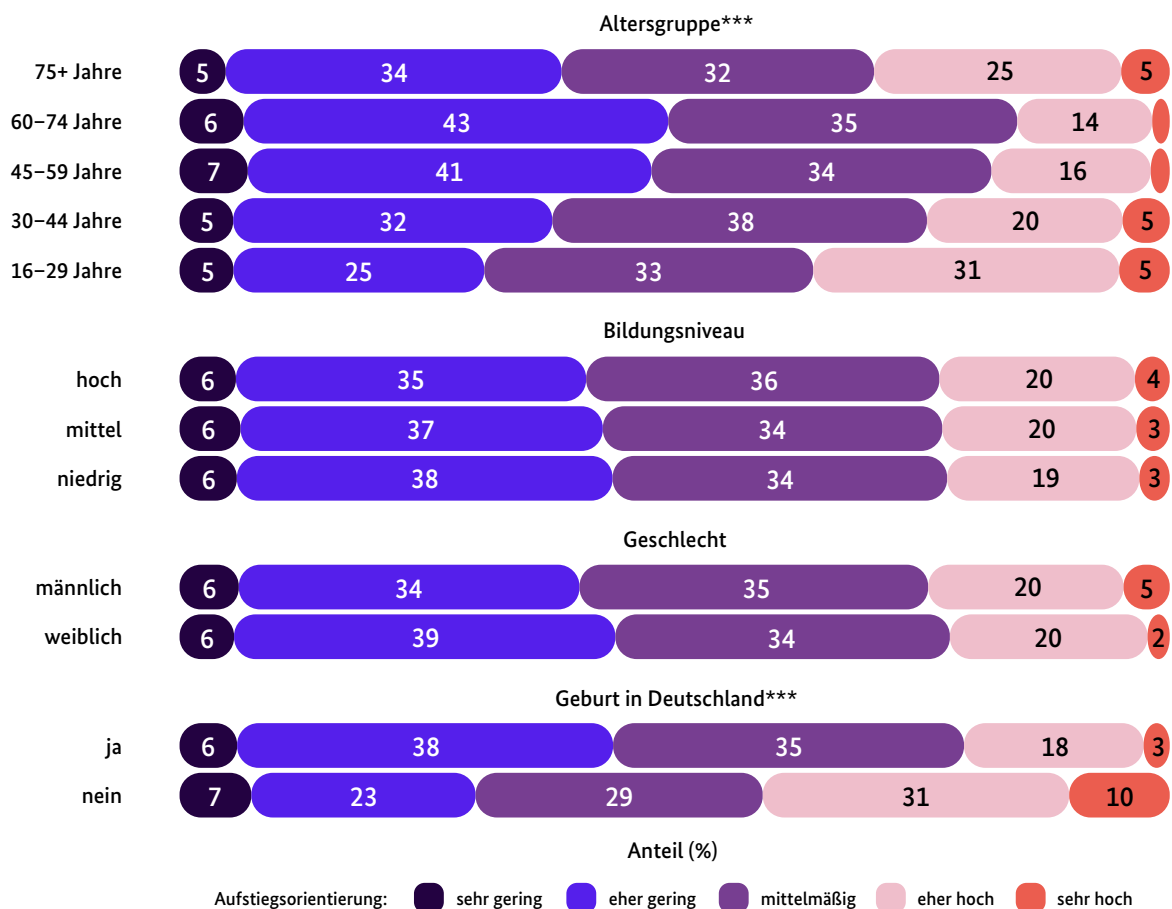
Welche soziodemografischen oder -ökonomischen Merkmale hängen mit der individuellen Aufstiegsorientierung zusammen?⁷ Mit Blick auf die soziodemografischen Merkmale (Abb. 4) zeigen die Analysen übereinstimmend, dass das Alter mit der individuellen Aufstiegsorientierung zusammenhängt. Insbesondere Personen ab 45 Jahren weisen eine geringere Aufstiegsorientierung auf als jüngere Befragte unter 45 Jahren.⁸ Dies könnte damit zusammenhängen, dass sich Lebenslagen im weiteren Verlauf der Erwerbsbiografie häufiger stabilisieren und berufliche sowie materielle Ziele bereits

stärker verwirklicht wurden. Darauf deutet auch hin, dass Befragte über 45 Jahren eine deutlich stärkere Statusgenügsamkeit äußern als jüngere Personen.

Menschen im Erwerbsalter äußern zudem – unabhängig vom Alter – einen starken Wunsch nach einem Ausgleich zwischen Privatleben und Beruf. Dies mag zunächst widersprüchlich erscheinen, verdeutlicht jedoch, dass Aufstiegsorientierung und der Wunsch einer Work-Life-Balance keine Gegensätze darstellen. Vielmehr können beide Orientierungen gleichzeitig bestehen.

⁷ Die bivariat berichteten Ergebnisse wurden im Rahmen von linearen Regressionsanalysen überprüft. Weiterführende Analysen werden im Hauptbericht des Deutschland-Monitors 2026 berichtet. Abhängige Variable ist dabei ein Mittelwert-index aus den vier Items in Abb. 1, wobei keine Antwortverweigerung zugelassen wird.

⁸ Die Altersgruppe 75+ Jahre muss mit Vorsicht interpretiert werden. Da die zugrundeliegenden Fragestellungen auch eine retrospektive Antwort erlauben („wie wichtig war bzw. ist es für Sie [...]“), ist anzunehmen, dass sich Befragte dieser Altersgruppe bei ihren Antworten häufig auf eine frühere Lebensphase bezogen.

Abb. 4: Aufstiegsorientierung nach soziodemografischen Merkmalen

Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Werte unter 2 Prozent wurden zur besseren Lesbarkeit nicht beschriftet. Signifikanzniveaus: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Demgegenüber zeigen sich, dem Forschungsstand entsprechend (vgl. u. a. Hammermann & Stettes 2024), hinsichtlich des Geschlechts und des formalen Bildungsniveaus⁹ keine bzw. keine statistisch bedeutsamen Unterschiede in der individuellen Aufstiegsorientierung.

Ferner zeigt sich, dass Befragte, die nicht in Deutschland geboren wurden, im Durchschnitt eine höhere Aufstiegsorientierung äußern als Befragte ohne eigene Migrationserfahrung. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass Migration und Integration von selbst Zugewanderten häufig mit der Erwartung verbunden sind, die eigene Lebenssituation zu verbessern

und neue gesellschaftliche Möglichkeiten zu erschließen. Eigene Migrationserfahrungen können somit auch mit einer stärkeren Orientierung an sozialem Aufstieg verbunden sein (weiterführend z. B. Pietrzyk & Neumeyer 2025; Weiß & Nussbaum 2019).¹⁰ Ein elterlicher Migrationshintergrund hängt hingegen nicht mit der individuellen Aufstiegsorientierung zusammen.

Auch sozioökonomische Faktoren hängen mit der individuellen Aufstiegsorientierung zusammen: Befragte, die nach eigenen Angaben über Vermögenswerte (z. B. Immobilien) verfügen, äußern eine etwas stärkere Aufstiegsorientierung

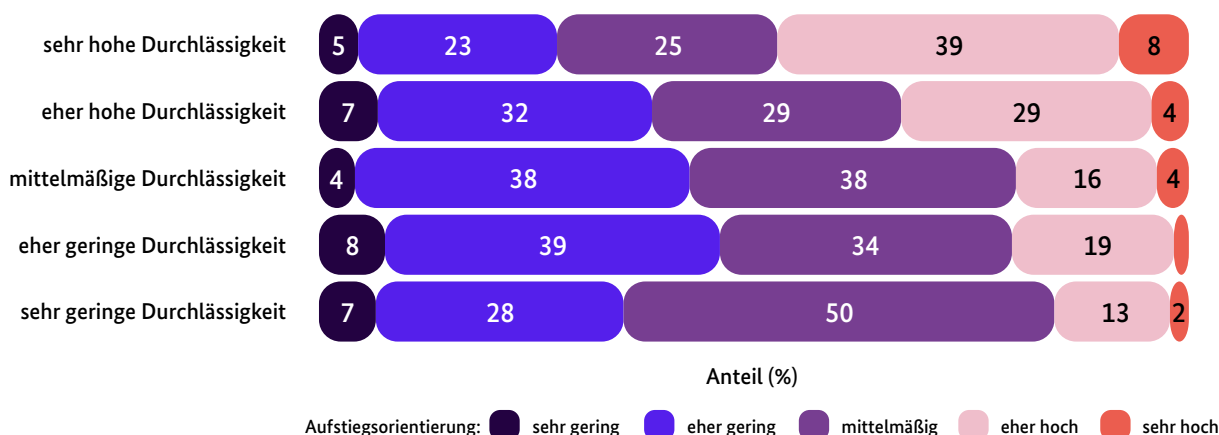
⁹ Die IW-Beschäftigtenbefragung (Hammermann & Stettes 2024) zeigt, dass Menschen mit höherem Bildungsabschluss zwar häufiger in Führungspositionen kommen, der Aufstiegswille von Beschäftigten ohne Führungsverantwortung unterscheidet sich aber in den statistischen Modellen nicht zwischen Menschen unterschiedlicher Bildungsniveaus.

¹⁰ Die Befunde hierzu müssen mit Vorsicht interpretiert werden, da Zugewanderte für die empirische Sozialforschung eine schwer zu erreichende Gruppe darstellen. Somit kann nicht zwingend gewährleistet werden, dass die Befragten mit eigener Migrationserfahrung ($n = 244$) ein repräsentatives Abbild der nach Deutschland Zugewanderten sind.

als Befragte ohne entsprechende Vermögenswerte. Hingegen erweist sich das Netto-Äquivalenzeinkommen in den statistischen Modellen nicht als signifikanter Erklärungsfaktor. Für die Aufstiegsorientierung spielt es zudem keine signifikante Rolle, ob jemand in einem eher akademischen Elternhaus oder in einem Elternhaus mit eher niedrigem

Bildungsniveau aufgewachsen ist. Die Ergebnisse des Deutschland-Monitors 2026 entsprechen damit nicht vollständig dem Befund früherer Studien, wonach Aufstiegs- und Karriereambitionen auch durch das soziale Umfeld und insbesondere durch familiäre Vorbilder und Erwartungen geprägt werden (Baier & Hadjar 2004; Judge & Kammeyer-Mueller 2012).

Abb. 5: Aufstiegsorientierung nach wahrgenommener sozialer Durchlässigkeit



Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Werte unter 2 Prozent wurden zur besseren Lesbarkeit nicht beschriftet. Signifikanzniveaus: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Zuletzt hängt auch die Wahrnehmung sozialer Durchlässigkeit in Deutschland mit der individuellen Aufstiegsorientierung zusammen (Abb. 5): Befragte, die der Überzeugung sind, dass gesellschaftlicher Aufstieg in Deutschland grundsätzlich möglich ist und dass „Leute wie ich und meine Familie eine gute Chance [haben], ihren Lebensstandard zu erhöhen“, äußern eine stärkere individuelle Aufstiegsorientierung.

Die Ergebnisse deuten damit darauf hin, dass die soziale Durchlässigkeit als zentrale gesellschaftliche Rahmenbedingung eine wichtige Voraussetzung für die individuelle Aufstiegsorientierung und die Mobilitätserwartung (vgl. dazu 2.3) darstellt. Dies könnte auch dazu beitragen, zu erklären, warum einkommensschwächere Personen keine stärkere Aufstiegsorientierung äußern als Personen anderer Einkommensgruppen. Zwar könnte aufgrund ihrer Ausgangslage ein stärkeres Streben nach

Verbesserung erwartet werden, gleichzeitig nehmen sie soziale Durchlässigkeit in Deutschland seltener wahr als einkommensstärkere Personen. Wenn Aufstiegsmöglichkeiten als begrenzt wahrgenommen werden, kann dies somit auch die eigene Aufstiegsorientierung beeinflussen.

2.3 Individuelle Aufstiegserwartung

Die Bedeutung, die Menschen sozialem Aufstieg beimessen, sagt noch nicht aus, ob sie auch davon ausgehen, einen solchen Aufstieg tatsächlich verwirklichen zu können. Aufstiegsorientierung und Mobilitätserwartungen beschreiben damit unterschiedliche, aber miteinander verbundene Dimensionen: Während die Aufstiegsorientierung erfasst, welchen Stellenwert sozialer Aufstieg für die eigene Lebensgestaltung besitzt, beziehen sich Mobilitätserwartungen auf die Einschätzung der eigenen zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten.

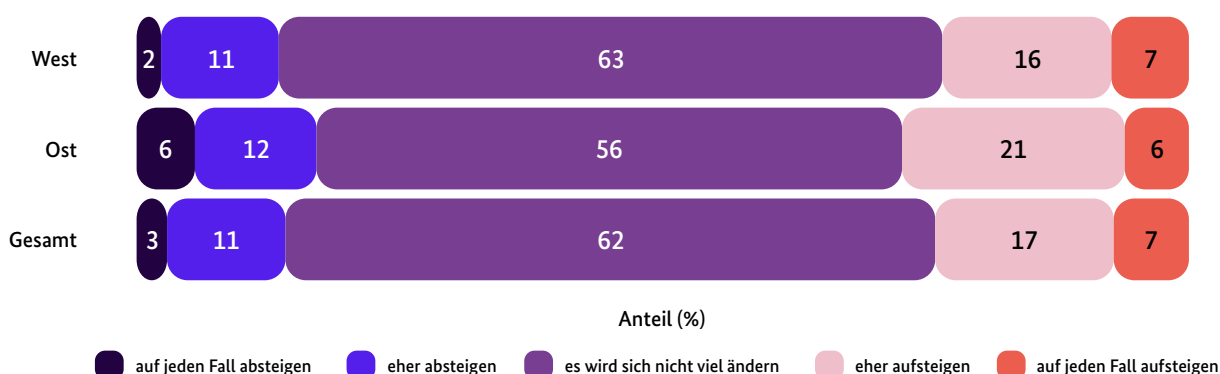
Gerade in Zeiten anhaltender wirtschaftlicher Stagnation¹¹ und multipler Krisenlagen sind solche Erwartungen ein wichtiger Gradmesser dafür, wie Menschen ihre persönlichen Zukunftschancen und die Leistungsfähigkeit gesellschaftlicher Institutionen wahrnehmen (Franke et al. 2026, 52). Denn zum Selbstverständnis eines sozialstaatlichen und marktwirtschaftlich geprägten Systems wie der Bundesrepublik gehört das Versprechen, dass sozialer Aufstieg durch Bildung, Leistung, Fleiß und Innovation grundsätzlich möglich ist, während gleichzeitig eine gewisse Absicherung gegenüber sozialem Abstieg gewährleistet wird (Kaufmann 2003; Nachtwey 2016; vgl. dazu auch Abschnitt 4.3 und Abb. 16).

Die Erwartung an die eigene soziale Mobilität wird im Deutschland-Monitor 2026 mit der Frage „Was denken Sie: Werden Sie in den nächsten zehn Jahren gesellschaftlich aufsteigen, absteigen oder wird sich bei Ihnen nicht viel ändern?“ erhoben. Die Befragten konnten dabei zusätzlich angeben, ob sie einen Auf- bzw. Abstieg „eher“ oder „auf jeden Fall“ erwarten. Die Daten verdeutlichen, dass die Bevölkerung in Deutschland ihre eigene

zukünftige soziale Lage überwiegend als stabil einschätzt. 62 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sich an ihrem sozialen Status in den kommenden zehn Jahren nicht viel ändern wird (Abb. 6). Etwa ein Viertel (24 %) erwartet einen gesellschaftlichen Aufstieg, wobei sieben Prozent sogar davon ausgehen, dass dieser mit Sicherheit eintreten wird. Demgegenüber rechnen 14 Prozent der Befragten mit einem gesellschaftlichen Abstieg.¹² Die Verteilung in Abb. 6 zeigt, dass Ostdeutsche etwas seltener die Erwartung haben, dass sich nicht viel verändern wird. Die durchschnittliche Mobilitätserwartung unterscheidet sich jedoch nicht signifikant zwischen ost- und westdeutschen Befragten.

Welche Faktoren hängen mit der Erwartung eines gesellschaftlichen Auf- oder Abstiegs zusammen? Neben dem Einfluss von soziodemografischen und sozioökonomischen Merkmalen stellt sich insbesondere die Frage, ob die individuelle Aufstiegsorientierung mit der Erwartung verbunden ist, die eigenen Aufstiegsziele tatsächlich verwirklichen zu können.¹³

Abb. 6: Erwartung an die eigene soziale Mobilität



Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

11 Statistisches Bundesamt (2026).

12 Damit tendieren die Befragten bei dieser Frage insgesamt stärker zur Mitte als im Deutschland-Monitor 2025, wo gefragt wurde, ob man der eigenen Zukunft eher mit Zuversicht oder mit Sorge entgegenblickt. Der leichte Überhang der positiven Zukunftsaussicht gegenüber der negativen war aber bereits dort ersichtlich. Etwa 40 Prozent sahen in der repräsentativen Bevölkerungsbefragung des Deutschland-Monitors 2025 ihrer Zukunft zuversichtlich entgegen, 27 Prozent sahen ihr mit Sorge entgegen und 33 Prozent äußerten ambivalente Erwartungen. Wegen des unterschiedlichen Fragewortlauts und der unterschiedlichen Antwortskalierung sind die Antworten nicht direkt vergleichbar (vgl. dazu Franke et al. 2026).

13 Die berichteten bivariaten Ergebnisse wurden multivariat in linearen Regressionsanalysen geprüft.

Der wichtigste Zusammenhang zeigt sich beim Alter der Befragten. Jüngere Menschen unter 30 Jahren blicken besonders häufig optimistisch auf ihre eigene soziale Mobilität: Etwa sieben von zehn (71 %) erwarten, dass sich ihre soziale Position in den kommenden zehn Jahren verbessern wird. Demgegenüber gehen insbesondere Personen über 45 Jahren mehrheitlich davon aus, dass sich an ihrem gegenwärtigen sozialen Status wenig verändern wird. Gleichzeitig ist der Anteil derjenigen, die einen gesellschaftlichen Abstieg erwarten, in der Altersgruppe der über 45-Jährigen mit 19 Prozent überdurchschnittlich hoch (Abb. 7).¹⁴

Der Zusammenhang zwischen Alter und erwarteter sozialer Mobilität entspricht den Befunden anderer Studien (z. B. Weiss et al. 2022, 269). In jüngeren Lebensabschnitten sind Bildungs- und Karrierewege oftmals noch nicht vollständig beschritten, mögliche Statusziele wie z. B. Wohneigentum oder berufliche Qualifikationen wurden oftmals noch nicht (vollständig) erreicht. Wie gezeigt (vgl. Abschnitt 2.2), ist in diesem Alter auch die individuelle Aufstiegsorientierung höher. In der zweiten Phase des Erwerbslebens tritt in der Regel eine Konsolidierung der Lebensverhältnisse ein und berufliche Wechsel werden seltener. Zugleich können Personen in mittleren Erwerbsphasen stärker von negativen Folgen wirtschaftlicher Transformationen oder anderen externen Belastungen betroffen sein, da ihre beruflichen und sozialen Positionen stärker gefestigt sind (z. B. Graf et al. 2024). Gleichzeitig wollen viele – vor allem in den älteren Bevölkerungsgruppen – nicht unbedingt weiter aufsteigen: Ein bedeutender Teil der Befragten ist mit dem eigenen sozialen Status einverstanden (s. o. „Statusgenügsamkeit“, vgl. Abschnitt 2.1). Tatsächlich geht diese Gruppe der „Genügsamen“ auch mit überdurchschnittlich großer Mehrheit davon aus, dass sich an ihrem derzeitigen Lebensstandard nichts ändern wird. Insofern ist die in älteren

Bevölkerungsgruppen weit verbreitete Statusgenügsamkeit mit der mehrheitlich geteilten Erwartung eines auch in Zukunft gleichbleibenden sozialen Status verbunden (Hürtgen & Voswinkel 2012; Voswinkel 2019). Neben dem Alter zeigen die statistischen Modelle zudem einen signifikanten Geschlechterzusammenhang, wonach Männer im Durchschnitt eine etwas pessimistischere Zukunftserwartung haben. Der Bildungsstand der Befragten weist einen schwachen positiven Zusammenhang mit der erwarteten sozialen Mobilität auf.

Auch sozioökonomische Merkmale stehen nur begrenzt mit der Erwartung eigener sozialer Mobilität in Zusammenhang. Hinsichtlich des Netto-Äquivalenzeinkommens zeigt sich ein schwacher Zusammenhang: Personen aus einkommensschwächeren Haushalten erwarten überdurchschnittlich häufig eine negative Entwicklung ihres sozialen Status. Werden jedoch zusätzlich Werte und Einstellungen berücksichtigt (wie Aufstiegsorientierung und wahrgenommene soziale Durchlässigkeit), verliert dieser Zusammenhang seine statistische Signifikanz.

Bemerkenswert ist zudem, dass soziale Herkunftsindikatoren – darunter ein eigener oder elterlicher Migrationshintergrund sowie der Bildungs- und Berufsstatus der Eltern – keinen signifikanten Zusammenhang mit den Erwartungen an die eigene soziale Mobilität zeigen.

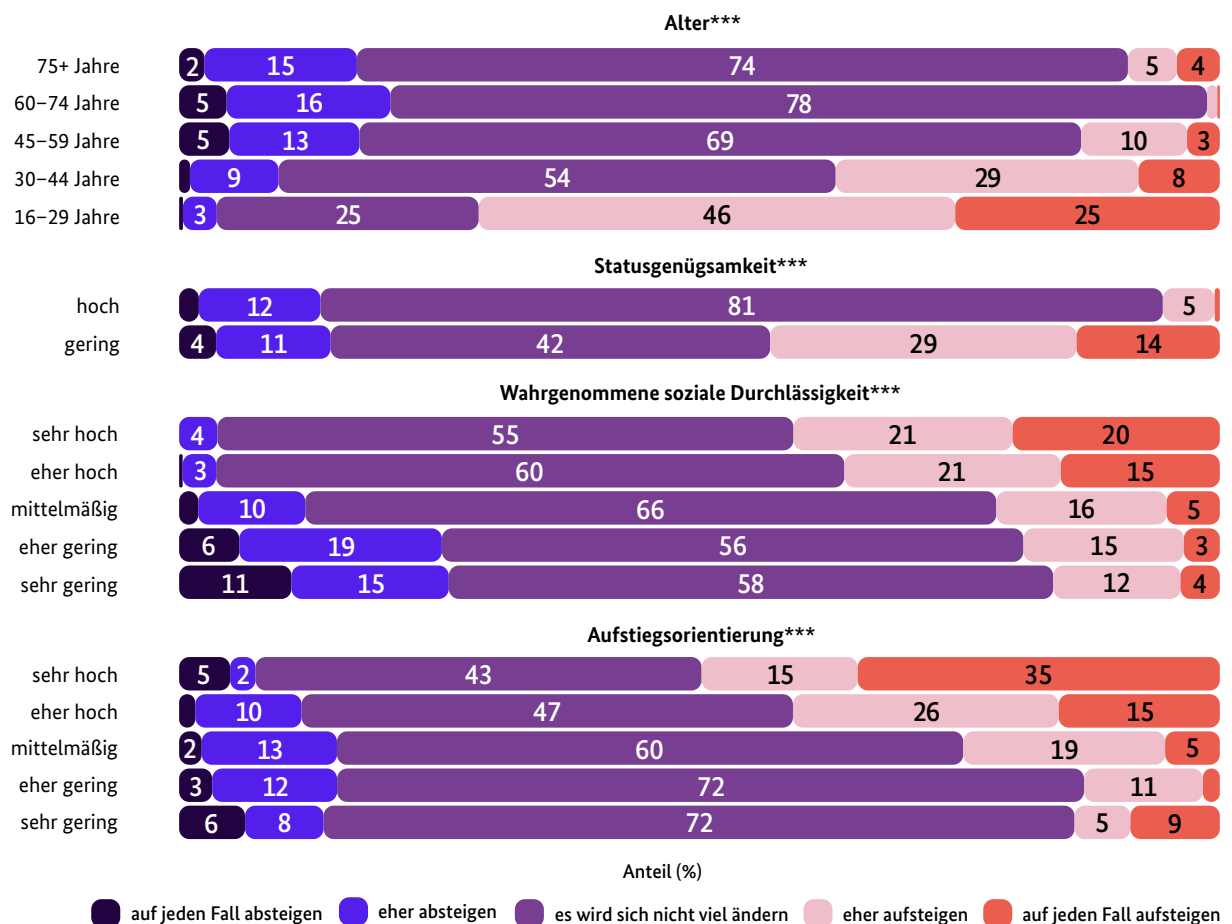
Neben soziodemografischen und sozioökonomischen Merkmalen zeigen sich Bezüge zwischen gesellschaftlichen Einstellungen, individuellen Orientierungen und der erwarteten sozialen Mobilität (Abb. 7). Aufschlussreich ist dabei, wie persönliche Aufstiegsorientierung und Mobilitätserwartung zusammenhängen: Wer dem sozialen Aufstieg mehr Bedeutung beimisst, rechnet auch eher damit, in den kommenden zehn Jahren selbst aufzusteigen.

14 Für die älteren Altersgruppen ist es oftmals schwierig, Erwartungen in einer 10-Jahres-Perspektive zu äußern, wie auch die Rückmeldungen einzelner Befragter zeigen. Daher müssen die Ergebnisse in diesen Altersgruppen mit Vorsicht interpretiert werden.

Darüber hinaus spielt die Selbstwirksamkeit eine Rolle – also das Vertrauen darauf, Herausforderungen bewältigen und das eigene Leben auch in schwierigen Situationen aus eigener Kraft steuern zu können (Franke et al. 2026, 53). Entsprechend der bisherigen Forschung ist zu erwarten, dass Menschen mit höherer

Selbstwirksamkeit eher davon ausgehen, ihre Ziele durch eigenes Handeln erreichen zu können (Judge & Kammeyer-Mueller 2012). Die statistischen Analysen bestätigen diesen erwarteten positiven Zusammenhang zwischen Selbstwirksamkeit und Mobilitätserwartung.

Abb. 7: Erwartete soziale Mobilität nach unterschiedlichen Erklärungsfaktoren



Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Werte unter 2 Prozent wurden zur besseren Lesbarkeit nicht beschriftet. Signifikanzniveaus: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$. Die Gruppe mit „sehr hoher“ Aufstiegsorientierung muss wegen der kleinen Gruppengröße ($n = 77$) mit Vorsicht interpretiert werden.

Genauso wie für die Aufstiegsorientierung erweist sich die wahrgenommene soziale Durchlässigkeit Deutschlands auch für die eigene soziale Mobilitätserwartung als wichtiger Faktor: Befragte, die der Meinung sind, dass „gesellschaftlicher Aufstieg in Deutschland [...] grundsätzlich möglich [ist]“ und „Leute wie ich und meine Familie eine gute Chance [haben], ihren Lebensstandard zu erhöhen“, gehen auch eher davon aus, selbst in den

nächsten zehn Jahren einen sozialen Aufstieg zu realisieren. Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind somit prägend für die eigenen Erwartungen, weshalb im Folgenden der Fokus auf die gewünschten und wahrgenommen Bedingungen des gesellschaftlichen Aufstiegs gerichtet wird.

3 Ideal und wahrgenommene Wirklichkeit sozialen Aufstiegs

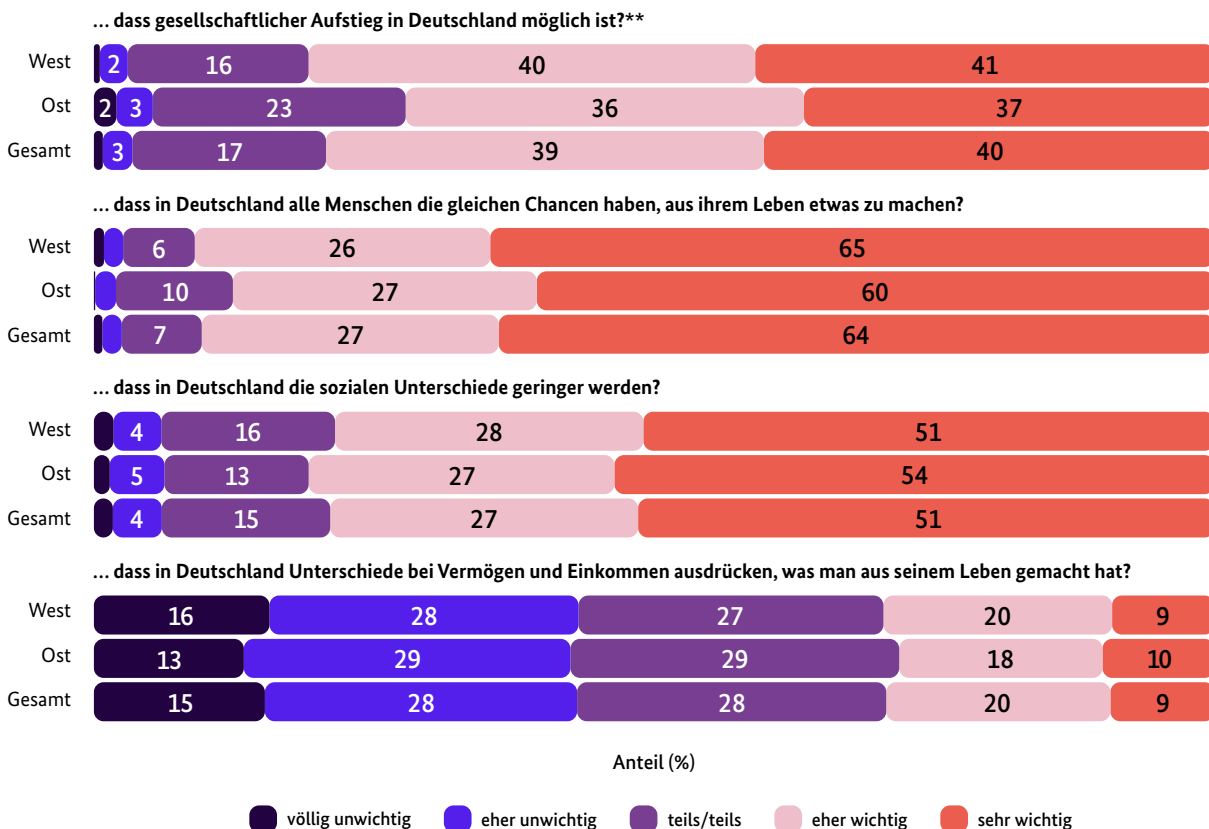
3.1 Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit als normative Leitvorstellungen

Die individuellen Erwartungen an gesellschaftlichen Aufstieg hängen nicht allein von persönlichen Ambitionen ab, sondern auch davon, wie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wahrgenommen werden. Entscheidend ist dabei u. a., welche Vorstellungen von Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit in der Bevölkerung bestehen.

Die Überzeugung, dass gesellschaftlicher Aufstieg in Deutschland grundsätzlich für alle möglich sein sollte, ist in Ost- und Westdeutschland stark ausgeprägt: Für 73 Prozent

der Ostdeutschen und 81 Prozent der Westdeutschen ist es „sehr“ oder zumindest „eher wichtig“, dass die soziale Leiter für Aufwärtsbewegungen für alle offen ist (Abb. 8). Noch breiter ist die Zustimmung zur allgemeinen Chancengleichheit: Dass alle Menschen die gleichen Chancen haben sollten, aus ihrem Leben etwas zu machen, wird bundesweit von 91 Prozent als wichtig erachtet (vgl. auch Hebenstreit et al. 2025, 43). 78 Prozent halten es für „eher“ oder „sehr wichtig“, dass die sozialen Unterschiede hierzulande geringer werden. Zwischen Ost- und Westdeutschen zeigen sich bei der Beantwortung dieser Frage nur geringfügige, statistisch nicht bedeutsame Unterschiede. Hinsichtlich der normativen Leitvorstellungen darüber, welche gesellschaftlichen Voraussetzungen sozialen Aufstieg ermöglichen sollen, herrscht somit ein breiter gesellschaftlicher Konsens.

Abb. 8: Wichtigkeit gleicher und leistungsgerechter Aufstiegs- und Lebenschancen:
Wie wichtig ist es Ihnen, ...



Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Werte unter 2 Prozent wurden zur besseren Lesbarkeit nicht beschriftet. Signifikanzniveaus: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Differenzierter fällt das Meinungsbild aus, wenn danach gefragt wird, ob vorhandenes Vermögen ein leistungsgerechter Ausdruck eigener Anstrengungen sein sollte. 29 Prozent halten dies für „eher“ oder „sehr wichtig“, 43 Prozent für „eher“ oder „völlig unwichtig“. Weitere 28 Prozent nehmen bei der Abwägung eine mittlere Position ein. Das Ergebnis deutet darauf hin, dass ein großer Teil in der Abwägung mehr Wert auf Gleichheit als auf eine leistungsgerechte Verteilung von Wohlstand legt.

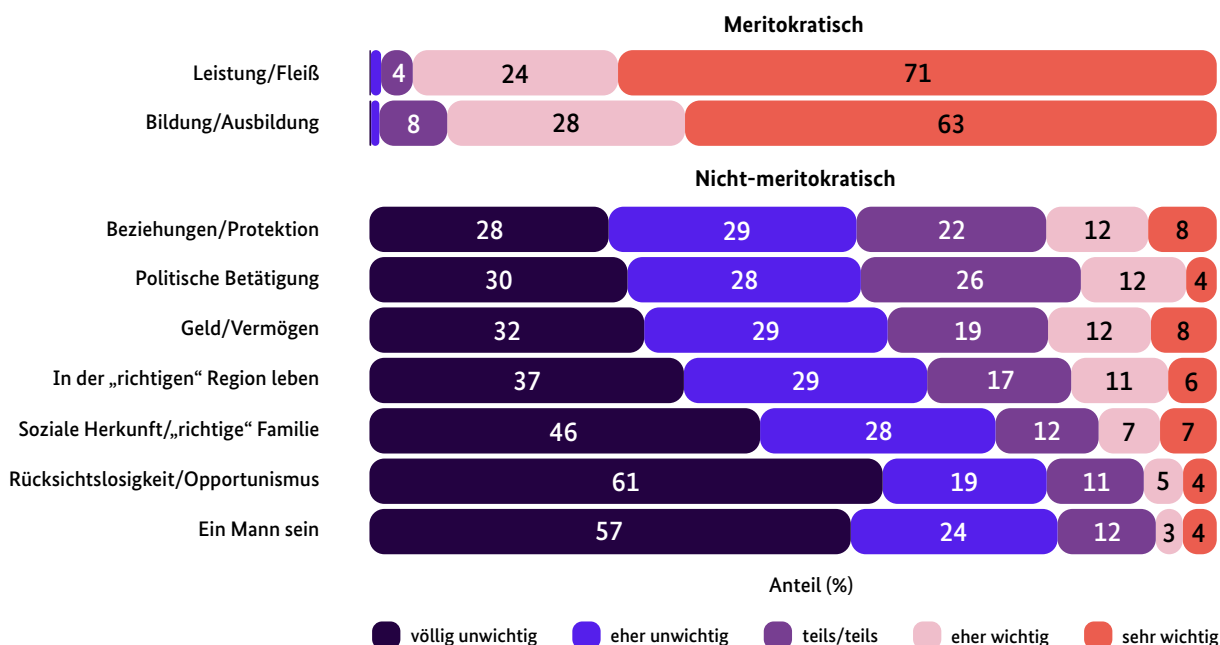
3.2 Faktoren für den gesellschaftlichen Aufstieg

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, welche Faktoren nach Auffassung der Bevölkerung für gesellschaftlichen Aufstieg tatsächlich ausschlaggebend sind und welche aus ihrer Sicht darüber bestimmen sollten. Anknüpfend an Konzepte meritokratischer, d. h. auf persönlich zurechenbarer Leistung basierender

Aufstiegsmechanismen werden im Folgenden unterschiedliche mögliche Bestimmungsgründe für gesellschaftlichen Aufstieg untersucht.¹⁵ Hierzu werden leistungsbezogene (meritokratische) und nicht-leistungsbezogene Einflussgrößen sowohl hinsichtlich ihrer normativen Erwünschtheit (Soll-Dimension) als auch ihrer wahrgenommenen tatsächlichen Bedeutung (Ist-Dimension) gegenübergestellt (Abb. 9; Abb. 10; Abb. 11). Im Mittelpunkt steht hierbei die Frage, inwieweit bestimmte Faktoren als erwünschte Grundlage für sozialen Aufstieg angesehen werden und zugleich als tatsächlich wirksam gelten.

Die Ergebnisse des Deutschland-Monitors 2026 zeigen, dass die Befragten in ihren normativen Vorstellungen deutlich zwischen leistungsbezogenen und nicht-leistungsbezogenen Aufstiegs-kriterien unterscheiden.

Abb. 9: Normativ erwünschte Aufstiegsfaktoren (Soll-Dimension)



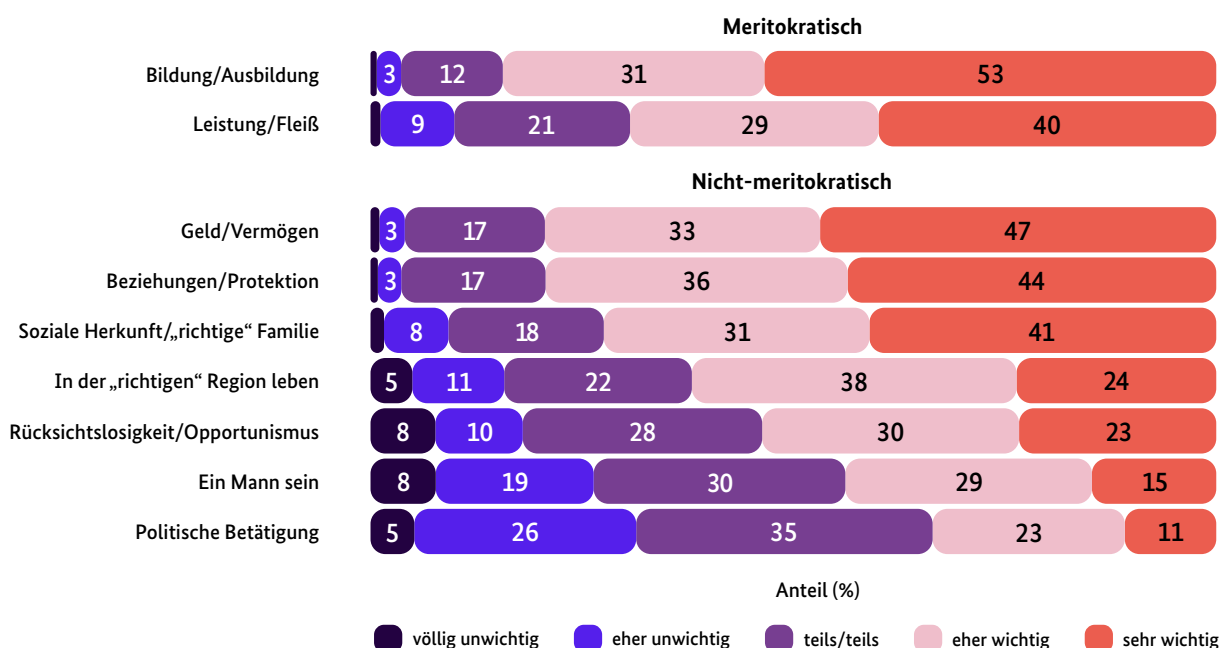
Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Werte unter 2 Prozent wurden zur besseren Lesbarkeit nicht beschriftet.

¹⁵ Meritokratische Faktoren erheben dabei den Anspruch auf Legitimität, während nicht-meritokratische Faktoren auch als illegitime Aufstiegsmechanismen gelten können, vgl. u. a. Turner 1960; Sandberger 1983.

Wie Abb. 9 veranschaulicht, hat die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung eine klare Präferenz dafür, dass sozialer Aufstieg hierzulande auf nachgewiesener eigener Leistung gründen sollte. So erfahren Leistung und Fleiß (95 %) sowie Qualifikation durch Bildung und Ausbildung (91 %) jeweils eine sehr hohe Zustimmung in der Bevölkerung. Demgegenüber werden die erfassten nicht-leistungsbezogenen Faktoren mehrheitlich als unerwünschte Grundlagen gesellschaftlichen Aufstiegs bewertet. Die höchste Ablehnung besteht gegenüber einer Relevanz des Geschlechts (81 %), eines rücksichtslosen und opportunistischen Verhaltens (80 %) sowie familialer Startvorteile (Herkunft, „richtige“ Familie: 74 %). Etwas differenzierter fallen die Bewertungen von regionaler Herkunft („richtige“ Region: 66 %), von Geld und Vermögen (61 %), von politischer Betätigung (58 %) sowie von Beziehungen und Protektion (57 %) als Aufstiegsfaktoren aus. Zwar ist auch hier jeweils die Mehrheit der Auffassung, dass diese Faktoren für gesellschaftlichen Aufstieg „eher“ oder „sehr unwichtig“ sein sollten. Gleichzeitig lehnt jedoch ein erheblicher Teil der Befragten ihre Bedeutung nicht grundsätzlich ab.

Bei der Einschätzung der tatsächlich förderlichen Bestimmungsgründe für sozialen Aufstieg verschieben sich die Gewichte teils erheblich (Abb. 10). Einerseits wird zwar den meritokratischen Faktoren Leistung und Fleiß (69 %) sowie insbesondere Bildung und Ausbildung (84 %) mehrheitlich eine hohe Bedeutung für gesellschaftlichen Aufstieg zugeschrieben. Andererseits finden sich jedoch auch nicht-leistungsbezogene Einflussfaktoren wie Geld und Vermögen (80 %), Beziehungen und Protektion (80 %) sowie Herkunft und „richtige“ Familie (72 %) in der Spitzengruppe der wahrgenommenen Aufstiegsfaktoren. Demgegenüber wird den übrigen nicht-leistungsbezogenen Faktoren eine geringere tatsächliche Bedeutung zugeschrieben: So erreichen Rücksichtslosigkeit bzw. opportunistisches Verhalten (53 %) und das männliche Geschlecht als Aufstiegsfaktoren (44 %) deutlich niedrigere Werte; auch wenn diese Faktoren dennoch von (fast) der Hälfte der Befragten genannt werden. Nur ein Drittel (34 %) ist hingegen der Auffassung, dass politische Betätigung ein tatsächlich relevanter Faktor für den sozialen Aufstieg ist.

Abb. 10: Wahrgenommene Aufstiegsfaktoren (Ist-Dimension)



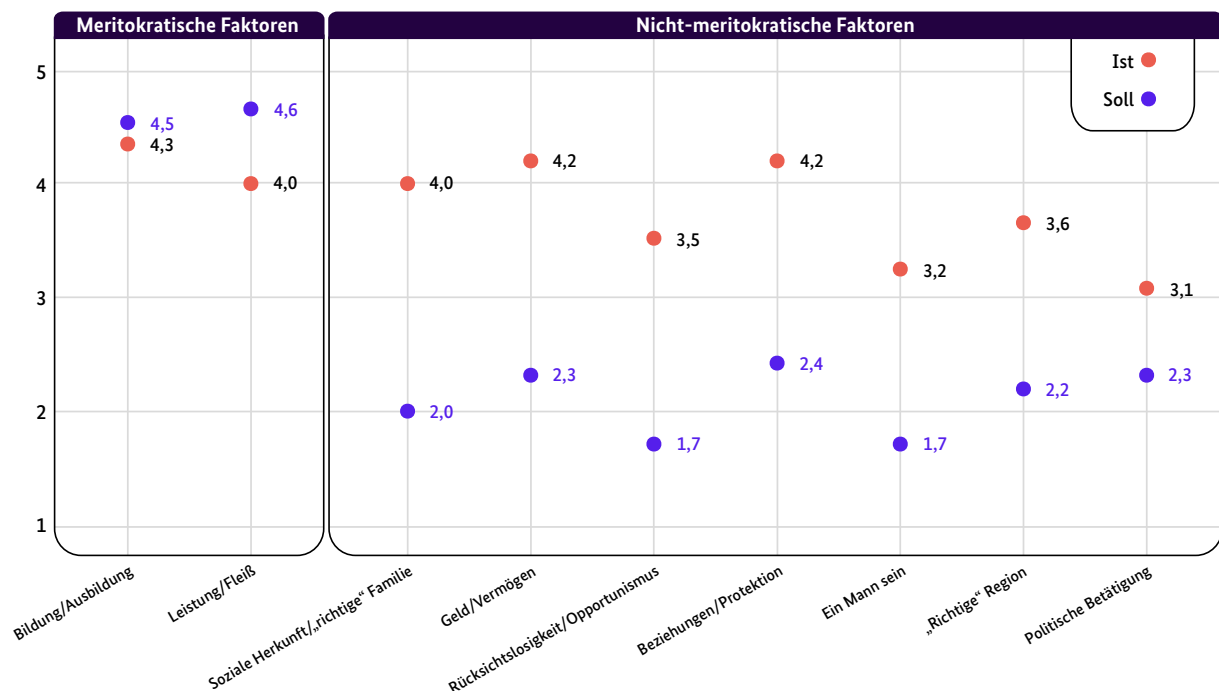
Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Werte unter 2 Prozent wurden zur besseren Lesbarkeit nicht beschriftet.

Besonders aufschlussreich ist die Gegenüberstellung der Soll- und Ist-Einschätzungen (Abb. 11), da sie sichtbar macht, inwieweit die Bevölkerung eine Diskrepanz zwischen normativen Vorstellungen und der wahrgenommenen Realität gesellschaftlicher Aufstiegschancen erkennt. Für leistungsbezogene Faktoren fallen diese Unterschiede vergleichsweise gering aus: Leistung und Fleiß sowie insbesondere Bildung und Ausbildung werden sowohl als wünschenswerte als auch als tatsächlich wirksame Grundlagen gesellschaftlichen Aufstiegs eingeschätzt. Deutlich größere Abweichungen zeigen sich hingegen bei nicht-leistungsbezogenen Faktoren. Besonders ausgeprägt ist die wahrgenommene Diskrepanz bei sozialer Herkunft, Geld und Vermögen sowie Beziehungen und Protektion. Diese Faktoren werden von den Befragten demnach als deutlich

einflussreicher wahrgenommen, als sie es ihrer Auffassung nach sein sollten.

Die Ergebnisse verweisen damit auf eine zentrale Spannung in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufstiegschancen in Deutschland. Einerseits sind leistungsbezogene Prinzipien wie Leistung, Fleiß und Bildung weiterhin zentrale normative Bezugspunkte. Sie werden nicht nur als wünschenswerte Grundlagen gesellschaftlichen Aufstiegs angesehen, sondern auch als tatsächlich wirksame Faktoren eingeschätzt. Andererseits nimmt ein großer Teil der Bevölkerung wahr, dass auch soziale, materielle und familiäre Ressourcen den gesellschaftlichen Aufstieg beeinflussen, obwohl diesen aus ihrer Sicht eine geringere Bedeutung zukommen sollte.

Abb. 11: Soll-Ist-Verhältnis der Aufstiegsfaktoren



Anmerkung: Abgebildet sind die arithmetischen Mittelwerte auf einer Skala von 1 (völlig unwichtig) bis 5 (sehr wichtig).

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Bevölkerung gesellschaftlichen Aufstieg in Deutschland weiterhin stark mit Leistung, Fleiß und Bildung verbindet. Diese meritokratischen Prinzipien werden nicht nur als

wünschenswerte Grundlage gesellschaftlichen Aufstiegs betrachtet, sondern auch als tatsächlich wirksame Faktoren eingeschätzt. Gleichzeitig besteht eine deutliche Diskrepanz zwischen normativen Vorstellungen und der

Wahrnehmung gesellschaftlicher Realität: Viele Befragte nehmen wahr, dass soziale Herkunft, materielle Ressourcen und soziale Beziehungen einen größeren Einfluss auf Aufstiegschancen haben, als dies aus ihrer Sicht der Fall sein sollte. Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufstiegsmöglichkeiten ist damit durch eine Spannung geprägt zwischen einem hohen Anspruch an Leistungsorientierung einerseits und der Einschätzung andererseits, dass nicht-leistungsbezogene Ressourcen weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Um diese unterschiedlichen Dimensionen der wahrgenommenen Diskrepanz systematisch zu erfassen, werden die einzelnen Soll-Ist-Differenzen zu zwei Dimensionen¹⁶ zusammengefasst: einem wahrgenommenen Defizit leistungsbezogener Aufstiegsprinzipien (1) und einem wahrgenommenen Übergewicht nicht-leistungsbezogener Aufstiegsfaktoren (2). Im Folgenden wird untersucht, wie sich diese beiden unterschiedlichen wahrgenommenen Spannungen in der Bevölkerung verteilen und welche Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen sichtbar werden.

- (1) Die erste Dimension erfasst, in welchem Maße Befragte den Eindruck haben, dass Leistung, Fleiß und Bildung weniger zählen, als sie sollten. Fast die Hälfte (48 %) der Bevölkerung nimmt ein solches Erfüllungsdefizit leistungsbezogener Aufstiegsprinzipien wahr. Demgegenüber sind etwa 15 Prozent der Ansicht, dass Leistung und Bildung heutzutage zu viel ins Gewicht fallen. Etwas mehr als ein Drittel der Befragten (37 %) sieht keine größere Erfüllungslücke.

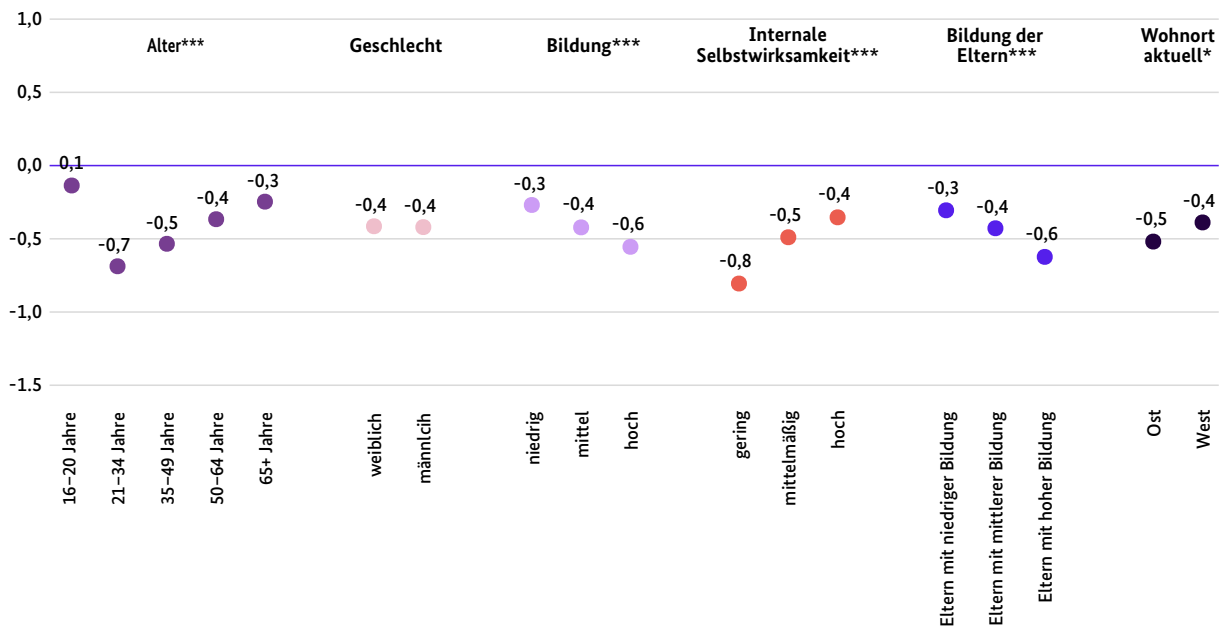
Abb. 12 zeigt die Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen hinsichtlich des wahrgenommenen Defizits leistungsbezogener Aufstiegsprinzipien.¹⁷ Besonders deutlich treten Unterschiede nach Alter und Bildung hervor. Hinsichtlich des Alters zeigt sich ein differenziertes Muster: Während die jüngsten Befragten sowie die über 65-Jährigen die Verwirklichung leistungsbezogener Aufstiegsprinzipien vergleichsweise positiv bewerten, nehmen insbesondere die 21- bis 34-Jährigen eine größere Diskrepanz zwischen gewünschter und tatsächlicher Bedeutung von Leistung und Bildung wahr. Mit zunehmendem Alter sinkt die wahrgenommene Erfüllungslücke tendenziell. Dieser Alterseffekt bleibt auch im multivariaten Modell bestehen.

Auch die formale Bildung spielt eine Rolle. Höher gebildete Befragte nehmen häufiger ein Defizit leistungsbezogener Aufstiegsprinzipien wahr als Personen mit niedrigerem oder mittlerem Bildungsniveau. Besonders ausgeprägt ist dieser Zusammenhang bei der sozialen Herkunft: Personen aus akademischen Elternhäusern weisen deutlich höhere Werte auf als Befragte aus Herkunftsfamilien mit niedrigem Bildungsniveau.

Demgegenüber zeigen sich nur geringe Unterschiede zwischen Frauen und Männern sowie zwischen Ost- und Westdeutschland. Ein deutlicher Zusammenhang zeigt sich hingegen mit der wahrgenommenen Selbstwirksamkeit. Befragte mit geringer Selbstwirksamkeit nehmen wesentlich häufiger ein Defizit leistungsbezogener Aufstiegsmöglichkeiten wahr als Personen mit hoher Selbstwirksamkeit.

16 Die Faktorenanalyse der Soll-Ist-Differenzen bestätigt eine zweidimensionale Struktur der wahrgenommenen Diskrepanzen zwischen normativen Vorstellungen und wahrgenommener Realität gesellschaftlicher Aufstiegschancen. Der Faktor „politische Betätigung“ lässt sich nicht eindeutig zuordnen und wird deshalb in die weiteren Analysen nicht mit aufgenommen.

17 Die dargestellten Mittelwertvergleiche (ANOVA) dienen der deskriptiven Einordnung der Zusammenhänge. Berichtet werden ausschließlich Befunde, die sich auch unter Kontrolle der übrigen Einflussgrößen im multivariaten Modell als robust erweisen. Einzelne Kontrollvariablen oder theoretisch bedeutsame Merkmale werden ergänzend berichtet, auch wenn sie multivariat keinen eigenständigen Effekt aufweisen. Dazu zählt z. B. der Wohnort in Ost- oder Westdeutschland.

Abb. 12: Soll-Ist-Unterschiede leistungsbezogener Aufstiegsfaktoren, nach Gruppen

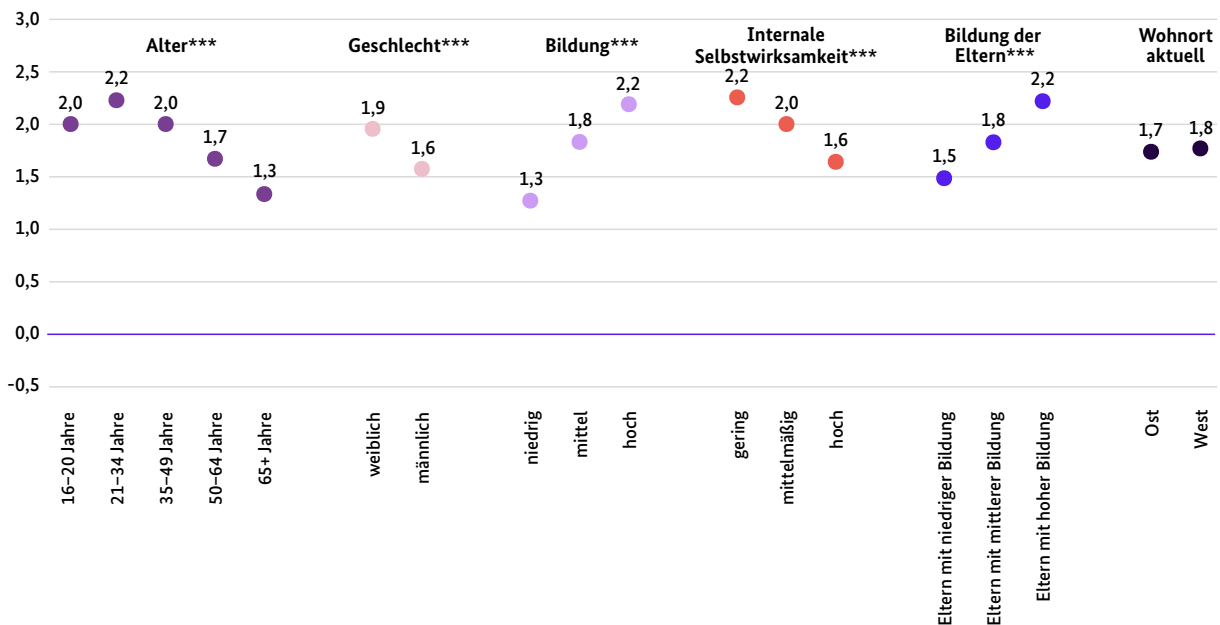
Anmerkung: Abgebildet sind die arithmetischen Mittelwerte auf einer Skala von -4 (meritokratische Faktoren sind in Wirklichkeit viel weniger wichtig, als sie sein sollten) bis +4 (meritokratische Faktoren sind in Wirklichkeit viel wichtiger, als sie sein sollten). Niedrigere Werte bedeuten demnach ein höheres meritokratisches Defizit. Ein Wert nahe 0 bedeutet, dass Wunsch und tatsächliche Bedeutung übereinstimmen. Signifikanzniveaus: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

(2) Die zweite Dimension bildet ab, in welchem Umfang nicht-leistungsbezogene Faktoren wie Herkunft, Vermögen oder Beziehungen als zu einflussreich wahrgenommen werden. Hinsichtlich dieses wahrgenommenen Übergewichts nicht-leistungsbezogener Aufstiegsfaktoren zeigt sich ein anderes Muster: So empfindet eine bedeutende Mehrheit der Bevölkerung (85 %), dass diese Faktoren einen zu großen Einfluss auf das gesellschaftliche Vorankommen haben. Lediglich 9 Prozent meinen, dass diese Faktoren ein zu geringes Gewicht haben.

Abb. 13 veranschaulicht die Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen hinsichtlich des wahrgenommenen Übergewichts nicht-leistungsbezogener Aufstiegsfaktoren. Auch hier zeigt sich ein Zusammenhang mit dem Alter, wobei dieser anders als beim wahrgenommenen Defizit leistungsbezogener Prinzipien nahezu linear verläuft: Mit zunehmendem Alter werden nicht-leistungsbezogene Einflussfaktoren weniger kritisch bewertet. Lediglich die jüngste Altersgruppe weicht von diesem Muster ab. Deutliche Unterschiede zeigen sich

zudem nach Bildung und sozialer Herkunft: Befragte mit höherer formaler Bildung nehmen ein stärkeres Übergewicht nicht-leistungsbezogener Aufstiegsfaktoren wahr als Personen mit niedrigerer Bildung. Ebenso bewerten Personen aus Herkunftsfamilien mit niedrigem Bildungsniveau diese Faktoren weniger kritisch als Befragte aus akademischen Haushalten.

Auch die Selbstwirksamkeit steht mit der Wahrnehmung nicht-leistungsbezogener Aufstiegsmechanismen in Zusammenhang: Je stärker der Glaube an die eigenen Fähigkeiten, desto weniger ausgeprägt ist die Wahrnehmung eines Übergewichts solcher Faktoren. Zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich hingegen keine nennenswerten Unterschiede. Insgesamt wird die Wahrnehmung einer verzerrten Aufstiegsordnung somit vor allem durch Alter, Bildungsniveau, soziale Herkunft und Selbstwirksamkeit geprägt.

Abb. 13: Soll-Ist-Unterschiede nicht-leistungsbezogener Aufstiegsfaktoren, nach Gruppen

Anmerkung: Abgebildet sind die arithmetischen Mittelwerte auf einer Skala von -4 (nicht-meritokratische Faktoren sind in Wirklichkeit viel weniger wichtig, als sie sein sollten) bis +4 (nicht-meritokratische Faktoren sind in Wirklichkeit viel wichtiger, als sie sein sollten). Höhere Werte bedeuten demnach ein größeres Übermaß nicht-meritokratischer Faktoren. Ein Wert nahe 0 bedeutet, dass Wunsch und tatsächliche Bedeutung übereinstimmen. Signifikanzniveaus: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Insgesamt zeigen die Analysen, dass die Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufstiegschancen in Deutschland von einer grundlegenden Spannung geprägt ist: Einerseits sind leistungsbezogene Prinzipien wie Bildung, Qualifikation und eigene Anstrengung weiterhin zentrale Bezugspunkte für gesellschaftlichen Aufstieg. Andererseits nimmt ein großer Teil der Bevölkerung wahr, dass auch nicht-leistungsbezogene Ressourcen wie Herkunft, Vermögen oder soziale Beziehungen die Aufstiegschancen beeinflussen. Dieses Spannungsfeld zeigt sich auch darin, dass zwar eine knappe Mehrheit (52 %) der Aussage zustimmt, gesellschaftlicher Aufstieg in Deutschland sei „grundsätzlich möglich“, gleichzeitig jedoch ein bedeutender Teil der Befragten dieser Aussage zumindest in Teilen skeptisch gegenübersteht. Dabei zeigen sich nur geringe Ost-West-Differenzen: Ostdeutsche stimmen der Aussage etwas seltener zu (49 % im Gegensatz zu 53 % der Westdeutschen); knapp ein Fünftel (18 %) von ihnen hält es nicht für möglich, in Deutschland gesellschaftlich aufzusteigen. In Westdeutschland teilt nur jeder Achte (12 %) diese pessimistische Sichtweise. Der damit zum Ausdruck gebrachte

Eindruck einer geringen sozialen Durchlässigkeit hängt systematisch mit der Wahrnehmung eines meritokratischen Defizits zusammen – also eines Übergewichts nicht-meritokratischer Aufstiegsfaktoren und Privilegien.

In welchem Maße diese Diskrepanz wahrgenommen wird, unterscheidet sich zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und hängt insbesondere mit Alter, Bildung, sozialer Herkunft und Selbstwirksamkeit zusammen. Die Frage, wie gesellschaftlicher Aufstieg in Deutschland ermöglicht und bewertet wird, betrifft damit nicht nur individuelle Chancen, sondern auch die gesellschaftliche Vorstellung davon, welchen Stellenwert Aufstieg und soziale Mobilität insgesamt haben.

4

Kollektive Aufstiegsorientierung

Während bisher die individuelle Aufstiegsorientierung im Mittelpunkt stand, richtet sich der Blick nun auf die kollektive Aufstiegsorientierung und damit auf die Einstellungen

zum gesamtgesellschaftlichen Fortschritt. Im Zentrum steht die Frage, welche Bedeutung die Menschen dem Vorankommen der Gesellschaft als Ganzes beimessen, wie sie die Entwicklung Deutschlands im Vergleich zur Vergangenheit und mit Blick auf die Zukunft bewerten, ob sie das gesellschaftliche Fortschrittsversprechen als eingelöst ansehen und welchen Akteuren sie eine Verantwortung für gesellschaftliche Auf- und Abstiege zuschreiben.

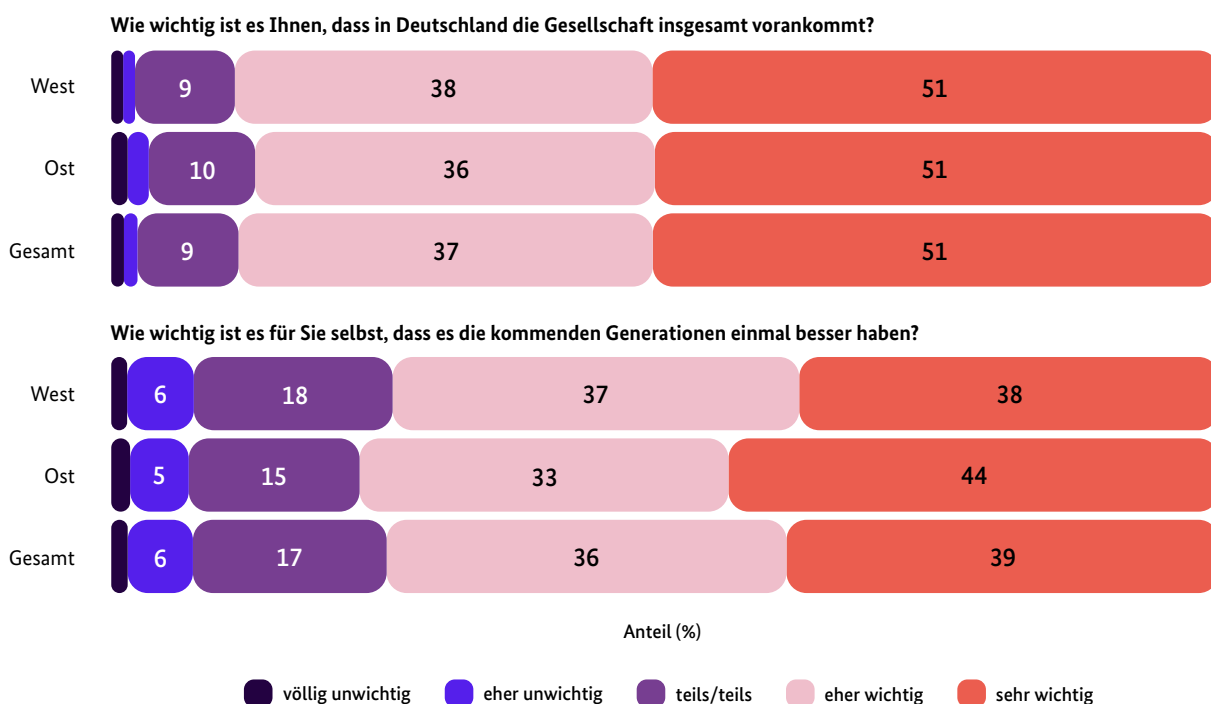
4.1 Wie ausgeprägt ist die kollektive Aufstiegsorientierung?

Wie wichtig ist es den Menschen in Deutschland gegenwärtig, dass die Gesellschaft insgesamt vorankommt? Die Ergebnisse des Deutschland-Monitors 2026 zeigen einen bemerkenswert breiten Konsens: Knapp neun von zehn Befragten halten dies für „sehr“ oder „eher wichtig“. Ablehnende Haltungen spielen mit lediglich 3 Prozent praktisch keine Rolle, während 9 Prozent eine mittlere Position einnehmen. Die Zustimmung ist dabei über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg außerordentlich hoch. Zwischen Ost- und Westdeutschland

bestehen ebenso wenig Unterschiede wie zwischen Altersgruppen oder nach sozialer Herkunft (Abb. 14).

Etwas differenzierter fallen die Antworten auf die Frage aus, wie wichtig es ist, dass es kommenden Generationen einmal besser geht. Drei Viertel der Befragten halten dies für „sehr“ oder „eher wichtig“. Weitere 17 Prozent antworten mit „teils/teils“, während lediglich 8 Prozent diese Zielsetzung für eher oder überhaupt nicht wichtig halten. Der Wunsch nach besseren Lebensbedingungen für künftige Generationen wird damit zwar ebenfalls von einer deutlichen Mehrheit geteilt, erreicht jedoch nicht die nahezu einhellige Zustimmung, die dem allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt entgegengebracht wird. Zugleich zeigen sich hier erste Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen: Im Ausland geborene Personen messen diesem Ziel eine etwas höhere Bedeutung bei. Gleiches gilt für Menschen, die sich Sorgen um einen Abstieg machen. Hingegen gibt es nur geringe Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen (siehe Abb. 14).

Abb. 14: Kollektiver Fortschritt: Bedeutung für die Gesellschaft und kommende Generationen



Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Werte unter 2 Prozent wurden zur besseren Lesbarkeit nicht beschriftet. Signifikanzniveaus: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

4.2 Auf- und Abstiege in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Um zu verstehen, wie die Befragten kollektive Auf- und Abstiege über die Zeit hinweg wahrnehmen, lohnt sich ein Blick auf die zeitliche Dimension. Dabei stehen drei Fragen im Mittelpunkt: Wird das gesellschaftliche Fortschrittsversprechen rückblickend als eingelöst wahrgenommen? Wie beurteilen die Menschen die gegenwärtige Entwicklung? Und welche Erwartungen verbinden die Menschen in Bezug auf den Fortschritt für die nachfolgenden Generationen?

Bei dem Blick in die Vergangenheit zeigt sich zunächst ein ausgesprochen positives Bild (Abb. 15). Rund 70 Prozent der Befragten geben an, dass in der Generation ihrer Eltern mehr Menschen auf- als abgestiegen sind. Lediglich 5 Prozent nehmen für diese Zeit überwiegend Abstiege wahr, während etwa ein Viertel davon ausgeht, dass sich Auf- und Abstiege die Waage hielten. Die Vergangenheit wird somit mehrheitlich als eine Zeit des gesellschaftlichen Aufstiegs in Deutschland wahrgenommen. Westdeutsche nehmen diesen historischen Aufstieg dabei noch etwas deutlicher wahr als Ostdeutsche, was sich mit den unterschiedlichen historischen Verläufen in der BRD und der DDR deckt.¹⁸

Für die Gegenwart verändert sich dieses Bild deutlich. Nur 22 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass es heute mehr Auf- als Abstiege gibt. Demgegenüber nehmen 41 Prozent gegenwärtig eine stärkere gesellschaftliche Abwärtsdynamik wahr. Besonders Menschen mit geringerem Einkommen äußern diese Wahrnehmung. Mit Blick auf die Zukunft fällt die Bewertung noch deutlich pessimistischer aus. Lediglich jeder zehnte Befragte erwartet künftig mehr Auf- als Abstiege, während fast

sieben von zehn (69 %) davon ausgehen, dass gesellschaftliche Abstiege überwiegen werden.

Vergleichsweise optimistisch äußern sich lediglich im Ausland geborene Personen, die sowohl die Gegenwart als auch die Zukunft positiver einschätzen als der Bevölkerungsdurchschnitt.

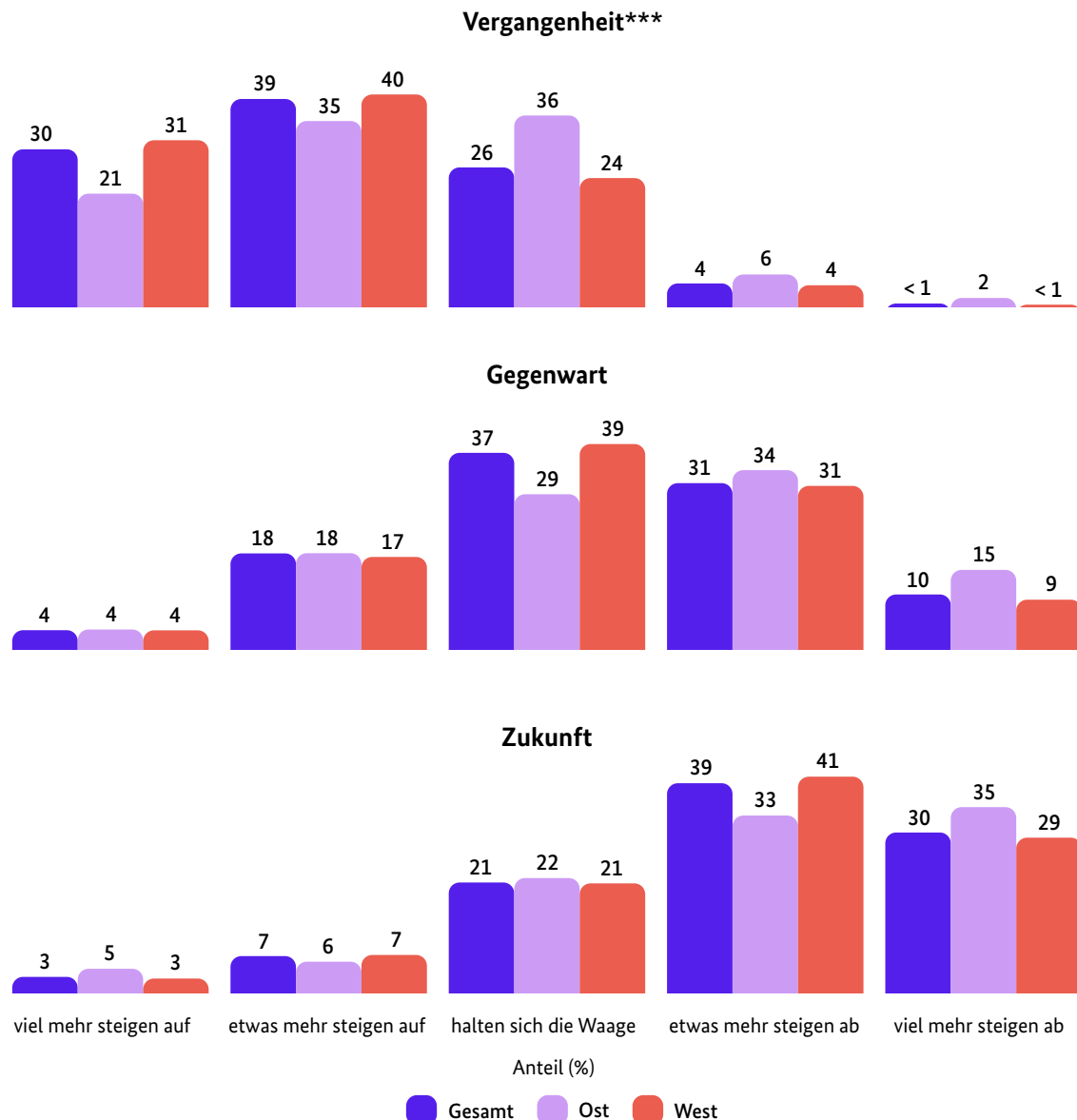
In einer weiteren Frage bestätigen sich die generellen Zukunftssorgen: Zwei Drittel der Befragten (67 Prozent) glauben nicht, dass es kommenden Generationen besser gehen wird. Gleichzeitig denkt fast die Hälfte (44 Prozent), dass es früheren Generationen schlechter ging. Zunächst scheint das dem positiven Blick in die Vergangenheit zu widersprechen, aber es zeichnet ein sehr dynamisches Bild der wahrgenommenen Mobilität über die letzten Jahrzehnte: Während es früheren Generationen schlechter zu gehen schien, konnten diese dennoch größtenteils aufsteigen. Menschen über 60 Jahren bewerten die Ausgangslage früherer Generationen besonders kritisch. Dies lässt sich gut durch die Entbehrungen der Kriegs- und frühen Nachkriegsjahre erklären, die zumindest deren Elterngeneration, teils aber auch sie selbst, noch durchlebt haben. Für die Zukunft wird hingegen trotz des heute höheren Wohlstandsniveaus mehrheitlich eine gesellschaftliche Abwärtsentwicklung erwartet (vgl. auch Franke et al. 2026, 124). Das gesellschaftliche Fortschrittsversprechen wird damit rückblickend überwiegend als eingelöst, für die Zukunft jedoch zunehmend als gefährdet wahrgenommen.

4.3 Verantwortlichkeiten für Auf- und Abstiege

Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Auf- und Abstiege ist eng mit der Frage verbunden, wem eine Verantwortung für diese Entwicklungen zugeschrieben wird. Die Ergebnisse zeigen,

¹⁸ Diese Befunde fügen sich in zentrale Erkenntnisse der Forschung ein. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wird für Westdeutschland häufig als Phase eines breiten gesellschaftlichen Aufstiegs beschrieben. Der von Beck (2016) geprägte Begriff des „Fahrstuhleffekts“ verweist auf den allgemeinen Wohlstandsgewinn, von dem weite Teile der Gesellschaft profitierten. Zugleich folgten die Aufstiegsmuster in der alten Bundesrepublik und der DDR keineswegs gleichen Mustern. Während es für Jahrgänge bis 1940 in der DDR mehr Chancengleichheit gab als in der alten BRD, galt das für Jahrgänge ab 1960 nicht mehr und weniger Menschen stiegen auf (Mayer & Solga 1994).

Abb. 15: Wahrgenommene kollektive Auf- und Abstiegstrends



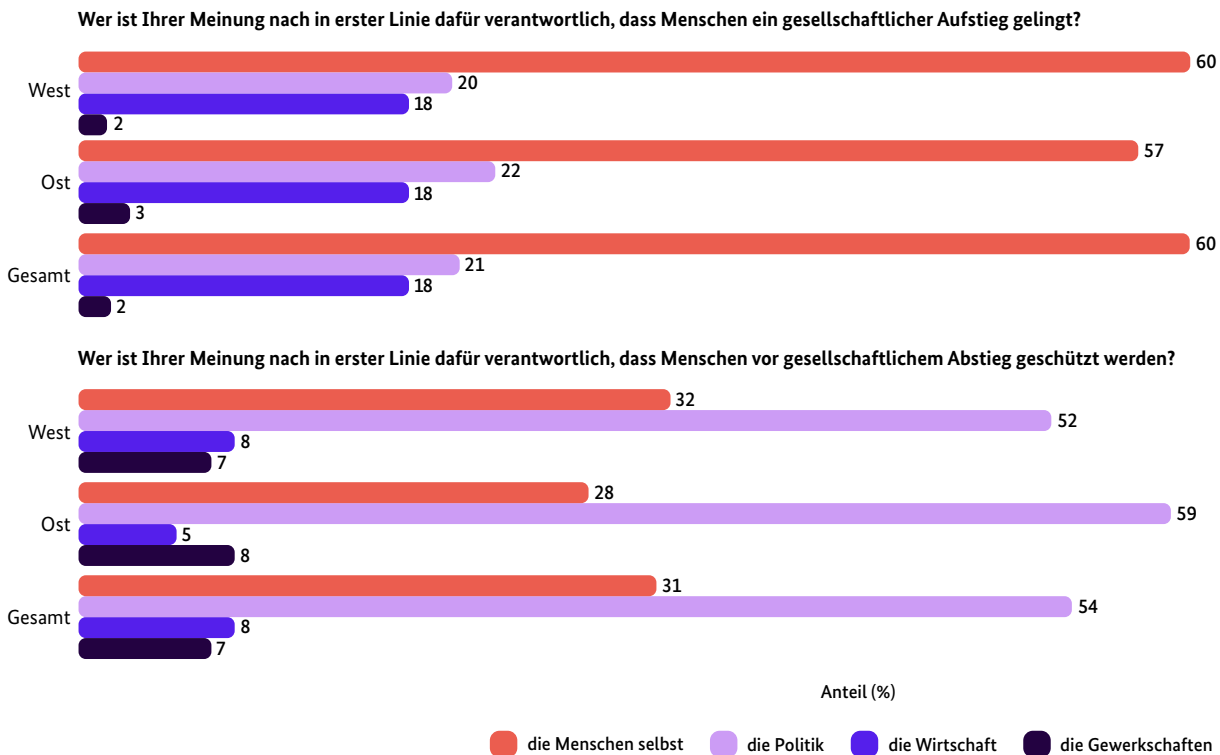
Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Der originale Fragewortlaut ist: „Was denken Sie, wie entwickeln sich Auf- und Abstiege in Deutschland? Wir betrachten dabei drei Zeitbezüge (Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft). Bitte sagen Sie uns jeweils, ob viel mehr Menschen aufsteigen, etwas mehr Menschen aufsteigen, sich Auf- und Abstiege die Waage halten, etwas mehr Menschen absteigen oder viel mehr Menschen absteigen. (1) Wie war das früher (Elterngeneration)? (2) Wie ist das heutzutage? (3) Wie wird das in Zukunft sein?“ Signifikanzniveaus: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

hier eine bemerkenswerte Asymmetrie: Die Verantwortung für gesellschaftlichen Aufstieg wird überwiegend bei den Einzelnen gesehen während der Schutz vor gesellschaftlichem Abstieg stärker als Aufgabe kollektiver Akteure verstanden wird (Abb. 16).

So dominiert beim gesellschaftlichen Aufstieg der Gedanke der Eigenverantwortung: 60 Prozent der Befragten sehen in erster Linie

die Menschen selbst in der Pflicht, einen gesellschaftlichen Aufstieg zu erreichen. Politik (21 %) und Wirtschaft (18 %) folgen erst mit großem Abstand. Gewerkschaften spielen diesbezüglich mit zwei Prozent praktisch keine Rolle.

Ein gegensätzliches Bild zeichnet sich bei der Frage ab, wer dafür verantwortlich ist, gesellschaftlichen Abstieg zu verhindern. Mehr als die Hälfte der Befragten (54 %) sieht nun die

Abb. 16: Verantwortungszuschreibungen für Auf- und Abstiege

Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt

Politik in der Hauptverantwortung, Menschen vor einem sozialen Abstieg zu schützen. Nur noch etwa ein Drittel sieht primär die Individuen selbst in der Pflicht. Nur ein kleiner Anteil (8 % bzw. 7 %) erachtet die Wirtschaft oder die Gewerkschaften als hauptverantwortlich.

Zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich nur geringe Unterschiede. Insbesondere hinsichtlich der Verantwortung für gesellschaftlichen Aufstieg stimmen die Befragten in beiden Landesteilen weitestgehend überein. So ist die starke Betonung der Eigenverantwortung in beiden Landesteilen gleichermaßen ausgeprägt. Anders verhält es sich jedoch beim Schutz vor dem sozialen Abstieg. Zwar sehen sowohl Ost- als auch Westdeutsche hier primär die Politik in der Pflicht, doch bei der genaueren Abwägung der Zuständigkeiten offenbart sich ein feiner, aber statistisch bedeutsamer Unterschied: Wenn es darum geht, wer das Auffangnetz bilden soll, neigen Ostdeutsche im Vergleich zu Westdeutschen noch stärker dazu, die Politik in die Pflicht zu nehmen.

Die Ergebnisse verweisen damit auf zwei unterschiedliche Verantwortungslogiken: Während gesellschaftlicher Aufstieg vor allem als Ergebnis individueller Leistung und Anstrengung verstanden wird, wird der Schutz vor sozialem Abstieg stärker als Aufgabe staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen betrachtet. Vereinfacht gesagt: Erfolg wird eher individualisiert, während die Risiken sozialen Abstiegs stärker kollektiv abgesichert werden sollen. Diese Befunde schließen an frühere Ergebnisse des Deutschland-Monitors an. So zeigte der Deutschland-Monitor 2024, dass die ohnehin hohe Erwartungshaltung gegenüber dem Staat bei der Absicherung individueller Lebensrisiken weiter zugenommen hat (Hebenstreit et al. 2025). Auch der Deutschland-Monitor 2025 verwies darauf, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung erwartet, dass gesellschaftliche Herausforderungen und Transformationsprozesse aktiv durch staatliches Handeln adressiert werden (Franke et al. 2026).

5

Zentrale Ergebnisse**1. Sozialer Aufstieg ist wichtig, aber kein breit geteiltes Lebensziel**

Individueller sozialer Aufstieg besitzt für die Bevölkerung in Deutschland eine gewisse Bedeutung, ist aber kein breit geteiltes Lebensziel. 38 Prozent der Befragten geben an, dass ihnen gesellschaftlicher Aufstieg wichtig ist, während ihm ein ähnlich großer Anteil keine besondere Bedeutung beimisst. Fast drei Viertel der Befragten legen hohen Wert auf Bildungsaufstieg und berufliche Qualifikation. Eine Mehrheit zielt zudem auf materielle Sicherheit durch Einkommen und Vermögen, während das Streben nach höherem gesellschaftlichen Status, Einfluss und Macht zumeist weniger bedeutsam ist.

2. Aufstiegsorientierung nimmt mit zunehmendem Alter ab – auch weil viele mit dem Erreichten zufrieden sind

Dass ein relevanter Teil der Bevölkerung keine ausgeprägte Aufstiegsorientierung zeigt, hängt auch damit zusammen, dass viele mit ihrer aktuellen Lebenssituation zufrieden sind. Rund die Hälfte der Befragten (52 %) gibt an, mit ihrem erreichten Lebensstandard zufrieden zu sein und nicht nach „mehr“ zu streben. Besonders häufig findet sich diese Haltung bei älteren Menschen und Personen in späteren Phasen der Erwerbsbiografie, während jüngere Menschen unter 45 Jahren deutlich aufstiegsorientierter sind. Die Orientierung am Erreichten prägt damit ebenfalls die Vorstellungen vom guten Leben.

3. Sozialer Aufstieg muss mit dem Privatleben vereinbar sein

Die individuelle Aufstiegsorientierung steht für die meisten Menschen nicht im Gegensatz zum Wunsch nach einem ausgewogenen Leben. Für die überwiegende Mehrheit ist es wichtig, private Bedürfnisse mit dem Arbeitsalltag vereinbaren zu können (87 %). Fast zwei Drittel

(63 %) legen Wert darauf, dass der Beruf nicht immer an erster Stelle steht. Auch materielle Aufstiegschancen haben ihre Grenzen: Etwa die Hälfte der Befragten wäre nicht bereit, für ein höheres Einkommen auf Freizeit zu verzichten. Sozialer Aufstieg wird damit nicht ausschließlich über beruflichen Erfolg definiert, sondern eingebettet in umfassendere Vorstellungen von einem guten Leben.

4. Die Mehrheit erwartet soziale Stabilität statt Auf- oder Abstieg

Mehr als 60 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sich ihr eigener sozialer Status in den kommenden zehn Jahren kaum verändern wird. Rund ein Viertel erwartet einen sozialen Aufstieg, während nur 14 Prozent mit einem sozialen Abstieg rechnen. Individuelle Aufstiegsorientierungen finden sich häufiger bei jüngeren Menschen am Beginn ihrer Erwerbsbiografie. Hingegen erwarten insbesondere Personen, die eine geringe soziale Durchlässigkeit in Deutschland wahrnehmen, häufiger einen Abstieg.

5. Hohe Relevanz gleicher Aufstiegschancen, aber Zweifel an ihrer Verwirklichung

Der Wunsch nach einer Gesellschaft, in der Menschen unabhängig von ihren Ausgangsbedingungen aufsteigen können, ist deutlich stärker verbreitet als die persönliche Aufstiegsorientierung. Während nur ein Teil der Bevölkerung für sich selbst einen sozialen Aufstieg anstrebt, befürwortet eine große Mehrheit offene Aufstiegschancen für alle. 79 Prozent der Befragten halten es für wichtig, dass gesellschaftlicher Aufstieg in Deutschland grundsätzlich allen möglich sein sollte; 90 Prozent unterstützen den Grundsatz, dass alle Menschen dieselben Chancen haben sollten, aus ihrem Leben etwas zu machen. Zugleich ist das Vertrauen in die tatsächliche Verwirklichung dieser Ziele begrenzt: Nur jeweils etwa die Hälfte der Befragten in Ost- und Westdeutschland ist überzeugt, dass Aufstiegschancen in Deutschland auch tatsächlich für alle gleichermaßen bestehen.

6. Deutliche Spannung zwischen Aufstiegs-ideal und wahrgenommener Realität

Die Bevölkerung verbindet gesellschaftlichen Aufstieg stark mit eigener Leistung. Eine große Mehrheit ist der Auffassung, dass Aufstieg auf Anstrengung, Fleiß sowie Bildung und Qualifikation beruhen sollte: 94 Prozent bejahen Leistung und Fleiß, 91 Prozent Bildung und Ausbildung als wichtige Grundlagen gesellschaftlichen Aufstiegs. Zugleich werden diese Faktoren auch als tatsächlich wirksam wahrgenommen. Gleichzeitig zeigt sich eine deutliche Spannung zwischen dem Aufstiegs-ideal und der wahrgenommenen Realität: Viele Befragte sehen Vermögen (81 %), Beziehungen (79 %) und soziale Herkunft (75 %) als wichtige Einflussfaktoren für Aufstiegschancen, obwohl diesen Faktoren aus ihrer Sicht eine deutlich geringere Bedeutung zukommen sollte. Das Leistungsprinzip ist damit ein zentraler Maßstab für eine gerechte Aufstiegsordnung, während zugleich Zweifel bestehen, in welchem Maße Aufstiegschancen tatsächlich unabhängig von sozialen Voraussetzungen verwirklicht werden.

7. Gesellschaftlicher Fortschritt ist ein breit geteiltes Ziel

Der Wunsch nach gesellschaftlichem Fortschritt ist in der Bevölkerung Deutschlands breit verankert. Neun von zehn Befragten ist es wichtig, dass die Gesellschaft insgesamt vorankommt. Auch die Vorstellung, dass es kommenden Generationen einmal besser gehen soll, besitzt für rund drei Viertel der Befragten einen hohen Stellenwert. Die kollektive Aufstiegsorientierung und der Wunsch nach gesellschaftlicher Weiterentwicklung sind damit deutlich stärker verbreitet als die individuelle Orientierung am eigenen sozialen Aufstieg. Dieser Anspruch wird dabei von den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Ost- und Westdeutschland breit geteilt.

8. Kollektive Aufstiegserzählungen prägen die Vergangenheit, Abstiegsperspektiven hingegen den Blick in die Zukunft

Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Entwicklung unterscheidet sich deutlich nach Zeitperspektive. Der Rückblick in die Vergangenheit ist stark mit sozialem Fortschritt und einem kollektiven Aufstieg verbunden. Hingegen fallen die Einschätzungen zur gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung deutlich pessimistischer aus, da viele kollektive Abstiegssorgen äußern. 67 Prozent gehen zudem davon aus, dass kommende Generationen nicht mehr in gleichem Maße von gesellschaftlichem Fortschritt profitieren könnten.

9. Aufstieg gilt als Eigenverantwortung, Schutz vor Abstieg als Aufgabe der Politik

Bei der Frage nach der Verantwortung für soziale Mobilität zeigt sich eine deutliche Asymmetrie. 60 Prozent sind der Auffassung, dass jede und jeder für den eigenen gesellschaftlichen Aufstieg in erster Linie selbst verantwortlich ist. Geht es dagegen um den Schutz vor sozialem Abstieg, sehen lediglich 31 Prozent die Menschen selbst, aber 54 Prozent die Politik in der Verantwortung. In Ostdeutschland fällt diese Erwartung an den Staat mit 59 Prozent noch etwas stärker aus. Die Bevölkerung verbindet somit individuelle Eigenverantwortung für den Aufstieg mit einer klaren Erwartung an staatliche Verantwortung für soziale Absicherung.

ELITENMONITOR: KARRIERECHANCEN IN OSTDEUTSCHLAND STÄRKEN

Astrid Lorenz, Linus Paeth, Lars Vogel, Raj Kollmorgen,
Marion Reiser, Alexander Hentschel, Jan Schaller

Warum beeinflussen frühe Karrierefaktoren auch langfristig, ob Menschen in Spitzenpositionen aufsteigen? Welche Mechanismen und Faktoren benachteiligen Ostdeutsche in kritischen Karrierephasen? Was hat es mit den „Bewährungsproben“ und dem „Geholt- und Gefragt-Werden“ auf sich, von dem (ostdeutsche) Eliten in Befragungen berichten? Und welche Möglichkeiten gibt es, die Aufstiegschancen Ostdeutscher zu erhöhen? Antworten darauf liefert der Elitenmonitor, ein Verbundforschungsvorhaben der Universitäten Leipzig und Jena und der Hochschule Zittau/Görlitz, gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland.

1

Welche Aufstiegsfaktoren wann wichtig sind

Der Anteil Ostdeutscher in den höchsten Führungspositionen der wichtigsten Institutionen, Unternehmen und Organisationen in Deutschland liegt in vielen Bereichen weiterhin deutlich unter ihrem Bevölkerungsanteil. Nur im Bereich Politik besteht kaum noch eine Unterrepräsentation, wenn man die Landesebene mitberücksichtigt. Dies hat der Elitenmonitor gezeigt.¹ Warum Ostdeutsche in den deutschen Eliten unterrepräsentiert sind, lässt sich u. a. dann besser verstehen, wenn man die Karrieren dorthin als einen Prozess aus verschiedenen aufeinander folgenden Stufen oder Phasen betrachtet. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass der Aufstieg in Spitzen-

positionen nicht allein von einzelnen Faktoren wie Herkunft oder Bildung abhängt, sondern einen sequenziellen Verlauf darstellt, in dem **unterschiedliche Faktoren in verschiedenen Karrierephasen besonders relevant** werden.

So wirken sich Studium und Stipendium vor allem zu Beginn einer Karriere vorteilhaft aus. In späteren Phasen gewinnen dagegen soziale Netzwerke, informelle Kontakte und spezifische Führungserfahrungen an Bedeutung. Obwohl einzelne Faktoren wie soziale Herkunft, Bildungsgrad oder Netzwerke den Karriereerfolg insgesamt beeinflussen, variiert ihre Bedeutung also in den unterschiedlichen Karrierephasen. Dies ist relevant für die Aufstiegsbedingungen auch von Ostdeutschen: Es gibt nicht die eine Handlungsstrategie,

¹ Siehe etwa den Beitrag „Aktuelle Ergebnisse aus dem Elitenmonitor“ im Jahresbericht 2025 der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland „35 Jahre: Aufgewachsen in Einheit?“, S. 102–106, sowie Astrid Lorenz, Lars Vogel, Raj Kollmorgen, Marion Reiser (Hg.): Die Unterrepräsentation Ostdeutscher in Spitzenpositionen in Deutschland. Dynamik, Ursachen, Handlungsoptionen. Wiesbaden: Springer 2026 (Open Access).

die dafür sorgt, dass mehr Ostdeutsche in Top-Positionen kommen, vielmehr müssen Maßnahmen an die spezifische Karrierestufe angepasst sein.

2 Karrierestufen werden selten übersprungen

Die Forschung zu Eliten in verschiedensten gesellschaftlichen Sektoren zeigte bereits in der Vergangenheit, dass Spitzenpositionen meist über kontinuierliche und geradlinige Karrieren erreicht werden. Diese Annahme gilt auch heute noch weitgehend, wie die Analyse von rund 5.000 Elitebiografien aus dem Elitenmonitor bestätigt. Hier wurde eine quantitative Sequenzanalyse von Karriereverläufen mit qualitativen Interviews verknüpft, um sowohl die Struktur von Karrierewegen als auch die Bedeutung einzelner Aufstiegsfaktoren besser zu verstehen.

Dabei bestätigt sich, dass diejenigen, die heute in Deutschland Spitzenpositionen einnehmen, selten Karrieresprünge erlebten, d. h. mehrere Hierarchieebenen übersprangen. **Die meisten Eliten begannen ihre Laufbahn klassisch auf niedrigeren Verantwortungsstufen und übernahmen im Verlauf ihrer Karriere schrittweise mehr Verantwortung.**

Dieser auf den ersten Blick möglicherweise banal erscheinende Mechanismus hat weitreichende Konsequenzen: Ein niedriger Bildungseinstieg (trotz Eignung zu einem höheren) sowie ein niedriger Karriereeinstieg danach (trotz hoher Qualifikation) behindern beispielsweise de facto den Aufstieg in hohe und höchste Karrierestufen, da gleich qualifizierte bereits Vorsprung gewinnen. Zudem ist ein langes Verharren auf einer Karrierestufe nachteilig, weil man wichtige Zeit verliert, die am Ende fehlt, um den Sprung an die Spitze zu schaffen.

Dies gilt insbesondere für die Sektoren Wirtschaft, Wissenschaft, Medien, Militär und Justiz, in denen es jeweils charakteristische Karrierepfade gibt, die von weiten Teilen der jeweiligen Eliten durchlaufen werden. Politik und durchaus auch Verwaltung (z. B. die Positionen der beamteten Staatssekretäre²) sind hingegen offener gegenüber alternativen Karriereverläufen.

3 Oft übersehen: Aufstiegsfaktoren in frühen Karrierephasen wirken lange nach

Dass Ostdeutsche bei der Besetzung von Top-Positionen weniger berücksichtigt werden, muss keine Folge dezidiert Diskriminierung sein. So sehen es auch jene Entscheiderinnen und Entscheider, die an Personalbesetzungen für Spitzenpositionen beteiligt sind. Oft sind in dem Auswahlpool von Personen, die ihnen für die zu besetzende Position qualifiziert scheinen, Ostdeutsche bereits unterrepräsentiert. Dies ist das Ergebnis ihres schrittweisen „Auströpfelns“ aus dem Rekrutierungspool für die jeweils nächsthöhere Karriereebene. Das Phänomen ähnelt dem aus der Geschlechterforschung bekannten Konzept der „leaky pipeline“³. Umso wichtiger ist es, Ostdeutsche bereits in früheren Karrierestufen auf den Aufstiegstrack zu bringen und dort zu halten.

Interviews mit Personen, die an der Auswahl von Spitzenpersonal beteiligt sind, zeigen: Faktoren, die unter Eliten nachweislich weit stärker verbreitet sind als in der Gesamtbevölkerung, werden von Recruiterinnen und Recruitern für Top-Positionen oft als weniger relevant erachtet – etwa ein Studium an bestimmten Universitäten oder die Förderung durch ein Stipendium. Der Grund dafür ist, dass diese Merkmale vor allem beim Einstieg in die Karriere oder beim Zugang zu frühen Positionen wichtig sind. Auf den höchsten Karrierestufen zählen dagegen aktuelle Leistungen, Führungs-

2 Die Positionen der beamteten Staatssekretäre werden in der Elitendatenbank dem Sektor Verwaltung zugerechnet, die Positionen der parlamentarischen Staatssekretäre dem Sektor Politik.

3 „Leaky pipeline“ erfasst, dass der Anteil von Frauen in jeder Karrierestufe abnimmt. Das Phänomen wird unterschiedlich erklärt. Siehe z. B. Margit Osterloh/Katja Rost: Exploring the leaky pipeline: Tokenism, status group effects, or self-selection?, in: European Management Review (2025). <https://doi.org/10.1111/emre.70021>

erfahrung und -netzwerke, Durchsetzungsfähigkeit und soziale Kompetenzen.

Dennoch haben **frühe Vorteile langfristige Auswirkungen, weil sie bestimmen, wer überhaupt in den Pool potenzieller Spitzenkräfte gelangt**. Wer für Spitzenpositionen die besten Köpfe unabhängig von ihrer regionalen Herkunft gewinnen und Ostdeutschen den Aufstieg erleichtern will, muss also bereits in früheren Karrierephasen ansetzen, auch wenn diese von den Bedarfen der Elitepositionen noch weit entfernt scheinen. Hier fällt auf, dass in Ostdeutschland der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigung etwa im Jahr 2024 mit 39,5 Prozent deutlich niedriger lag als in Westdeutschland (47,7 %). Das Gleiche gilt für den Anteil derjenigen, die dann tatsächlich ein Studium aufnahmen bzw. aufnehmen (bspw. 2020: 74,3 Prozent in Ostdeutschland und 80,2 Prozent in Westdeutschland).⁴ Da ein Studium de facto das Eintrittsticket für den (viel späteren) Aufstieg in höchste Entscheidungspositionen ist, wirken diese Unterschiede in die Zukunft.

4 In kritischen Karrierephasen weiterkommen

Interviews mit ostdeutschen Elite- und Subeliteangehörigen⁵ im Elitenmonitor verdeutlichen zwei besonders kritische Karrierephasen: die Bewährung in einer fordernden Aufgabe auf einer mittleren Führungsposition, durch die man seine Eignung für den weiteren Aufstieg unter Beweis stellt, und das „Geholt- und Gefragt-werden“ für den späteren Sprung in die Elite selbst.

In der ersten kritischen Karrierephase erhalten Personen anspruchsvolle Aufgaben oder Projekte, an denen sie ihre Eignung für höhere Positionen unter Beweis stellen müssen. Viele

im Elitenmonitor Befragte berichten, dass sie solche Chancen erfolgreich genutzt, aber nicht aktiv gesucht haben. Ein Schlüssel für höhere Chancen ambitionierter Ostdeutscher besteht folglich u. a. darin, dass sie **noch aktiver ihr Interesse an der Übernahme verantwortlicher Aufgaben innerhalb ihrer jeweiligen Organisation oder Branche signalisieren**, damit ihnen ebenfalls solche Aufgaben zugeteilt werden. Da es laut den Erhebungsdaten Ostdeutschen im eigenen familiären und persönlichen Umfeld oft an Karriere Vorbildern in höchsten Positionen fehlt, sind solche informellen To-dos weniger bekannt; das Wissen über Aufstiegsfaktoren beschränkt sich auf öffentlich zugängliche Quellen und die Annahme, dass Leistung zählt. Zudem werden sie zur Karriere im Nahbereich kaum ermuntert. Daher müssen sie sich stärker selbst „coachen“, zum Aufstieg motivieren sowie im weiteren Verlauf z. B. Mentoring- und Qualifizierungsmaßnahmen nutzen, um Bewährungsproben gut zu bestehen. Organisationen und Förderer sollten bei der Auswahl von Nachwuchskräften auch deren sozialstrukturelle Hintergründe und spezifische Entwicklungswege berücksichtigen, um verdecktes Führungskräftepotenzial zu entwickeln.

Für den späteren Übergang in die eigentliche Eliteposition erweist sich das Phänomen des direkten Ansprechens, Vorschlagens oder Geholt-werdens für höhere Aufgaben durch etablierte Führungskräfte als zentral, wie die Elitenmonitor-Interviews zeigten. **Voraussetzung dafür ist jedoch Sichtbarkeit von Personen innerhalb relevanter Netzwerke**. Genau hier besteht ein struktureller Nachteil für Ostdeutsche: Sie verfügen aufgrund der bis heute nachwirkenden Transformationsbrüche oft über weniger Zugang zu den entscheidenden Netzwerken und den damit verbundenen Ressourcen sozialen Kapitals. Ostdeutsche müssen sich daher aktiver um den Zugang zu Netzwerken bemühen, um ihre Aufstiegschancen zu steigern, bspw. durch eine Mitgliedschaft

4 Statistisches Bundesamt (2026): Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980–2024. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/Downloads-Hochschulen/statistischer-bericht-kennzahlen-nichtmonetaer-2110431247005.html>

5 Subelitepositionen sind direkt unterhalb von Elitepositionen angesiedelt.



und Engagement in Berufsverbänden, Parteien oder zivilgesellschaftlichen Organisationen. Diejenigen, die Top-Positionen besetzen, sollten ihrerseits die Offen- bzw. Geschlossenheit der Zugangskanäle zu relevanten Netzwerken und Positionen sowie die damit verbundene Offenheit für Diversität kritisch reflektieren und auf Verbesserungspotenziale prüfen. Dies schafft für Organisationen zugleich die Möglichkeit, den Führungskräftewettbewerb stärker leistungs- und erfahrungsbezogen zu fundieren und im Sinne der Organisationsentwicklung zu nutzen.

Hinzu kommt eine sozialgeographische Dimension: Viele Großorganisationen, Bundeseinrichtungen und die damit verbundenen Netzwerke sind in westdeutschen Zentrumsregionen konzentriert. In der zweiten kritischen Karrierephase sind aber für den weiteren Aufstieg neben dem Erwerb formaler Kompetenzen Erfahrungen in der institutionellen und räumlichen Nähe zu Führungs- bzw. Spitzenkräften in einer Konzernleitung, an einem Bundesgericht oder in der Chef-

redaktion einer überregionalen Zeitung sehr förderlich. Wer in Ostdeutschland bleibt, hat häufig geringere Möglichkeiten, entsprechende Positionen zu bekleiden oder Kontakte aufzubauen. Aufstiegsorientierte Ostdeutsche sind daher in dieser Karrierephase im Durchschnitt häufiger auf räumliche Mobilität angewiesen als Westdeutsche. Damit gehen zusätzliche Anforderungen einher, die die Karriereverläufe von Ost- und Westdeutschen unterschiedlich prägen können. Um u. a. diese Mobilitätshürde zu senken, verfolgt der Bund die Ansiedlung neuer Behörden und Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland.⁶

5

Rekrutierung flexibilisieren und diversifizieren

Für Organisationen ist es nicht selbstverständlich, überhaupt darauf zu achten, woher Personen in ihren Spitzenpositionen kommen. Solange es Hochqualifizierte gibt, die über die üblichen Kanäle rekrutiert werden können,

⁶ Seit 2021 wurden in der Fläche mehr als 30 solcher Vorhaben realisiert, verbunden mit einer primären Personalrekrutierung in den jeweiligen Regionen gemäß Art. 36 (1) GG. Weitere sind in der Planung, bspw. im Rahmen der Strukturstärkung durch das Investitionsgesetz Kohleregionen im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier. Auch das bis 2030 in Halle (Saale) geplante Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation ist Teil der Ansiedlungsstrategie.

scheint dies kein relevantes Kriterium zu sein. Da die Sensibilität für die Tücken des oben beschriebenen typischen Aufstiegsprozesses fehlt, besitzen sie kein Instrumentarium für ein frühes Scouting nach aufstiegsinteressierten und talentierten Ostdeutschen.

Primär auf Eigeninitiative zu setzen, stößt an Grenzen und hat gravierende Folgen. Auch weil Ostdeutschland „Landeskindern“ keine spezifischen Aufstiegsperspektiven bietet und Führungspositionen in vielen Sektoren noch immer überwiegend mit gebürtigen Westdeutschen besetzt sind, nahmen ganze Kohorten Ostdeutscher ihr Schicksal selbst in die Hand und wanderten ab. An ihren Geburtsorten fehlen jetzt nicht nur sie, sondern auch ihre (nun ggf. woanders geborenen) Kinder. So betrug im Wintersemester 2023/24 der Anteil der Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Ostdeutschland (ohne Berlin) erworben hatten, 9,3 Prozent.⁷ Insofern lässt sich bereits jetzt prognostizieren, dass unter den künftigen Eliten in Ostdeutschland Aufgewachsene unterrepräsentiert sein werden, wenn an dieser Stelle nicht innovativ gedacht und umgesteuert wird.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob Organisationen und das Gesamtsystem stärker für Nachteile der Unterrepräsentation sensibilisiert werden können. Ein möglicher Ansatz besteht darin, informelle Erwartungen und Karriereanforderungen transparenter zu kommunizieren, denn wie beschrieben verfügen Personen ohne Rollenvorbilder im persönlichen Nahfeld (darunter Ostdeutsche, aber auch andere unterrepräsentierte gesell-

schaftliche Gruppen) häufig über weniger Zugang zu informellem Karrierewissen. Aufgrund der starken Stufenstruktur von Karriereverläufen können besonders frühe Informations- und Positionsnachteile im weiteren Verlauf nur schwer kompensiert werden.

Bei der Besetzung von Positionen in fortgeschrittenen Karrierestufen könnten Organisationen durch die Berücksichtigung ungewöhnlicher Kompetenzprofile zusätzliche Expertise und einen größeren Pool infrage kommender Personen erschließen – und so zugleich den Benefit für die eigene Organisation erhöhen. **Regionalspezifische Wissens- und Kompetenzbestände (etwa im Umgang mit Transformationsprozessen) sind auch gesamtdeutsch von Relevanz.** Die gezielte Rekrutierung von Personen mit abweichenden Erfahrungen für Spitzenpositionen schafft zudem Rollenvorbilder, die den Aufstiegswillen und Selbstwirksamkeitsglauben auch jüngerer ostdeutscher Nachwuchstalente nachhaltig fördern können und zur Verbreitung von Know-how über den Weg dorthin beitragen. Gleichzeitig wird damit für Ostdeutschland das Problem der Abwanderung von Fachkräften gemildert.

Organisationen in Laufbahnsektoren (wie Justiz, Polizei oder Wissenschaft) könnten prüfen, ob sich die entsprechenden Regelungen flexibler auslegen lassen. Einzelne Entscheidungen zur Besetzung von Spitzenpositionen etwa in der Bundeswehr belegen, dass es durchaus Spielräume ohne Preisgabe des Prinzips der Bestenauslese gibt.⁸ Möglichkeiten der Abkürzung, des Überspringens oder der

7 Studienstiftung des deutschen Volkes, FAQs – Bewerbung und Auswahl (Punkt „Die Studienstiftung in den Bundesländern“), <https://www.studienstiftung.de/infos-fuer-studierende-und-vorschlagende/faqs-bewerbung-und-auswahl> (zuletzt abgerufen am 10.06.2026). Der Anteil der Studierenden mit einer in Ostdeutschland erworbenen Hochschulzugangsberechtigung an den Studierenden mit deutscher Staatsangehörigkeit, also ohne Berücksichtigung ausländischer Studierender, lag bei 11 Prozent (Statistisches Bundesamt 2026, a. a. O.). Der niedrige Anteil Ostdeutscher ist auch dadurch zu erklären, dass, wie oben erwähnt, in Ostdeutschland weniger Schulabsolventinnen und -absolventen ein Studium aufnehmen.

8 So wurde Christian Freuding Inspekteur des Heeres (und damit höchster Soldat im deutschen Heer), ohne Divisionskommandeur gewesen zu sein. Andreas Henne wurde Divisionskommandeur (in der Heimatschutzdivision), ohne Bataillons- oder Brigadekommandeur gewesen zu sein. Auch Nicole Schilling ist ein Beispiel für eine schnelle Bundeswehrkarriere, die möglich ist, wenn die Bedingungen stimmen.

Kompensation typischer Karriereschritte unter bestimmten Voraussetzungen – und ohne die Laufbahn- bzw. sektorale Karriereelogik ganz abzuschaffen – könnten auch die Leistungsmotivation von Personen in niedrigeren Karrierestufen deutlich steigern, wenn sie einem breiteren Personenkreis offenstünden.

Fakt ist:

Es braucht unterschiedliche Handlungsstrategien, damit mehr Ostdeutsche in Top-Positionen kommen. Die Maßnahmen müssen früh ansetzen und an die Karrierestufen angepasst sein.

Zur Vertiefung:

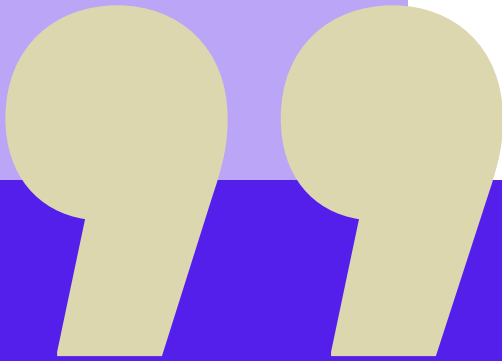
Astrid Lorenz, Lars Vogel, Raj Kollmorgen, Marion Reiser (Hg.): Die Unterrepräsentation Ostdeutscher in Spitzenpositionen in Deutschland. Dynamik, Ursachen, Handlungsoptionen. Wiesbaden: Springer 2026 (Open Access)

Und als Podcast:

<https://research.uni-leipzig.de/elitenmonitor/ergebnisse/>

Mehr zum Elitenmonitor:

<https://research.uni-leipzig.de/elitenmonitor/>



Ostdeutsche verfügen aufgrund der bis heute nachwirkenden Transformationsbrüche oft über weniger Zugang zu den entscheidenden Netzwerken und den damit verbundenen Ressourcen sozialen Kapitals.



FORTSCHREIBUNG DES BUNDESKONZEPTS „OSTDEUTSCHE IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN“ IN DER BUNDESVERWALTUNG – DATEN 2026

Bereits im Januar 2023 hat die Bundesregierung ein Konzept zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen der Bundesverwaltung beschlossen. Die derzeitige Regierungskoalition setzt dazu eine Reihe von Maßnahmen um, z. B. im Rahmen der Diversitätsstrategie der Bundesregierung, und schreibt zugleich die jährliche Langzeiterhebung zur Repräsentation Ostdeutscher in den oberen und obersten Bundesbehörden sowie in der Richterschaft fort. Damit ergänzt das Bundeskonzept den Elitenmonitor, der als Forschungsprojekt seit 2018 die Ursachen und Hürden der Unterrepräsentation untersucht und entsprechende Handlungsoptionen ableitet. Im Elitenmonitor wird die Entwicklung des Anteils von Ostdeutschen in zwölf Sektoren beleuchtet, darunter Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft, Militär und Justiz, Medien und Kultur. Ein Befund daraus: Die Karrierepfade in Verwaltung und Politik bieten vergleichsweise gute Aufstiegsmöglichkeiten.

Das ist ein positives Signal und deutet darauf hin, dass Maßnahmen greifen. In diesem Sinne wird das Bundeskonzept wie von der Regierungskoalition beschlossen fortgeschrieben. Denn eine stärkere Repräsentation von Ostdeutschen in Führungspositionen ist zum einen ein Beitrag für mehr Chancengleichheit. Zum anderen bietet sie das Potenzial, bestehende Transformationserfahrungen und vielfältige Fachexpertisen noch breiter in die Zukunftsgestaltung unseres Landes einzubeziehen.

Der Anteil der in Ostdeutschland geborenen Personen ist eine Kennziffer, anhand derer sich

beurteilen lässt, inwieweit die Maßnahmen der Bundesregierung zur Steigerung des ostdeutschen Anteils wirksam sind. Diese sind im vorangegangenen Bericht der Ostbeauftragten der Bundesregierung umfassend aufbereitet und werden ressortübergreifend sukzessive umgesetzt. Dazu gehören u. a. sensibilisierende Schulungen für Entscheidungsträgerinnen und -träger in Auswahlverfahren, Qualifizierungsprogramme für Führungskräfte und Talentscout-Kooperationen mit Hochschulen.

Die Langzeitstatistik des Arbeitsstabs der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland liefert seit 2022 ausführliche Daten und grundlegende Erkenntnisse für die Weiterentwicklung des Bundeskonzepts.

Repräsentationsstatistik 2026

An der Erhebung für das Jahr 2026 haben nunmehr 25 oberste Bundesbehörden teilgenommen. Darunter 19 Häuser der Bundesregierung sowie Verfassungsinstitutionen wie der Bundespräsident und das Bundesverfassungsgericht, der Deutsche Bundestag und der Bundesrat sowie auf gleicher Ebene der Bundesrechnungshof und der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Zudem sind Informationen zu den Führungsebenen von insgesamt 95 oberen Bundesbehörden und obersten Bundesgerichten eingeflossen. Die aktuelle Gesamtstatistik basiert auf den Daten zu 15.613 Führungskräften, Referentinnen und Referenten sowie Richterinnen und Richtern.

Herkunft der Führungskräfte in obersten Bundesbehörden: Entwicklung 2022 bis 2026 (Tabelle 1)

Oberste Bundesbehörden		Anzahl der Beschäftigten*				
Funktions- ebene	Im Jahr	Gesamt (absolut)	Davon Beschäftigte mit Geburtsort (Anteile in Prozent)			
			im Ausland	in Westdeutschland (ohne Berlin)	in Ostdeutschland (mit Berlin)	in Ostdeutschland (ohne Berlin)
Leitungsebene	2022	44	2,3	90,9	6,8	4,5
	2023	60	3,3	88,3	8,3	5,0
	2024	57	3,5	87,7	7,0	5,3
	2025	54	1,9	94,4	3,7	1,9
	2026	59	1,7	89,8	8,5	6,8
Abteilungs- leitungen	2022	184	3,8	87,5	8,7	2,7
	2023	184	4,9	86,4	8,7	2,7
	2024	217	5,1	85,7	9,2	2,8
	2025	205	3,4	87,8	8,8	5,4
	2026	224	3,1	85,7	11,2	6,7
Unterabtei- lungsleitungen	2022	375	0,8	89,6	9,6	5,6
	2023	436	3,4	86,2	10,3	6,4
	2024	527	3,2	86,5	10,2	5,1
	2025	528	3,4	84,1	12,5	8,1
	2026	506	3,8	84,2	12,1	7,9
Referats- leitungen	2022	2.391	2,8	82,1	15,1	8,2
	2023	2.442	3,8	80,7	15,5	7,8
	2024	2.937	3,8	79,7	16,5	8,7
	2025	2.867	4,1	79,1	16,7	8,8
	2026	2.817	3,8	78,6	17,6	9,3
Alle Führungs- kräfte	2022	2.994	2,2	83,5	13,9	7,5
	2023	3.122	3,8	81,9	14,3	7,3
	2024	3.738	3,8	81,2	15,0	7,8
	2025	3.654	3,9	80,6	15,5	8,4
	2026	3.606	3,7	80,0	16,3	8,9
Referentinnen und Referenten	2023	8.827	6,2	70,2	23,6	12,0
	2024	10.647	6,1	70,1	23,8	13,0
	2025	11.092	5,9	69,3	24,8	13,3
	2026	10.869	6,0	68,9	24,9	13,8

*Auch zu anderen Behörden oder Stellen abgeordnete Beschäftigte sowie beurlaubte Beschäftigte in Mutterschutz, Elternzeit und in teilweiser oder vollständiger Freistellung der ATZ.

Quelle: Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland; Daten auf Basis der Meldungen durch die Behörden. Abweichung zu 100 Prozent durch Rundung.

In den obersten Bundesbehörden sehen wir unter allen Führungskräften wiederholt einen deutlichen Anstieg von Ostdeutschen (mit Berlin) auf 16,3 Prozent im Jahr 2026 (+0,8 Pro-

zentpunkte gegenüber 2025, +2,4 Prozentpunkte gegenüber 2022). Insgesamt gilt aber weiterhin: Je höher die Führungspositionen, desto geringer der Anteil Ostdeutscher, die sie

bekleiden. Gleichwohl wird auf Leitungsebene mit 8,5 Prozent nach einem vorherigen Rückgang erneut der Höchststand aus 2023 erreicht: Fünf Ostdeutsche haben aktuell ein solches Amt inne. Bei den direkt darunter angesiedelten Abteilungsleitungen fällt die Entwicklung mit +2,4 Prozentpunkten gegenüber der letzten Datenerhebung wieder positiv aus, wodurch Ostdeutsche hier mit 11,2 Prozent repräsentiert sind. Mit einem Anteil von 12,1 Prozent liegt der Wert in den Unterabteilungsleitungen jetzt auf vergleichbarem Niveau, was auf interne Aufstiege an diesem Übergang hindeutet. Auf Ebene der Referatsleitungen steigt der Anteil

im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte auf nunmehr 17,6 Prozent. Das entspricht an diesem Leitungseinstieg bzw. dieser Sprungposition zu höheren Führungsebenen annähernd dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil von einem Fünftel. Dass unter den Referentinnen und Referenten wie im Vorjahr jede bzw. jeder Vierte aus Ostdeutschland kommt, zeigt zudem einen kontinuierlich hohen Rekrutierungseffekt in die obersten Bundesbehörden hinein.

Für die Führungsebenen der oberen Bundesbehörden sind die Personalzahlen in folgender Tabelle zusammengestellt:

Herkunft der Führungskräfte in oberen Bundesbehörden: Entwicklung 2022 bis 2026 (Tabelle 2)

Obere Bundesbehörden		Führungskräfte				
Funktions- ebene	Im Jahr	Gesamt (absolut)	mit Geburtsort (Anteile in Prozent)			
			im Ausland	in Westdeutschland (ohne Berlin)	in Ostdeutschland (mit Berlin)	in Ostdeutschland (ohne Berlin)
Behörden- leitung	2022	74	2,7	93,2	4,1	2,7
	2023	74	2,7	91,9	5,4	4,1
	2024	90	3,3	93,3	3,3	3,3
	2025	89	3,4	92,1	4,5	4,5
	2026	93	3,2	92,5	4,3	4,3
Stv. Behörden- leitung	2022	77	2,6	89,6	7,8	3,9
	2023	67	3,0	89,6	7,5	3,0
	2024	81	1,2	91,4	7,4	4,9
	2025	86	2,3	88,4	8,1	5,8
	2026	87	2,3	88,5	9,2	8,0
Abteilungs- leitung	2022	494	2,8	84,2	13,0	6,9
	2023	471	2,8	82,4	14,0	8,7
	2024	564	3,4	82,5	14,2	9,9
	2025	537	3,9	81,0	14,7	10,2
	2026	627	4,0	80,7	15,3	10,0
Alle Führungs- kräfte	2022	645	2,8	85,9	11,3	6,0
	2023	612	2,8	84,3	12,3	7,5
	2024	735	3,1	84,9	12,0	8,6
	2025	712	3,7	83,3	12,6	9,0
	2026	807	3,7	82,9	13,4	9,2

Quelle: Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland; Daten auf Basis der Meldungen durch die Behörden. Abweichung zu 100 Prozent durch Rundung.

Der Anteil Ostdeutscher (mit Berlin) in Führungspositionen der oberen Bundesbehörden hat sich seit 2022 um 2,1 Prozentpunkte erhöht und dabei sukzessive auf aktuell 13,4 Prozent entwickelt. Damit kommen im Jahr 2026 erstmals mehr als 100 Führungskräfte in diesen Institutionen aus Ostdeutschland. Den größten Anteil und Anstieg gibt es im Bereich der Abteilungsleitungen. Dort beträgt der derzeitige Anteil der Ostdeutschen mittlerweile 15,3 Prozent, das entspricht einem Plus von 2,3 Prozentpunkten gegenüber dem Beginn der Erhebungen im Jahr 2022. Vergleichbar mit den obersten Bundesbehörden zeigen sich ebenso abgeschwächte Mobilitätseffekte in Richtung höchste Ebenen: Unter den Behördenleitungen

und ihren Stellvertretungen sind aktuell nur 4,3 bzw. 9,2 Prozent der Führungskräfte ostdeutscher Herkunft. Während die Repräsentation unter Ersteren de facto stagniert, nimmt sie bei Letzteren zumindest um 1,1 Prozentpunkte zu. Auf zwei von drei Funktionsebenen gibt es somit eine leicht positive Entwicklung. Eine gleichwertige Vertretung entsprechend ihres Bevölkerungsanteils von rund 20 Prozent erscheint jedoch noch entfernt.

Der dritte Bereich, die Repräsentation Ostdeutscher in der Richterschaft an den obersten Bundesgerichten, ist in folgender Tabelle dargestellt:

Landmannschaftliche Zugehörigkeit und Geburtsort der Richterschaft an den obersten Bundesgerichten: Entwicklung 2022 bis 2026 (Tabelle 3)

Bundesrichterschaft		Richterinnen und Richter						
	Im Jahr	mit landmannschaftlicher Zugehörigkeit zu (Anteile in Prozent)			mit Geburtsort in ... (Anteile in Prozent)			
		Westdeutschland (ohne Berlin)	Ostdeutschland (mit Berlin)	Ostdeutschland (ohne Berlin)	im Ausland	in Westdeutschland (ohne Berlin)	in Ostdeutschland (mit Berlin)	in Ostdeutschland (ohne Berlin)
Vorsitzende Richterinnen und Richter	2022	80,0	20,0	11,1	0	95,6	4,4	2,2
	2023	79,6	20,4	12,2	0	95,9	4,1	2,0
	2024	78,8	21,2	17,3	0	98,1	1,9	1,9
	2025	76,5	23,5	11,8	2,0	96,1	2,0	2,0
	2026	75,5	22,4	16,3	2,0	93,9	4,1	2,0
Richterinnen und Richter	2022	80,4	19,6	12,7	1,0	91,4	7,6	5,5
	2023	79,9	20,1	14,4	1,1	89,8	9,2	6,3
	2024	81,0	19,0	13,4	1,0	88,6	10,3	8,3
	2025	82,1	17,9	10,0	0,7	89,3	10,0	8,3
	2026	82,6	17,4	12,8	1,4	86,9	11,7	9,9
Alle Richterinnen und Richter	2022	80,4	19,6	12,5	0,9	92,0	7,1	5,1
	2023	79,9	20,1	14,1	0,9	90,7	8,4	5,7
	2024	80,7	19,3	14,0	0,9	90,1	9,1	7,3
	2025	81,2	18,8	10,3	0,9	90,3	8,8	7,3
	2026	81,6	18,1	13,3	1,5	87,9	10,6	8,8

Quelle: Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland; Daten auf Basis der Meldungen durch die Behörden. Abweichung zu 100 Prozent durch Rundung.

Der Anteil von Richterinnen und Richtern mit Geburtsort in Ostdeutschland (mit Berlin) ist an obersten Bundesgerichten im Vergleich zum vergangenen Jahr auf allen Ebenen gestiegen: Unter den Vorsitzenden um 2,1 und bei den Richterinnen und Richtern allgemein um 1,7 Prozentpunkte. Insgesamt stieg der Anteil um 1,8 Prozentpunkte und liegt damit erstmals seit Erhebungsstart deutlich über der 10-Prozent-Marke. Ursächlich dafür ist jedoch nicht allein die gestiegene Anzahl an Bundesrichterinnen und Bundesrichtern mit Geburtsort in Ostdeutschland (2026: 35, 2025: 30; mit Berlin), sondern auch ein Rückgang bei der Gesamtzahl der gemeldeten Bundesrichterinnen und -richter (2026: 331, 2025: 341). Die landsmannschaftliche Zugehörigkeit zu den ostdeutschen Flächenländern (ohne Berlin) nahm im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls zu, unter allen Richterämtern um 3 Prozentpunkte auf aktuell 13,3 Prozent; bei den Vorsitzenden sogar um 4,5 Prozentpunkte auf nun 16,3 Prozent. Währenddessen ist sie mit Berlin insgesamt leicht zurückgegangen auf 18,1 Prozent (-0,7 Prozentpunkte) bzw. 22,4 Prozent (-1,1 Prozentpunkte) bei den Vorsitzenden.

Zusammenfassung und Ausblick

In der Gesamtschau sind Ostdeutsche in Führungspositionen der obersten Bundesbehörden im Vergleich zu ihrem Anteil an der Bevölkerung weiterhin unterrepräsentiert. Allerdings zeichnet sich ein deutlich positiver Trend ab. Ein ähnliches Bild zeigt sich in den oberen Bundesbehörden: Während in den Spitzenpositionen langfristig noch kein Durchbruch festzustellen ist, steigt der Anteil von Beschäftigten mit ostdeutscher Herkunft auf den operativen Leitungsebenen weiter an, was für Aufwärtsmobilität spricht. Bei der Richterschaft an den obersten Bundesgerichten muss sich noch herausstellen, ob die Entwicklung des letzten Jahres verstetigt werden kann.

Die aktuelle Erhebung dient als eine Grundlage für die künftige Fortschreibung des Bundeskonzepts in der laufenden Legislaturperiode. Die neuen Daten sind ein Anzeichen dafür, dass die Maßnahmen an mehreren Aufstiegs- bzw. Sprungpositionen und in der Rekrutierung neuer Fachkräfte Wirkung entfalten. Um diesen Effekt zu unterstützen, wird sich die Bundesregierung auch in den kommenden Jahren die stärkere Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen zur Aufgabe machen.

Die nächste statistische Erfassung folgt zum Stichtag 30. Juni 2027.

LITERATUR

KURZBERICHT DEUTSCHLAND-MONITOR 2026

Baier, Dirk; Hadjar, Andreas (2004): Wie wird Leistungsorientierung von den Eltern auf die Kinder übertragen? Ergebnisse einer Längsschnittstudie. In: Zeitschrift für Familienforschung, 16 (2), S. 156–177.

Beck, Ulrich (2016): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Berlin: Suhrkamp.

Becker, Rolf; Blossfeld, Hans-Peter; Mayer, Karl Ulrich (2024): Socio-economic change and intergenerational class mobility: A dynamic analysis of the experiences of West Germans born between 1929 and 1971. In: Research in Social Stratification and Mobility 92.

Bourdieu, Pierre (2006): Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. 17. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Breen, Richard; Müller, Walter (2020): Education and Intergenerational Social Mobility in Europe and the United States. Stanford University Press.

Bukodi, Erzsébet; Paskov, Marii; Nolan, Brian (2020): Intergenerational Class Mobility in Europe: A New Account. In: Social Forces 98 (3). S. 941–972.

Destin, Mesmin; Debrosse, Régine (2017): Upward social mobility and identity. In: Current opinion in psychology 18, S. 99–104.

Droste, Luigi (2024): Zwischen Persistenz und Wandel: Deutungen sozialen Aufstiegs im Zeitverlauf. In: Nina Baur und Jürgen Beyer (Hg.): Wirtschaft und soziale Ungleichheit. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 17–41.

El-Mafaalani, Aladin (2012): BildungsaufsteigerInnen aus benachteiligten Milieus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Franke, Helene; Hebenstreit, Jörg; Holtmann, Everhard; Jaeck, Tobias; Pollak, Reinhard; Reiser, Marion, et al. (2026): Deutschland-Monitor 2025: Gesellschaftliche und politische Einstellungen. Themenschwerpunkt: Wie veränderungsbereit ist Deutschland? Berlin, Halle (Saale), Jena, Mannheim.

Graf, Anita; Mücke, Anja; Dornemann, Susanne (2024): Der berufliche Lebenszyklus. In: Anita Graf, Anja Mücke und Susanne Dornemann (Hg.): Lebenszyklusorientierte Personalentwicklung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 165–263.

Hammermann, Andrea; Stettes, Oliver (2024): Verwaiste Chefsessel in deutschen Unternehmen. Einflussfaktoren auf die Karriereambitionen von Beschäftigten – Eindrücke aus dem IW-Personalpanel und der IW-Beschäftigtenbefragung 2023. Institut der Deutschen Wirtschaft. Köln. Online verfügbar unter: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2024/IW-Report_2024-F%C3%BChrungspositionen.pdf, Zugriff am 30.07.2026.

Hebenstreit, Jörg; Holtmann, Everhard; Jaeck, Tobias; Pollak, Reinhard; Reiser, Marion; Sand, Matthias; Zissel, Pierre (2025): Deutschland-Monitor 2024: Gesellschaftliche und politische Einstellungen. Themenschwerpunkt: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Berlin, Halle (Saale), Jena, Mannheim.

Hertel, Florian R.; Groh-Samberg, Olaf (2019): The Relation between Inequality and Intergenerational Class Mobility in 39 Countries. In: American Sociological Review 84 (6), S. 1099–1133.

Heuer, Jan-Ocko; Lux, Thomas; Mau, Steffen; Zimmermann, Katharina (2020): Legitimizing Inequality. In: *Comparative Sociology* 19 (4-5), S. 542–584.

Hradil, Stefan (2016): Soziale Ungleichheit, soziale Schichtung und Mobilität. In: Hermann Korte und Bernhard Schäfers (Hg.): *Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 247–275.

Judge, Timothy A.; Kammeyer-Mueller, John D. (2012): On the value of aiming high: the causes and consequences of ambition. In: *The Journal of applied psychology* 97 (4), S. 758–775.

Kaufmann, Franz-Xaver (2003): *Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Mayer, Karl Ulrich (1975): *Ungleichheit und Mobilität im sozialen Bewusstsein*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Mayer, Karl Ulrich; Solga, Heike (1994): Mobilität und Legitimität. Zum Vergleich der Chancenstrukturen in der alten DDR und der alten BRD oder: Haben Mobilitätschancen zu Stabilität und Zusammenbruch der DDR beigetragen? Ralf Dahrendorf zum 65. Geburtstag. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46 (2), S. 193–208.

Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. 2. Aufl. Berlin: Suhrkamp.

Pietrzyk, Irena; Neumeyer, Sebastian (2025): Der bemerkenswerte Bildungsaufstieg von Studierenden mit Migrationshintergrund: ein Streben nach Statusmaximierung. In: Christina Möller, Frerk Blome und Julia Reuter (Hg.): *Sozialer Aufstieg durch Bildung? Theoretische Zugänge, empirische Einsichten*. Beltz Juventa: Weinheim; Basel, S. 122–143.

Pollak, Reinhard (2018): Soziale Mobilität. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): *Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn, S. 262–271.

Sandberger, Johann-Ulrich (1983): Zwischen Legitimation und Kritik. Vorstellungen von Akademikern, Studenten und Bevölkerung zur sozialen Ungleichheit. In: *Zeitschrift für Soziologie* 12 (3), S. 181–202.

Seifert, Karl H.; Bergmann, Christian (1983): Deutschsprachige Adaptation des Work Values Inventory von Super: Ergebnisse bei Gymnasiasten und Berufstätigen. In: *Psychologie und Praxis* 27 (4), S. 160–172.

Statistisches Bundesamt (Hg.) (2026): *Langfristige Wirtschaftsentwicklung in Deutschland*. Online verfügbar unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/BIP-Langfristig.html>, Zugriff am 24.07.2026.

Turner, Ralph H. (1960): Sponsored and contest mobility and the school system. In: *American sociological review* 25 (6), S. 855–867.

Voswinkel, Stephan (2019): Aufstiegsorientierung und -verweigerung: Umgang mit sozialer Ungleichheit. Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe „Gesellschaftliche Bedeutung subjektiver Arbeitsaneignungen.“ In: Nicole Burzan (Hg.): *Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen: Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018*. Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS).

Weiss, David; Greve, Werner; Kunzmann, Ute (2022): Responses to social inequality across the life span: The role of social status and upward mobility beliefs. In: *International Journal of Behavioral Development* 46 (4), S. 261–277.

Weiß, Anja; Nussbaum Bitran, Ilana (2019): Migration, Sozialstruktur und Ungleichheit in Deutschland und Europa. In: Antje Röder und Darius Zifonun (Hg.): *Handbuch Migrationssoziologie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 1–33.

AUTORINNEN UND AUTOREN

KURZBERICHT DEUTSCHLAND-MONITOR 2026

Judith Gabler, M.A.

GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Data and Research on Society

Dr. Jörg Hebenstreit

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. Dr. Everhard Holtmann

Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Dipl.-Soz. Tobias Jaeck

Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Prof. Dr. Reinhard Pollak

Institut für Soziologie an der Universität Mannheim und GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Data and Research on Society

Prof. Dr. Marion Reiser

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Dr. Matthias Sand

GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Survey Design and Methodology

Pierre Zissel, M.A.

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

KURZBERICHT DEUTSCHLAND-MONITOR 2026

Abb. 1: Wichtigkeit gesellschaftlichen Aufstiegs	83
Abb. 2: Bedeutung unterschiedlicher Aspekte des gesellschaftlichen Aufstiegs	84
Abb. 3: Einstellungen zu unterschiedlichen Lebensorientierungen	86
Abb. 4: Aufstiegsorientierung nach soziodemografischen Merkmalen	87
Abb. 5: Aufstiegsorientierung nach wahrgenommener sozialer Durchlässigkeit	88
Abb. 6: Erwartung an die eigene soziale Mobilität	89
Abb. 7: Erwartete soziale Mobilität nach unterschiedlichen Erklärungsfaktoren	91
Abb. 8: Wichtigkeit gleicher und leistungsgerechter Aufstiegs- und Lebenschancen	92
Abb. 9: Normativ erwünschte Aufstiegsfaktoren (Soll-Dimension)	93
Abb. 10: Wahrgenommene Aufstiegsfaktoren (Ist-Dimension)	94
Abb. 11: Soll-Ist-Verhältnis der Aufstiegsfaktoren	95
Abb. 12: Soll-Ist-Unterschiede leistungsbezogener Aufstiegsfaktoren, nach Gruppen	97
Abb. 13: Soll-Ist-Unterschiede nicht-leistungsbezogener Aufstiegsfaktoren, nach Gruppen	98
Abb. 14: Kollektiver Fortschritt: Bedeutung für die Gesellschaft und kommende Generationen	99
Abb. 15: Wahrgenommene kollektive Auf- und Abstiegstrends	101
Abb. 16: Verantwortungszuschreibungen für Auf- und Abstiege	102

DISCLAIMER/IMPRESSUM

Die im Teil A des Berichts dokumentierten Gespräche geben die persönlichen Erfahrungen, Einschätzungen und Perspektiven der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner wieder. Sie geben nicht notwendigerweise die Auffassung der Bundesregierung wieder und stellen keine Positionierung der Bundesregierung dar.

Zahlreiche im vorliegenden Bericht im Teil B genannte Maßnahmen werden von der Bundesregierung bereits umgesetzt und sind in ihren finanziellen Auswirkungen bereits im Bundeshaushalt und im geltenden Finanzplan abgebildet. Weitere Maßnahmen stehen, soweit der Bundeshaushalt betroffen ist, unter dem Vorbehalt der Finanzierung und der Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers. Weder die laufenden noch künftige Haushaltsverhandlungen werden durch die Nennung im vorliegenden Bericht präjudiziert. Die von der Verfassung vorgegebenen Zuständigkeiten von Bund und Ländern ist Rechnung zu tragen. Auch die Sozialversicherungssysteme werden durch diesen Bericht nicht präjudiziert.

Herausgeberin

Die Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland
11017 Berlin

kontaktost@bmf.bund.de
www.ostbeauftragte.de

Stand

September 2026

Druck

Speedruck GmbH
Wrangelstraße 100
10997 Berlin

Gestaltung

Zum goldenen Hirschen Berlin GmbH
Schlesische Straße 26
10997 Berlin

Bildnachweis

Photothek/ Juliane Sonntag, Seite 4

Photothek/ Sebastian Rau, Seiten 7, 8

Axel Schulz, Seite 16

Jens van Zoest, Seite 17

Zum goldenen Hirschen Berlin/Fares Hamade,
Seiten 18, 19, 21

Harry Weber, Seiten 22, 26–27, 31

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/
Steffen Kugler, Seite 36

istock/damircudic, Seite 39

picture alliance/CHROMORANGE | Udo Herrmann,
Seite 48

KI-generiert, Seite 53

KI-bearbeitet/istock/querbeet, Seite 60

KI-generiert, Seite 61

Atelier Loidl GmbH Seite 71

DSEE Bundesfoto/Laurin Schmid, Seite 74

istock/Dragos Condrea, Seite 108

Weitere Publikationen der Bundesregierung zum
Herunterladen unter:
www.bundesregierung.de/publikationen

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



📷 Instagram: [@ostbeauftragte.kaiser](#)
in LinkedIn: Elisabeth Kaiser
✉ Bluesky: [@ostbeauftragte.bsky.social](#)
✂ x: [@Ost_Beauftragte](#)